DE KNIPSELKRANT

Shot boy is critical

bullet ... ls boy

Three held in firebomb inquiry





MANY HAVE EYES BUT CANNOT SEE

GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance

DE KNIPSELKRANT

Documents and Analysis
[of t]he Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Anschläge, Sabotage, Widerstand

Eine Bilanz des Jahres '86

22. September 1986 — AK 274

„Die seit Jahresbeginn verübten 178 Brand- und 27 Sprengstoffanschläge in der BRD haben einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehr als zehn Millionen Mark angerichtet." jammerte Carl-Dietrich Spranger bereits am 27.7.86 — die Aktivitäten der letzten Wochen werden ihn sicherlich zum Heulen gebracht haben — „72 von den im ersten Halbjahr 1986 gemeldeten Anschlägen stehen im Sachzusammenhang mit der Kampagne gegen den Bau bzw. den Betrieb kerntechnischer Anlagen." (Im Vergleich dazu: 1985 waren es nur 27)

Schon 6 Wochen später lag die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge bei 236 (161 im Vergleichszeitraum des Vorjahres). Laut Hans Heusel (Staatssekretär im Bundesinnenministerium) gab es Mitte August erst 45 umgekippte Strommasten, 50 waren es Anfang September und inzwischen ist die 50 schon weit überschritten — beim letzten Versuch fielen gleich sieben auf einen Streich. Eine Vielzahl von Namen zieren die Bekennerbriefe: „Sägende Zellen", „Wer wird denn gleich in die Luft gehen", „Hau weg den Scheiß", „Revolutionäre Heimwerker" u.a.m.

Bereits in der letzten Ausgabe des Arbeiterkampfes haben wir eine Übersicht über die Entwicklung solcher Anschläge gegeben (s. AK 273, S. 10/11: „Buschfeuerartige Sabotageaktionen"). Die Übersicht über die Anschläge im einzelnen war dabei vergleichsweise noch recht kümmerlich ausgefallen. Im folgenden wird ein Überblick über mehr als 100 Anschläge im Jahr 1986 gegeben. Vollständig ist das sicherlich auch noch lange nicht, schließlich hat es zumindest über die gefallenen Strommasten keine regelmäßige Berichterstattung in der Presse gegeben — auf wessen Wunsch? — offensichtlich war die Angst vor Nachahmern ziemlich groß und ist sie auch noch. Wie sonst ist das Geschrei von Rebmann zu erklären, der in jedem/r Heimwerker/in das militante Umfeld der RAF sieht. Hamburgs Verfassungschef Lochte hingegen kann diese „politisch motivierten Gewalttäter" keiner festen Gruppe zuordnen. Er geht davon aus, daß sich solche Gruppen in Großstädten spontan zu Sabotage-Aktionen zusammenfinden. Tatsächlich haben offenbar immer mehr „friedliche Bürger" schlicht die Schnauze voll und sich andere, spürbarere Formen des Widerstands gegen den Atomwahnsinn und die Militarisierung überlegt.

Wuppertal: Unbekannte verübten auf die Daimler-Benz-AG einen Bombenanschlag mit geringem Sachschaden.
Marburg: Auf das Kreiswehrersatzamt wurde am 16.1. ein Sprengstoffanschlag verübt, der erheblichen Sachschaden anrichtete.
Krümmel: „Hau weg den Scheiß" heißt die Gruppe, die am 25.1. einen Überlandmast in unmittelbarer Nähe des AKWs Krümmel wegsprengte.
Berlin: Die Scheiben von der Deutschen Bank in Neukölln und der Berliner Bank in Kreuzberg gingen am 29.1. zu Bruch.

Hagen/Bochum: Einen Brandanschlag auf die Fallschirm-Fabrik Brüggemann und Brandt und die Firma Mercedes Lueg haben „Revolutionäre Zellen" wg. deren Beteiligung an der militärischen Ausrüstung der südafrikanischen Armee verübt. „Solidarität. Das darf nicht nur das Feuer in unseren Herzen sein, das müssen Feuersbrünste in ihren Produktionshallen, unter ihrer Konsumscheiße sein" schrieben sie in ihrem Bekennerbrief. (Feb.)
Bremen: „Autonome Zellen" zerstörten im Bremer Hollerland drei Bagger, es entstand Sachschaden von 800.000 Mark. Das Naturschutzgebiet Hollerland soll „auf Betreiben der Neuen Heimat/COOP/SPD-Mafia in ein Industriegebiet umgewandelt werden". (3.3.)
Göttingen: Am 3.3. wurden auf das Energieversorgungsunternehmen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (GAM) und eine Sparkasse Brandanschläge verübt. Der Sachschaden beträgt rund 50.000 Mark. Die Aktivisten hinterließen Parolen „wg. Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf" und „WAA-Nein" auf den Hauswänden.
Göttingen: Auf die Niederlassung der Daimler Benz AG wurde am 4.3. ein Brandanschlag verübt. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 10.000 Mark. Das Kommando „Hau weg die Scheiße" bekannte sich zu diesem Anschlag.
Rendburg: Anfang März wurden bei Bauwagen der Firma Preußag an der Baustelle B7 bei Rendsburg sämtliche Reifen und Schläuche zerschnitten und die Pferdestärken mit reichlich Zucker gefüttert — wg. Brokdorf.
Göttingen: Dauerpräsenz der Bullen in der Fußgängerzone soll weiteren Schaden abwenden. Militante Atomkraftwerkgegner hatten mit Sachschaden von 20.000 Mark für die Behandlung des Thomas Wackersdorf sorgen wollen. (8./9.3.)
Hamburg: Die Gruppe „Pissnelken ARGE" bekannte sich zu einem Brandanschlag auf ein Sand- und Kieswerk der Firma Hochtief, die beim Bau der Atomanlagen im Wendland beteiligt ist. (12.3.)
Wackersdorf: Ein Sachschaden von 8.000 Mark entstand bei einem Anschlag auf Baumaschinen der Firma Donhauser. (13.3)
Berlin: 21.3., „Wütende Autonome Aktivisten" gegen WAA und Bullenterror warfen Steine und Mollis auf Filialen der Deutschen Bank, Commerzbank und Berliner Bank, die alle am Atomgeschäft beteiligt sind.
Stuttgart: Bei einem Brandanschlag am 2.4. auf eine Filiale der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank gab es einen Sachschaden von mehreren 100.000 Mark.
Göttingen: „Wir haben die Bundeswehr flambiert" erklärten die „Feurigen Ratten" nach ihrem Anschlag auf die Göttinger Zietenkaserne. Sachschaden mehr als 100.000 Mark. (2.4.)
Nürnberg: Am 2.4. wurde auf das Gebäude der Polizeiinspektion Feucht ein Anschlag verübt. Die Sicherheitsbehörden „vermuten" politische Hintergründe.
München: Auf vier Bahnstrecken der Bundesbahn in Unterfranken, Schwaben und Oberbayern sind am 7.4. Angriffe gelaufen. Kurzschlüsse an den Oberleitungen brachten den Zugverkehr zum Erliegen. Flugblätter mit der Parole „WAA nie" wurden an der Bahnstrecke liegen gelassen.
Wackersdorf: Die Stahlgittermasten einer 220.000-Volt-Hochspannungsleitung in der Nähe der WAA wuren am 7.4. so angesägt, daß der 60 Meter hohe Mast bei stärkerem Wind umgestürzt wäre.
Wackersdorf: Aktivitäten gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wakkersdorf gab es am 12./13.4., mindestens vier Strommasten wurden angesägt und damit erheblicher Sachschaden erzielt.
Augsburg-München: Ein dickes Drahtseil war von einer Brücke auf die Oberleitung geworfen worden und legte am 14.4. den Zugverkehr kurzfristig lahm. „Nachahmungstäter aus der Szene der Kernkraftgegner" vermutet die Polizei.
Frankfurt: Ein Brandanschlag auf das Frankfurter Max-Planck-Institut für Hirnforschung verursachte einen Schaden von mehr als 1 Millionen Mark. (21.4.)
Hohenaspe: Ein LKW der am AKW-Bau beteiligten Firma Mathiessen wurde zerstört. (27.4.)

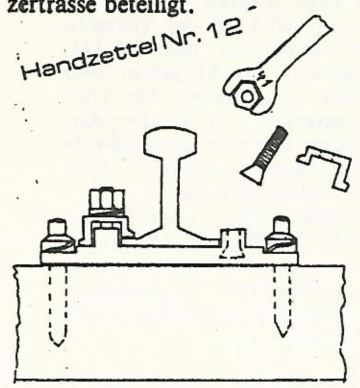
Erding: Über 100.000 Mark Sachschaden nach Brandanschlägen auf Baufahrzeuge. „WAA nie", „Einstellung aller Verfahren gegen Atomgegner" wurde in einem Bekennerschreiben gefordert. (27.4)
Berlin: „Hände weg von Wackersdorf" stand auf den Zetteln, die nach einem Brandanschlag auf die Baufahrzeuge der Baufirma Hochtief AG am 28.4. vor Ort gefunden wurden. Die Firma klagt über erheblichen Sachschaden.
Kirchheimbolanden: Rund 4.500 Liter Benzin verbrannten bei einem Anschlag auf eine US-Tankstelle, zu dem sich eine „antiimperialistische Gruppe" bekannte. Mehrere Lastwagen wurden erheblich beschädigt. (30.4)
Wackersdorf: Auf Baufahrzeuge einer Firma, die an den Rodungsarbeiten an der WAA beteiligt ist, haben Unbekannte einen Brandanschlag durchgeführt, der erheblichen Sachschaden verursachte. (1.5.)
Amberg: Unbekannte verübten am 3.5. einen Brandanschlag auf eine Baufirma.
Dirnismaning (westlich von München): Einen Schaden von 300.000 Mark verursachten Brandanschläge auf der Baustelle am Dietesheimer Kanal, der eine Verbindung zwischen den Kläranlagen München I und München II herstellen soll. (5.5.)
Wackersdorf: Mindestems 50.000 Mark Sachschaden verursachten Mollis im Rathaus Bodenwöhr.
München: Ein Fünf-Liter-Plastik-Kanister mit Benzin gefüllt und im Rechenzentrum der ARAG Lebensversicherung AG angezündet richtete einen Sachschaden von mindestens einer Million Mark an. (10.5)
Stade: Am 15.5. fielen zwei Hochspannungsmasten den Schweißgeräten von Atomkraftwerksgegnern zum Opfer. Die fallende 380.000 Volt Stromleitung (Preußenelektra AG) riß noch einen zweiten 20.000 Volt-Mast des Überlandwerks Nord-Hannover mit. Der Sachschaden beträgt mehrere hunderttausend Mark.
Norddeutschland: 300 Türschlösser von Banken hat ein „Gesundheitsdienst der Anti-Strahlen-Kommission" zugeklebt. wg. Brokdorf (20.5.)
Schwandorf: Molotow-Cocktails wurden von Unbekannten in die Doppelgarage und gegen ein Fenster der Polizeiinspektion in Neunburg vorm Wald geworfen. Es entstand Sachschaden an den Dienstfahrzeugen. (23.5)
Burghausen: 150 l Benzin trugen „Anarchistische Zellen" am 23.5. zur Dywidag, die neben ihrer Baubeteiligung an der WAA auch am „Wartime Host Nation Support-Abkommen" der NATO mitarbeitet. (s. AK 273)
Kölbldorf (Landkreis Schwandorf): Zwei angesägte Strommasten sorgten für die Lahmlegung der Stromversorgung am 23.5. Nahezu 10.000 Menschen waren für 3 Stunden ohne Strom.

Dreieich: Am 23.5. verübte die Gruppe „Sand im Getriebe" einen Brandanschlag auf die Firma Pall, die Anlagen für AKWs produziert. (s. AK 273)
Wackersdorf: Auf einer Baustelle in der Nähe des WAA-Bauzaun brennen am (2.6.) Baumaschinen. Sachschaden 200.000 Mark.
Neuwied: Oberleitungen auf der Bahnstrecke Neuwied - Kärlich werden zerstört und eine WAA-Nie Erklärung wird hinterlassen. (2.6.)
Brokdorf: Und mal wieder wird ein 360 KV-Leitungsmast der PREAG umgesägt. (5.6.)
Jühnde (Landkreis Göttingen): Unbekannte (ein Bekennerschreiben liegt nicht vor) haben am 8.6. einen Brandanschlag auf den Mackenrodt-Tunnel der Bundesbahnneubaustrecke Hannover — Würzburg verübt. Der Sachschaden geht in die Millionen.

Stuttgart: Die Bahnstrecke Stuttgart - Ulm wird mit Wurfankern auf die Oberleitung lahmgelegt und die „sofortige Stillegung aller Atomanlagen gefordert". (8.6.)
Duisburg: Zwei Brandanschläge auf die Energieberatungsstellen der Stadtwerke und RWE verursachen 5.000 Mark Sachschaden. (9.6.)
Frankfurt: Mehrere Millionen Mark Schaden wurden nach einem Brandanschlag auf die EDV-Anlage der AEG vermeldet. Eine Gruppe „Arbeitskreis zur Abschaffung der Herrschenden Klasse" fordert zur „Solidarität mit den Kämpfen von Wackersdorf, Brokdorf, Hamburg und Stuttgart" auf. (9.6.)
Berlin: Geschichtsbewußtsein zeigten Militante, die auf dem firmeneigenen Gelände zwei Fahrzeuge des Springer Konzerns abfackelten, einen Streifenwagen anriefen und diesen — nachdem die Bullen ausgestiegen waren — gleich mit abbrannten. (9.6.)
Kreis Pinneberg: Am 11.6. wurde zwischen den Ortschaften Haselau und Heist der Mast einer 380 Kilovolt führenden Stromleitung beschädigt.
Obrigheim (im Neckar-Odenwald-Kreis): Am 13.6. wurde entdeckt, daß bei einem 40 Meter hohen Hochspannungsmast alle vier Eckstützen angesägt worden sind. So ein Mast ist hin.
Hamburg: „Die kleinen Strolche" mit dem Motto „Alle Tage Sabotage" zündelten am 16.6. in der Hamburger Baufirma Bilfinge & Berger, die Firma arbeitet am Bau von Brokdorf mit.

Rendsburg: Einen Brandanschlag mit 1.000 Mark Sachschaden gab es am 18.6. auf eine Signalanlage der Deutschen Bundesbahn auf der Rendsburger Hochbrücke. In einem Schreiben wurde mitgeteilt, daß der Anschlag wg. Brokdorf gemacht worden ist.
Frankfurt: Die mittlerweile in diesem unserem Lande gut bekannten „Sägenden Zellen" — ihr Emblem ist ein fünfzackiger Stern mit Säge — bekannten sich zu einem Anschlag auf einen Strommast der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE). Am 21.6. war der Mast einer 220.000-Volt-Leitung angesägt und erfolgreich umgestürzt worden. Außerdem wurde dabei noch eine Nachbarleitung angerissen. Die RWE wurde von den „Revolutionären Heimwerkern" als führendes Mitglied der Atommafia bezeichnet. (s. AK 273)
Heidelberg: Auf das Verwaltungsgebäude der Heidelberger Zement-AG wurde am 23.6. mit einem Molotow-Cocktail ein Brandanschlag verübt. Ein mit „Proletarische Aktion" gezeichnetes Bekennerschreiben verurteilte die Lieferungen von Beton u.a. nach Wackersdorf.
Göttingen: Eine Gruppe mit dem Namen „Gruppe gut und billig" hat bei der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (EAM) am 23.6. zwei 20.000 Volt Stahlgittermasten angesägt.
Kreis Pinneberg: An einem 28 Meter hohem Hochspannungsmast sind am 23.6. alle vier Metall-Stützen durchgesägt worden. Der Mast muß erneuert werden.
Esensham: Ein Hochspannungsmast des AKW Esensham wird angesägt. Betreiber ist Preußen Elektra. (26.6.)
Frankfurt: In einem Schreiben, das die Gruppe „RAG" hinterließ, als sie am 27.6. vier Brandsätze durch ein Seitenfenster des Kaiserdoms geworfen hat, wird gegen das Wettrüsten und die atomare Aufrüstung Stellung bezogen.
Henstedt-Ulzburg: 250.000 Mark Sachschaden war das Ergebnis eines Brandanschlages auf Baufahrzeuge einer Baufirma, die auch am Bau von Gorleben mitbeteiligt war. (30.6.)
Hasselroth (Main-Kinzig-Kreis): Am 10.7. kippte ein 22 Meter hoher Mast einer 110 Kilovolt führenden Überlandleitung der Firma Preußische Elektrizitätswerke AG (PREAG). Zugeschlagen, besser gesägt, haben wieder die „Revolutionären Heimwerker". Der Schaden wurde mit einer Höhe von 250.000 Mark angegeben. In einem Bekennerschreiben teilte die Gruppe mit, daß der Mast zur Hauptstromversorgung der Nuklearunternehmen Nukem, Alkem und Degussa gehörte.
Köln: Sachschaden enstand bei einem Anschlag au die Zentrale der Deutschen Bank.
Schwandorf: Die Schaltzentrale der am WAA-Bau beteiligten Firma Transport-Beton-Gesellschaft Schwandorf brannte am 21.7.: Sachschaden 2,5 Millionen Mark. (s. AK 273)
München: Eine „Guerilla-Front Oberbayern" hat sich zum Brandanschlag am 22.7. auf eine Filiale der Deutschen Bank bekannt. Dies war gedacht als Beitrag zum Bankenaktionstag gegen die Wirtschaftsbeziehungen BRD — Südafrika, und natürlich außerdem auch gegen die Atommafia.
Aachen: Vor dem Frauenhofer Institut für Lasertechnik sind am 24.7. zwei Bomben explodiert, die Sachschaden verursachten. Angeblich gab es Paral-

lelen zu dem Straßlach-Anschlag. Am Ort wurde ein Bekennerschreiben einer „Kämpfenden Einheit Sheban Atlouf" gefunden.
Immenstaad (am Bodensee): Vor dem Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier explodierte am 25.7. eine Autobombe. Es entstand Sachschaden. Wieder witterte Rebmann die Teilnahme der RAF an diesem Anschlag und übernahm die Ermittlungen. Für den Anschlag zeichnete eine „Kämpfende Einheit" verantwortlich, die ein Bekennerschreiben am Ort hinterließ. Dornier ist erst vor kurzem zu 2/3 in den Besitz von Daimler Benz übergegangen. 5% kaufte das Land und der Rest verblieb bei einem Teil der Dornier-Erben. Die „Dornier GmbH Friedrichshafen" produziert Flugzeuge, die „Dornier System GmbH" beschäftigt sich vor allem mit Raumfahrt, Elektronik, und Informationssystemen, aber auch mit neuen Technologien in der Energie-, Umwelt-, Entsorgungs- und Werkstofftechnik. Sie beteiligte sich im vergangenen Jahr am US-Spacelab-Programm und an der ersten deutschen Spacelab-Mission. Die Dornier Reparaturwerft in Oberpfaffenhofen profitiert vor allem an langfristigen Verträgen mit der Bundesrepublik und der NATO.
Sindlingen: Am 27.7. klirrten die Scheiben des Polizeireviers. Der Molli-Anschlag soll nur geringen Sachschaden angerichtet haben.
Borsfleth: Ein 200.000 Mark teurer Bagger der am Brokdorf-Bau beteiligten Firma Peters brannte am 28.7. (s. AK 273)
München: Mindestens 400.000 Mark Schaden bejammert die Polizei nach einem Brandanschlag auf ein Pionierübungsgelände der Bundeswehr am 31.7.
Eickum: Am 1.8. haben „Unbekannte" einen Brandanschlag auf ein Umspannungswerk verübt. Das Werk wird gemeinsam von der Preußen Elektra, dem Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg und den Bielefelder Stadtwerken betrieben.
Freiburg: Im Technischen Rathaus wurde durch aktive Aufräumarbeiten ein Sachschaden von 100.000 Mark verursacht. Grund war der Zorn über die Räumung des besetzten Hauses in der Hildastrasse.
Münster: Die „Rote Zora" zeichnet für den Brandanschlag auf die Beratungsstelle des Instituts für Humangenetik der Universität Münster am 5.8. verantwortlich. (s. AK 273)
Saarbrücken: Am 6.8. wurde auf das Gebäude der Saarberg-Interplan ein Brandanschlag verübt ohne größeren Sachschaden anzurichten. Das Bekennerschreiben der „SAZ — Saarbrücker Autonomer Zelle" greift Saarberg wg. seiner Unterstützung der Atomindustrie durch Urangeschäfte an.
Bremen: Die „Autonomen Zellen" haben sich zu einem Brandanschlag am 7.8. auf zwei Baumaschinen auf einer Bohrstelle der Mobil Oil bekannt. Die Baufirma Stehnke, deren Baumaschinen abbrannten, ist am Ausbau der US-Kaserne Garlstedt und einer Panzertrasse beteiligt.



Um herauszufinden, ob die Zeichnung stimmt, besorge einen 41er Maulschlüssel und nen kleinen Spaten. Nun gehe zur Castor-Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg. Begib dich mit Umsicht dorthin. Am Bahndamm angelangt, triffst du auf sauber geschichte-

Anleitung zur Gleis-Sabotage
Neue Dimensionen des Aufruhrs?

aus Spiegel Nr. 36/1986

Stuttgart: Auf das Gebäude des türkischen Konsulats wurde am 10.8. ein bißchen Benzin gegossen und angezündet.
Augsburg (Landkreis Dillingen): „WAA nie" sprühten die Menschen auf einen Sockel des Mastes, den sie am 10.8. umgesägt haben. Durch den Sturz des 110.000 Volt-Hochspannungsmastes der Lechwerke Augsburg wurde die Stromzufuhr der anliegenden Orte kurzzeitig unterbrochen.
Bonn: Eine Gruppe „Crespa Cepa Gallende" hat am 11.8. auf dem Gelände des Bundesgrenzschutzes bei Bonn drei Sprengsätze gezündet und erheblichen Sachschaden angerichtet. Ein Sendemast und ein Transformatorenhäuschen wurden beschädigt. In einem Bekennerbrief wurde u.a. auch die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen gefordert.
Wuppertal: Eine Sprengstoffexplosion verursachte am 13.8. bei einer Elekronikfirma erheblichen Sachschaden. (s. AK 273)
Hamburg: Das Kommando „Grüß Dich Alfons" setzte bei der Firma Marten in Norderstedt für eine Weile mittels Feuer die weitere Produktion von Polizeischutzschilden außer Kraft. (14.8.) (s. AK 273)
Baierbronn (bei München): An Baufahrzeugen der Firma Hochtief, die am Bau der WAA beteiligt ist, entstand durch einen Brandanschlag am 16.8. ein Sachschaden von 250.000 Mark. Ein Bauwagen war mit der Parole „WAA-Nie — Kommando F.J.S" verziert. (s. AK 273)
Hamburg: „Gegen Abschiebung", „Gegen Razzien" und „RZ" in einem fünfzackigen Stern hinterließen die Menschen als Parolen an dem Dienstgebäude der Hamburger Polizeidirektion 624 auf das sie am 17.8 einen Brandanschlag verübten. Diese Stelle ist u.a. zuständig für „Verstöße gegen das Asylgesetz". Eine Gruppe der Revolutionären Zellen protestierte damit gegen die zunehmende Verschärfung des Asylrechtes und die Abschiebepraxis der BRD. (s. AK 273)
Wuppertal: Durch Naturschutzgebiete sollten lieber keine Strassen gebaut werden, meinten Menschen aus Wuppertal und zerstörten am 18.8. mit einem Brandanschlag zwei Bagger. Der Tunnel soll außerdem Teil militärischer Infrastruktur sein. Es entstand Sachschaden in Höhe von 100.000 Mark. (s. AK 273)
Marburg: Eine Gruppe „abbauhelfer deutschland mitte" hat das CDU-Büro in Marburg entglast. Sie wollten damit darauf aufmerksam machen, daß die CDU über die Konrad-Adenauer-Stiftung die Contra in Nicaragua unterstützt.(24.8.)
Wackersdorf: Etwa 70 Atomkraftgegner haben in der Nacht zum 25.8. versucht, den Zaun der WAA aufzubiegen.
Marburg: Passanten wurden durch Baustellenwarnschilder vom Explosionsort weggelenkt, als am 26.8. auf eine Filiale der Dresdner Bank ein Brandanschlag verübt wurde. Weit über 100.000 Mark Sachschaden war das Ergebnis, das die Gruppe „Wer wird denn gleich in die Luft gehen" erzielte und sich gegen die Finanzgeschäfte zur Unterstützung der Rassisten in Südafrika richtete.
Dreieich (Kreis Offenbach): Eine unbekannte „Zelle" sägte am 26.8. einen Stahlmasten einer 220 Kilo-Volt-Leitung der RWE durch. Ein zweiter Mast einer 110 KV-Leitung war an zwei Streben angesägt.

Spekulationen und Ermittlungen

Im Zusammenhang mit diesem Anschlag ermittelt die Polizei gegen eine 46-jährige Frau, die in derselben Nacht mit 30% Verbrennungen und nur geringen Überlebenschancen in ein Krankenhaus eingeliefert worden war. Noch in der Nacht durchsuchte die vom Krankenhaus verständigte Polizei einen Hof in Niederrad, deren Besitzer die Frau aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht hatten. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft vermutet eine Teilnahme der Frau an dem Anschlag; neben dem Masten habe sie verkohlte Kleidungsstücke gefunden. Die Verbrennungen sollen von einem Lichtbogen der herabstürzenden Leitung stammen.

Vor diesem Zeitpunkt war die taz mit einzelnen Artikeln hervorgetreten, wonach Mastsägen kein Problem sei. Anonyme Säger fanden das alles ungefährlich. In einem Leserbrief hatten „Henry, Max und Pinsel" angemahnt, daß es den taz-Beschreibungen an Details mangele. Seit dem 30.8. gilt für die taz jetzt das Gegenteil von vorher. Auf einmal ist da die Phantasie-

Starkstromelektrikerin „Elektra Bernstein", die taz beeindruckend mit „Kennerblick aus dem Fenster" gucken und einen kleinen Lichtbogen zaubern läßt.Ihr zufolge kann die Staatsanwaltschaft Recht haben, denn feuchter Boden erhitze sich auf mehreren Quadratmetern bei einer herabfallenden Leitung auf bis zu 1.000 Grad. Weder Stehen noch Liegen schütze dort. Der „ungebrochene Heldenmut" der Mastensäger koste „den Einsatz des Lebens", den Stromerzeugern hingegen „nur eine Umschaltminute": „Ein Wunder, daß der Unsinn bisher gut ging. Der pure Zufall murmelt Bernstein und die taz ist entlassen".

Krümmel: Eine halbe Millionen Mark Schaden beklagt HEW. Am 27.8 wurde ein 60 Meter hoher Hochspannungsmast der Stromleitung zum Kernkraftwerk Krümmel gesprengt, er blieb aber auf dem Betonfundament stehen. Die Atomstromerzeugung mußte eingeschränkt werden. Obwohl es keinerlei Hinweise auf die Täter gibt, geschweige denn auf die mögliche Anzahl der Täter ermittelt Karlsruhe wg. „Bildung einer terroristischen Vereinigung".

Köln: Rund 200.000 Mark Sachschaden sind am 30.8. bei einem Sprengstoffanschlag auf das Bundesverwaltungsamt in Köln entstanden. Die Revolutionären Zellen wollten das Ausländerzentralregister treffen, das in dem Amt untergebracht ist. Die Computeranlage wurde allerdings nicht getroffen.

Osnabrück: Von Autonomen Zellen wurden am 30.8. drei Baufahrzeuge der Firma Philipp Holzmann AG abgefackelt. Die Firma ist einer der größten Baukonzerne Europas und wg. ihres Engagement in der Atomindustrie bekannt und öfter mit Anschlägen bedacht worden.

Celle/Uelzen: Eine „Kolonne Durruti" hat am 30.8. die Bundesbahnstrecke zwischen Celle und Uelzen angegriffen, weil die Bundesbahn Atommüll und Rüstungsgüter transportiert. Ein über die Stromleitung geworfener Eisenhaken stoppte mehrere Stunden lang den Zugverkehr.

Schwandorf: Das Lager einer Zulieferungsfirma für den Bau der WAA-Wackersdorf brannte am 31.8. aus. Es entstand 80.000 Mark Sachschaden.

Köln: Vor dem Kölner Amt für Verfassungsschutz ging am 7.9. eine Autobombe in die Luft. Es entstand ein Sachschaden in Millionenhöhe. In dem Bekennerschreiben der Gruppe „Kämpfende Einheit Christos Tsoutsouvis" — angeblich eine Einheit der RAF — wurde das Bundesamt als Geheimdienstzentrale bezeichnet und die Freilassung von Günter Sonnenberg gefordert.

München: Einen Sachschaden von 250.000 Mark verursachte eine Rohrbombe. Sie wurde am 13.9. am Bürogebäude der Tornado Firma Panavia Aircraft GmbH gezündet. Je 42,5% besitzen MBB und British Aerospace (Großbritannien). 550 Tornados sind bereits hergestellt, 124 Tornado-Kampfflugzeuge wurden im Juni bestellt. In dem Gebäude der Tornado Firma sind außerdem das NATO-Verbindungsbüro für München und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz untergebracht. Zu dem Anschlag bekannte sich eine „Kämpfende Einheit Anna Maria Ludmann" (1980 erschossene Rotbrigadistin)

Hamburg-Osdorf: Fünf Liter Benzin wurden in der Nacht zum 14.9. über den Zaun des Kasernengeländes der „Schwarzkopf-Kaserne" geschüttet und in Brand gesetzt. Die Polizei stellte den leeren Kanister sicher.

Sinsheim: „Sieben auf einen Streich" hieß es am 15.9. als eine Überlandleitung der Badenwerke, die Strom aus dem Kraftwerk Obrigheim führt, unterbrochen wurde. Ein angesägter Strommast riß beim Fallen sechs weitere Masten mit. Der Schaden soll rund eine Million Mark betragen. „Progressive Gartenzwerge im Zeichen Wallmann" schrieben: „50 Anschläge in diesem Jahr" seien die Quittung für eine „Politik der Lüge und Verschwendung". Wenn der Schaden immer größer würde, müßten alle kerntechnischen Anlagen stillgelegt werden.

Tübingen: 100.000 DM Sachschaden entstand bei der Explosion zweier Bomben im privaten „Forschungsinstitut für Optik". Das Institut wird hauptsächlich vom Verteidigungsministerium finanziert, bestritt aber, am SDI-Projekt mitzuarbeiten.

Nicht ganz geklappt:

Bonn: Am 13.2. wurde eine deponierte Bombe auf dem Gebäude der südafrikanischen Organisation „South Africa Foundation" und ein Bekennerschreiben der Revolutionären Zellen vor der Explosion entdeckt.

Uelzen-Dannenberg: Die 8,6 Kilo Bombe einer Gruppe „Günter Sonnenberg" ist am 27.4. entschärft worden. Mit dem Anschlag sollte dagegen protestiert werden, daß auf dieser Strecke sogenannte Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen nach Gorleben transportiert werden. (Seit 1983 hat die Polizei rund 70 „Straftaten" im Zusammenhang mit den geplanten Castor-Transporten gezählt)

Gundremmingen: Am 28.6. soll ein Sprengstoffanschlag der Gruppe „Edelweiß-Piraten" auf zwei Strommasten des Atomkraftwerkes Gundremmingen vereitelt worden sein. Ein „aufmerksamer Arbeiter" habe den deponierten Sprengstoff entdeckt. Die dort gefundenen Bekennerschreiben forderten die umgehende Abschaltung der Atomkraftwerke. (s. AK 273)

Lüneburg: Der Hausmeister des Lüneburger Oberverwaltungsgerichtes hat eine mit einem Zeitzünder ausgestattete Kassette mit Sprengstoff vor der Explosion gefunden. Die Revolutionären Zellen hatten damit gegen die Abschiebepolitik der BRD protestieren wollen. In dem RZ-Schreiben heißt es: „Am 30. September flüchtete Cemal Altun selbst in den Tod, bevor ihn die deutsche Justiz an die Henker des türkischen Regimes ausliefern konnte."



„ Es ist genau 23 Uhr 46 !"

Anschläge auf Ausländerämter in Hagen und in Hamm

SDZ 26.9 **Hamm (AP)**

Bei Sprengstoffanschlägen auf die Ausländerämter in Hamm und Hagen ist erheblicher Sachschaden entstanden. Personen wurden nicht verletzt. Die Bundesanwaltschaft zog die Ermittlungen an sich, da sie die linksterroristischen „Revolutionären Zellen" als Urheber vermutet. Beide Sprengsätze waren fast gleichzeitig detoniert. Während in Hagen nur die Fensterscheiben des Einwohnermeldeamtes und umliegender Häuser zu Bruch gingen, brach in Hamm ein Brand aus und vernichtete zahlreiche Akten. Der Gesamtschaden beläuft sich nach Angaben der Bundesanwaltschaft auf rund 200 000 Mark.

„Revolutionäre Zellen" bekennen sich zu drei Anschlägen

SDZ 27.9.86 **Düsseldorf (dpa)**

Zu den Sprengstoffanschlägen auf die Ausländerämter in Hagen und Hamm am Donnerstag haben sich „Revolutionäre Zellen" bekannt. In dem in Wuppertal ausgegebenen maschinegeschriebenen Brief, den die Deutsche Presse-Agentur (dpa) in Düsseldorf erhielt, heißt es, die Ausländerbehörden seien „die alltäglichen Schauplätze einer Abschreckungsstrategie" gegenüber Flüchtlingen und Immigranten. Auch die Hagener Redaktion der *Westfälischen Rundschau* erhielt ein Bekennerschreiben. In dem Brief an dpa teilten die „Revolutionären Zellen" auch ihre Urheberschaft für einen Anschlag auf eine Ausländer-Einrichtung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Berlin mit.

ERKÄMPFT DAS FREIE AUFENTHALTSRECHT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTEN !

kommunikee

Mit unseren Aktionen gegen die Hamburger Ausländerpolizei, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das Ausländerzentralregister in Köln und das DRK in Berlin haben wir den Kampf gegen die verantwortlichen Instanzen der imperialistischen Flüchtlings olitik in der BRD begonnen. Unsere Aktionen werden aber wirkungslos verpuffen, wenn sie nicht zur Entwicklung eines neuen Ansatzes von Antiimperialismus der radikalen Linken beitragen.

Was heißt das ?

Die Flüchtlingsfrage ist keine humanitäre oder juristische Frage und beschränkt sich nicht auf die Frage des "politischen Asyls". Sie ist Teil eines globalen Klassenkampfs und Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt: die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3. Welt.

So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperialistische Kampf auf die Metropole zurückbezogen werden. Es ist das gleiche imperialistische System, das die Menschen dort vertreibt, sie hier in Lager sperrt und ihnen als Sozialpolitik gegenübertritt. Antiimperialismus wird konkret, wo er Bezug auf die gesellschaftspolitischen Konflikte nimmt, die sich vor unseren Augen abspielen und wo er sich ins Verhältnis setzen läßt zu einem möglichen Klassensubjekt.

Antiimperialistische Politik in der BRD hat sich bisher an den beiden Polen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsmaschinerie orientiert.

Wir haben nicht die Illusion, daß die Immigranten und Flüchtlinge in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklassen rasch gemeinsame Interessen entwickeln können. Trotzdem muß antiimperialistische Politik genau da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenpsaltungen tendenziell aufbrechen lassen.

Es geht also nicht um humanitäre Gesten gegenüber Flüchtlingen, es geht nicht um die Verantwortlichkeit des Sozialstaats und auch nicht um die Verteidigung des Asylrechts.

Die ersten Aufgaben antiimperialistischer Politik liegen vielmehr darin, die staatliche Regulation der Flüchtlingsbewegungen, die Abgrenzung der BRD vor der Armut der 3. Welt, zu unterlaufen und die polizeilichen und sozialpolitischen Restriktionen gegenüber Flüchtlingen zurückzudrängen. Unser Ziel muß es sein, ein faktisches Aufenthaltsrecht für alle Immigranten und Flüchtlinge in der BRD durchzusetzen. Der Weg dorthin führt nicht über Forderungen an den Staat, sondern bestimmt sich nach dem Ausmaß unserer eigenen Widerstandsaktionen.

Unser Vorschlag richtet sich an die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD, die Flüchtlingsfrage aus einer antiimperialistischen Perspektive heraus aufzugreifen und zum Prüfstein des politischen Handelns auf verschiedenen Ebenen zu machen:

Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge

(Fahrkarten drucken, Warengutscheine umtauschen oder herstellen, Lebensmittelgeschäfte plündern, Krankenversorgung sicherstellen)

Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen gegen rassistische Übergriffe aufbauen (Telefonketten,

Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel

Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn

Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen (Unterbringung, Papiere)

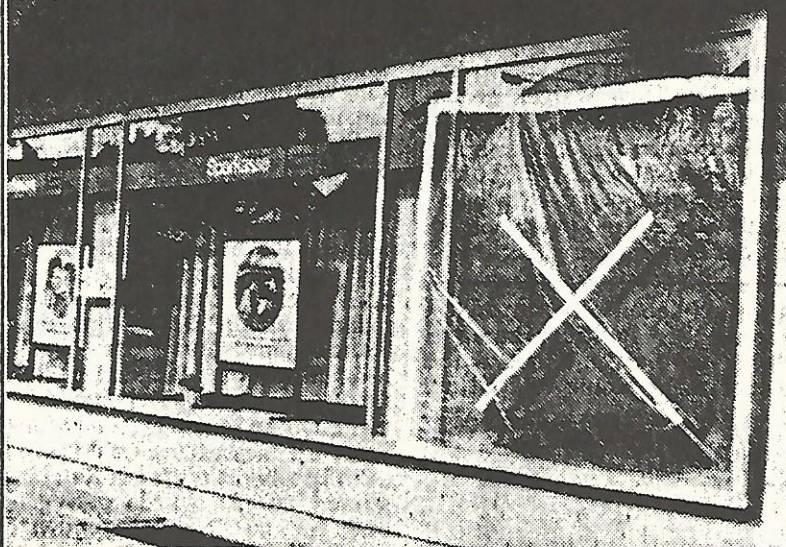
Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen (z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln) und gegen zwangsweise Umverteilung innerhalb der BRD

Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen (z.B. auf Flughäfen,

Wir haben heute die Ausländerbehörden in Hagen und Hamm angegriffen. Ausländerbehörden sind die Eckpfeiler der Flüchtlingspolitik, zuständig für Art und Umfang der Aufenthaltsgenehmigung wie für sog. "aufenthaltsbeendende Maßnahmen", Razzien und Abschiebungen. Sie sind die alltäglichen Schauplätze einer Abschreckungsstrategie. Daß die Asylpraxis in Nordrhein-Westfalen relativ weniger restriktiv gehandhabt wird als in anderen Bundesländern, bewegt sich im Rahmen eines abgestuften sozialpolitischen Experiments und einer datenmäßig koordinierten Arbeitsteilung, in der die Lagerhaltung und Abschiebung anderen Ländern überlassen bleibt und die Grenzen dicht gemacht werden.

RZ

REVOLUTIONÄRE ZELLEN



Unser Bild zeigt die nach dem Brandanschlag wieder verklebte Scheibe der Rosenheimer Sparkassenfiliale Pernauerstraße. Foto: Neu

Anschlag auf Bank in Norden

SDZ 30.9.86 Norden (dpa)

Sachschaden von mehreren tausend Mark hat ein Sprengstoffanschlag auf die Deutsche Bank in Norden (Kreis Ostfriesland) angerichtet. Der Sprengsatz explodierte im Briefkasten des Geldinstituts. Bereits am 9. September hatten Unbekannte einen gleichartigen Anschlag auf die Oldenburgische Landesbank in Norden verübt. Menschen wurden in beiden Fällen nicht verletzt.

Unbekannte Täter haben einen Sprengstoffanschlag auf den Polizeiposten Walldorf im Rhein-Neckar-Kreis versucht. Wie das Landeskriminalamt Baden-Württemberg mitteilten, entdeckten Polizisten vor dem Eingang des Rathauses, in dem ihre Diensträume untergebracht sind, den Sprengkörper, der rechtzeitig entschärft werden konnte.

Molotow-Cocktail gegen Sparkassen-Filiale

29.9

Über 20 000 Mark Schaden - Politisches Motiv?

Rosenheim (go) — Unbekannte haben in der Nacht zum Sonntag einen Brandanschlag gegen eine Filiale der Stadt- und Kreissparkasse Rosenheim verübt, für den es offenbar ein politisch-terroristisches Motiv gibt. Der angerichtete Schaden ist mit über 20 000 Mark beträchtlich. Gestohlen wurde nichts.

Der oder die Täter warfen eine Scheibe der Filiale an der Pernauerstraße ein und schleuderten einen sogenannten Molotow-Cocktail in den Schalterraum. Die mit einer brennbaren Flüßigkeit, vermutlich Benzin, gefüllte Flasche setzt beim Zerbersten Teile der Innenausstattung in Brand.

Aus der an die rückwärtige Hauswand geschriebene Botschaft „G. Sare, das war Mord", kann geschlossen werden, daß es für die Tat ein politisch-terroristisch gefärbtes Motiv gibt. G. Sare war der Name des Mannes, der vor einigen Monaten während eines Wasserwerfer-Einsatzes der Polizei gegen Demonstranten in Frankfurt ums Leben kam.

Zur Aufklärung des Rosenheimer Brandanschlages gegen die Sparkassenfiliale an der Pernauer Straße sucht die Kriminalpolizei noch mögliche Zeugen, zumal das Einwerfen der Scheibe nicht geräuschlos vor sich gegangen sein konnte.

TAZ **Bei Agfa blitzten Bomben** 1.10

Bei Agfa Gevaert in Köln richteten zwei Sprengkörper Schaden von 50.000 DM an. Ein Bekennerschreiben verwies auf die Beteiligung des Unternehmens bei der Entwicklung des maschinenlesbaren Personalausweises.

kommunikee

VON AGFA-GEVAERT AGFA SECURA BOMBENSICHER ?

- Zum Anschlag auf Agfa -

"Krise" und Massenarbeislosigkeit, die Schaffung einer neuen Armutsbevölkerung, entgarantierte Arbeitsverhältnisse verändern in den 80er Jahren die Strukturen der Gesellschaft. Mehr denn je haben Staat und Kapital heute größtes Interesse an einer totalen Volkserfassung und -kontrolle, es ist für sie geradezu zu einer Notwendigkeit für die Absicherung ihrer Herrschaftsinteressen geworden.

Mit Hilfe der Informations- und Computertechnologie soll das Jahr 1987 im Hinblick auf eine vollständige Erfassung von Gesellschaft und Widerstandspotential für die Durchführung einer neuen staatlichen Sozial-, Repressions- und Selektionspolitik einige wesentliche Voraussetzungen bringen: Die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, die Durchführung der Volkszählung und die Verabschiedung der Staatssicherheitsgesetze sind wichtige Maßnahmen, die die Nutzung der Informationstechnologien als Herrschaftssicherungsinstrument effektiver gestalten sollen.

"Die Volkszählung 87 ist ein Schritt zur Schaffung des gläsernen Menschen". Diese durchaus richtige Feststellung wird oft von linken und liberalen Teilen der Bevölkerung hervorgehoben. Uns erscheint es jedoch wichtiger zu begreifen, daß eine Erfassung der Gesellschaft in Form von Datenbeständen nur Mittel zum Zweck ist. Das Ziel liegt darin, die soziale Realität möglichst präzise abzubilden, um damit die Vorausse tzungen für eine neue staatliche Sozialpolitik vor allem durch eine effektivere Verwaltung, Kontrolle und Verwertung des unteren Drittels dieser Gesellschaft zu schaffen.

Daß es hierum geht, be weisen bereits durchgeführte computergesteuerte Simulationsprogramme, die die Auswirkungen von bestimmten Schachzügen in einer veränderten Sozialpolitik untersuchen sollen. So sollen riesige Summen im sozialen Sektor durch Maßnahmen eingespart werden, die vorgenommen werden wie chirurgische Eingriffe, ohne daß sich an der Oberfläche des gesellschaftlichen Lebens, d.h. im äußeren Erscheinungsbild, merkbar etwas ändert.

Was hier zur Zeit an den Flüchtlingen aus der "3.Welt" in Form von Lagerhaltung, Zwang zu illegaler Drecksarbeit und Lebensmittelrationierung an faschistischen Herrschaftsmethoden ausprobiert wird, ist eine Einstimmung auf das, was in absehbarer Zeit auch mit anderen Teilen der Gesellschaft passieren wird. Die Flüchtlinge können hierzulande offen faschistisch behandelt werden - mit sicherem Instinkt setzen die Herrschenden der Metropolenländer auf die panische Angst ihrer weißen Bevölker ung (einschließlich auch fast aller Linken), die Menschen der "3. Welt" könnten sich eines Tages tatsächlich holen, was ihnen über Jahrhunderte weg von hier aus geklaut wurde. So hat die gegenwärtige Flüchtlingspolitik von oben doppelte Funktion: Einerseits dient sie der

Eindämmung der berechtigten Forderungen von Menschen aus der "3.Welt" nach Teilhabe am Reichtum der Metropolen, andererseits wird ein sozialpolitisches Experimentierfeld par excellence geschaffen, wo sozusagen hochkonzentriert das verabreicht wird, was demnächst - computertechnisch unterstützt - in "verträglichen" Dosen auf ausgewählte Teile der Bevölkerung angewandt wird.
Die bisherige n Erfassungsmethoden über Sozialversicherung, Krankenkasse und Einwohnermeldeamt greifen nurnoch bedingt und unvollständig. Der Rückgang der garantierten Beschäftigungsverhältnisse, zunehmende Teilzeit- und Schwarzarbeit, verdeckte Massenarbeitslosigkeit, Jugendliche, die in keiner Arbeitslosenstatistik mehr auftauchen, bewirken, daß die bisherigen Datenbestände immer unbrauchbarer werden.

Die Volkszählung dient als Mitte l, das dem Staat bisher nur teilweise zugängliche untere Drittel präzise zu erfassen und sozialpolitische Maßnahmen einzuleiten, die den Selektionsprozeß des Kapitals unterstützen, indem die zunehmende Verelendung weitgehend unsichtbar und diffus gehalten wird. Dazu gehören die datentechnische Verwaltung und Regulation der Armutsbevölkerung ebe nso wie eine Stadtplanung, die daran orientiert ist, Konfliktpotential zu vereinzeln, um einen möglichen Solidarisierungsprozeß der Betroffenen zu verhindern.

Ein wichtiges Glied in der Kette staatlicher Kontroll- und Überwachungsmechanismen ist der maschinenlesbare Personalausweis. Mit seiner Hilfe, genauer mit dessen Seriennummern, die im Melderegister gespeichert werden, ist ein schneller direkterZugriff auf Personaldaten möglich. Eine jederzeitige machinelle Identifizierbarkeit und somit Einblick in das Sozialverhalten für den Repressionsapparat stellt einen Angriff auf die Beweglichkeit und Widerstandsfähigkeit der Menschen dar. Im produktiven Bereich werden durch den Einsatz von Personalinformationssystemen ähnliche Wege beschritten.

In den Entwicklungslabors von Bayer und seiner Tochter Agfa Gevaert wurde jahrelang an dem Verfahren geforscht, nach dem jetzt der Personalausweis hergeste llt wird. Mit dem Slogan "Sicherheit aus einer Hand" liefert Agfa alle Bausteine für das neue System. Es wird in Zukunft nur noch eine zentrale Stelle geben,die alle Personaldokumente nach dem einheitlichen Agfa-Verfahre n herstellt, und für die die Einwohnermeldeämter nur noch die Zulieferung von Anträge n und Daten betreiben werden. Agfa erhofft sich neben der Belieferung des bundesdeutschen Staatsschutz- und Verwaltungsapparates auch ähnliche Aufträgevon Sicherheitsorganen anderer Staaten. Durch die Entwicklung des maschinenlesbaren Personalausweises ist der Konzern weltweit zum Anbieter von Identitätskarten aller Art ge worden.

Volkszählung, maschinenlesbare Auswe iskarte und die Sicherheitsgesetze sind wesentliche Hilfsmittel für eine absolute Herrschaftssicherung. Sie sind eingebettet in den technologischen Angriff des Kapitals,das zur Zeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen - d.h. im produktiven wie im reproduktiven Sektor - versucht, eine höhere Stufe staatlicher Macht und Kontrolle durchzusetzen.

SABOTIERT DIE VOLKSZÄHLUNG UND DEN NEUEN PERSONALAUSWEIS !!!

KAMPF DEM SOZIALEN SELEKTIONSPROZESS !!!

SOZIALE REVOLUTION ODER BARBAREI !!!

10.09.1986

PRESSEERKLÄRUNG

Als Verteidiger von Eva Sybille Haule-Frimpong, Luitgard Hornstein, Christian Kluth, denen Mitgliedschaft in der RAF vorgeworfen wird, teilen wir zu den Umständen der Festnahme am 02.08.1986, die bisher in der Presse widersprüchlich und unzureichend dargestellt wurden, mit:

Frau Haule-Frimpong ist nicht aufgrund des Fahndungsphotos erkannt worden, da ihr Äußeres völlig verändert war. Die Festnahme erfolgte insoweit rein zufällig. Die örtliche Polizei in Rüsselsheim wußte zunächst nicht, wen sie vor sich hatte. Die beiden festnehmenden Zivilbeamten gingen von Anfang an mit gezogenen Pistolen vor, die sie in Kopfhöhe auf die Verdächtigen richteten. Dann erschien ein weiterer Beamter in Uniform, der Herrn Kluth die Hose herunterriß und ihn zu Fall brachte. Als Herr Kluth im Liegen zu Frau Haule-Frimpong herübersah, trat ihm der Polizist mit dem Schuh mit voller Wucht auf den Kopf. Alle drei wurden körperlich durchsucht. Erst als bei Frau Haule-Frimpong eine Waffe gefunden wurde, wurde von den Polizisten Verstärkung herbeitelefoniert.

Die drei wurden dann zu inzwischen eingetroffenen Streifenwagen geschleift und einzeln ins Polizeirevier Rüsselsheim gefahren. Dort wurden sie in vollständig ausgekachelte Zellen im Keller, ohne Toilette und Fenster, gebracht. In den folgenden zwei Stunden wurden sie nacheinander erkennungsdienstlich behandelt. Die beiden Frauen mußten sich zuvor völlig nackt ausziehen, was im Beisein einer Beamtin und "unter Aufsicht" der beiden festnehmenden Zivilbeamten stattfand. Sie erhielten dann beide einen grünen Kittel.
Für die erkennungsdienstlichen Photos wurden die Festgenommenen an den Haaren gezogen und am Hals gewürgt. Frau Haule-Frimpong verlor dabei büschelweise Haare. Zur Abnahme der Fingerabdrücke wurden die beiden Frauen auf den Boden geworfen. Arme und Finger wurden verrenkt. Die beiden Zivilbeamten, die die Maßnahmen durchführten, stellten sich bei Frau Hornstein auch auf die Arme und Finger und traten sie dort. Dabei wurde ihr u.a. gesagt: "In Straßlach wart ihr auch nicht so zimperlich, da kannst du mal sehen, was du davon hast." Frau Haule-Frimpong wurde mit dem Worten angeschrieen:"Für jeden ist mal Schluß, kapier'doch, für dich ist jetzt Schluß wie für Herrn Beckurts". Dabei trat ihr einer der beiden Polizisten in die Nieren. Unten in der Zelle mußten die Kittel wieder ausgezogen werden, so daß Frau Haule-Frimpong zum Beispiel insgesamt fast sieben Stunden völlig nackt in ihrer Zelle saß. Während dieser Zeit wurde sie in unterschiedlichen Zeitabständen von verschiedenen Beamten der Wache durch die Tür "besichtigt". Eine Beamtin fragte sie nach geraumer Zeit an diesem Abend: "Na, sagen Sie jetzt immer noch nichts?"

Gegen Mitternacht- etwa acht Stunden nach der Festnahme- trafen die Beamten des BKA ein. Frau Hornstein wurde erneut unter ähnlichen Umständen erkennungsdienstlich behandelt. Die beiden Frauen erhielten dann viel zu große BGS-Uniformen und wurden halbnackt und barfuß mit auf dem Rücken verrenkt gefesselten Armen- wobei Frau Haule-Frimpong die Uniformhose verlor- zu einem Hubschrauber gebracht, der sie ins Gefängnis nach Bühl transportierte. Erst am folgenden späten Sonntagnachmittag durften Anwälte benachrichtigt werden, obwohl Frau Haule-Frimpong schon in Rüsselsheim zweimal verlangt hatte, einen von ihr namentlich benannten Anwalt anrufen zu dürfen.

Die Gefangenen hatten für Tage geschwollene Arme und Hände, verstauchte Finger und geprellte Schultern; Frau Haule-Frimpong leidet bis heute an einer schweren Nierenbeckenentzündung, die sie sich in der kalten Zelle zugezogen hat.

Rechtsanwalt Martin Viergutz, Hamburg
Rechtsanwalt Rainer Felkl, Düsseldorf
Rechtsanwalt Wolfgang Diesing, Düsseldorf

PIETER H. BAKKER SCHUT

POLITISCHE VERTEIDIGUNG IN STRAFSACHEN

eine Fallstudie des von 1972-1977 in der Bundesrepublik Deutschland geführten Strafverfahrens gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins, Jan Carl Raspe

Van dit proefschrift is ook een handelseditie verschenen onder de titel 'Stammheim – der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion' bij Neuer Malik Verlag te Kiel onder ISBN 3-89029-010-8

De nieuwe aanslagenkultuur

HANS SCHOOTS

De Groene Amsterdammer 24 september 1986

De jaren zeventig waren de hoogtijdagen van het terrorisme in Nederland. Molukse jongeren bezetten de woning van de Indonesische ambassadeur in Wassenaar, het Indonesische konsulaat in Amsterdam, gijzelden scholieren in Smilde, bezetten het Provinciehuis in Assen en kaapten tweė treinen, bij Wijster en bij De Punt. Buitenlandse organisaties vochten hun oorlogjes uit op Nederlands grondgebied.

Nederland is nog altijd een oase van rust te midden van andere landen, waar het terrorisme welig tiert. Echt terrorisme, variërend van bommeldingen tot gijzelingen, vierde bij ons hoogtij in de jaren zeventig. De jaren tachtig zijn de tijd van een nieuwe aanslagenkultuur. Branden en bommen bij Makro, Van Leer en Teleport – samen goed voor een schade van drie miljoen gulden – waren de grootste in een reeks van tientallen kleinere gewelddadige akties. Waar komen die aanslagen vandaan en waar moet dat heen?

Het *Japanse Rode Leger* bezette de Franse ambassade, de *IRA* vermoordde de Britse ambassadeur en een Armeens kommando doodde de zoon van de ambassadeur van Turkije. In Geleen, Den Haag, Utrecht, Amsterdam en Kerkrade kwam het tot schietpartijen tussen leden van de *RAF* en de Nederlandse politie. Er vielen enkele doden. Het bescheiden Nederlandse equivalent van RAF en *Rode Brigades* was bij ons de *Rode Jeugd*, later voortgezet onder de namen *Rode Hulp* en *Rood Verzets Front*. Zij pleegden enkele bomaanslagen, waarvan de meest spektakulaire wel die was op de auto van de Eindhovense hoofdkommissaris van politie. Er was in dit geval geen persoonlijk letsel. RJ en Rode Hulp propageerden de stadsguerrilla, maar buiten voornoemde oprispingen was hun voornaamste aktiviteit het verlenen van hand- en spandiensten aan buitenlandse organisaties. Lucien van Hoesel maakte er (achteraf) geen geheim van dat hij transporten verzorgde voor buitenlandse groepen. Hij kreeg er twee jaar gevangenisstraf voor. In 1976 werd Ludwina Jansen in Tel Aviv gearresteerd. Ze had een opleiding gevolgd in een Palestijns kamp in Zuid-Jemen en was in Tel Aviv op verkenning ter voorbereiding van een vliegtuigkaping. Tijdens een konferentie over terrorisme, in juni jongstleden georganiseerd door het *Instituut voor Internationale Relaties Clingendael*, zei het hoofd van de *Centrale Recherche Informatiedienst* De Jong over Rode Hulp en RVF datn *'de meningsverschillen en de daarop volgende ruzies meer hadden bijgedragen tot hun liquidatie dan enige andere maatregel'.*

Mislukte moordaanslag

In de jaren tachtig is het aan het echte terreurfront in Nederland betrekkelijk rustig gebleven. Een Kasjmirse organisatie pleegde een aanslag op de Indiase ambassade, een pro-Syrische groepering plaatste een zware – maar niet ontplofte – bom bij het konsulaat van Koeweit en het *Armeense Revolutionaire Leger* pleegde een mislukte moordaanslag op de Turkse konsul in Rotterdam. De moord op leden van een popgroep in Rijswijk in maart vorig jaar was wellicht ook een terreuraktie, eigenlijk bestemd voor de buren, de *Surinaamse Bevrijdingsraad.*

Inmiddels bestaat nog een restant van het Rood Verzets Front, met eigen postbus te Groningen. De voornaamste bezigheid van het Front lijkt de publikatie van *De Knipselkrant* te zijn. Een ongetwijfeld belangrijke dienst aan buitenlandse organisaties die niet zo makkelijk kunnen publiceren. In De Knipselkrant kan men naast knipsels ook verklaringen en beschouwingen vinden, afkomstig van alle mogelijke terroristische organisaties over de hele wereld, van het Japanse Rode Leger tot de Spaanse *GRAPO*. Wie beweert links te zijn en veelvuldig gebruik maakt van explosieven en vuurwapens kan rekenen op verbreiding van zijn ideeën door De Knipselkrant. Ondanks dit geweldsfetisjisme lijkt het RVF zelf – gelukkig – niet toe te komen aan aanslagen in Nederland. Of het Front de Rode-Hulptraditie van hulpvaardigheid aan buitenlandse groepen voortzet blijft ongewis. In mei dit jaar werd Knipselkrant-redakteur Paul M. – op niet-onomstreden wijze – gearresteerd omdat hij werd verdacht van assistentie bij het importeren van een kilo *TNT* door een Japanner. Het feit dat de knipselknippende redakteur in maart drie dagen en in april nog eens vier dagen in Belgrado was, en dat de desbetreffende Japanner in april ter zelfder tijd ook daar was, berustte aldus Paul M. op puur toeval. Hij was in Belgrado slechts geweest voor *'studiereizen'* voor De Knipselkrant.

De laatste jaren worden we gekonfronteerd met een nieuwe trend. Het begrip terrorisme is er te zwaar voor. Je zou het de nieuwe aanslagenkultuur kunnen noemen, of in de woorden van CRI-chef De Jong: *'politiek gemotiveerd gewelddadig aktivisme'.*

Een onvolledig overzichtje van de gebeurtenissen:

– September 1985: brandstichting bij de *Makro (SHV)* te Amsterdam. De *Revolutionaire Anti-Racistische Aktie (RARA)* geeft een verklaring uit, vooral tegen de SHV-betrokkenheid bij de apartheid. Miljoenenschade.
– Oktober 1985: poging tot een aanslag op de woning van Amsterdams burgemeester Van Thijn. Aanleiding lijkt te zijn de ontruiming in de Schaepmanstraat, waarbij een kraker in de arm werd geschoten door een agent, die weer zei met een bijl te zijn bedreigd.
– Mei 1986: aanslagen op 14 Shell-stations. Van slangen doorsnijden tot brandstichting. Verklaring van *Nachtschade*, tegen apartheid.
– 16 juni 1986: aanslagen op 5 Shell-stations. Verklaring van *Burn down Apartheid*. 1 miljoen gulden schade.
– 27 juni 1986: explosieven gevonden bij Voorlichting van de EG in Den Haag. Het *Rood Revolutionair Verzet* meldt zich.
– 8 juli 1986: dynamiet gevonden tegenover *Philips*kantoor in Eindhoven.
– 8 juli 1986: brandstichting bij *NMB* in Leiden. Verklaring tegen apartheid. Grote schade.
– 9 juli 1986: brandstichting bij *Van Leer BV*, Amstelveen. Verklaring van RARA, vooral tegen apartheid. Schade 1 miljoen gulden.
– 13 juli 1986: aanslag op *Betoncentrale De Schelde BV*, Bergen op Zoom. Wegens vermeende betrokkenheid bij bouw van 'Woensdrecht'. Schade tienduizenden guldens.
– 21 augustus 1986: aanslag op *PTT*-Telecommunicatiecentrum *Teleport* in Amsterdam en op het bureau van de *Stichting Olympische Spelen*, Amsterdam. Verklaring van de *Revolutionaire Cellen – Commando Ins Blaue Hinein*, tegen de Spelen en nog van alles.
– 8 september 1986: aanslag op kantoor *Hollandse Beton Groep*, Gouda. Verklaring van *Revolutionaire Cellen – Commando Tupac Amaru* tegen de bouw in Woensdrecht en tegen de apartheid. Schade 45.000 gulden.
– 10 september 1986: defekte brandbom onder legerbusje in Zwolle. *AGIT* meldt zich.
– 16 september 1986 (Prinsjesdag): bom gevonden bij Paleis op de Dam. Brand-

bommen bij *Gemeentelijke dienst Herhuisvesting* en *Arbeidsbureau* in Amsterdam. Her en der kleinere vernielingen. Verklaring van de *Commando's Lubbers Halfstok* tegen de bezuinigingspolitiek.

Kapstok

In het verdere verleden zijn er ook wel zulke aanslagen geweest, bij voorbeeld tegen de munitietreinen in het oosten des lands, tegen de Stopera en tegen elektriciteitsmasten, door *'Willie Wortel en de Lampjes'*. (Aanslagen uit de extreemrechtse hoek laten we hier buiten beschouwing, zoals *de metrobom* tijdens de Nieuwmarktakties of de aanslag op een Schiedams theehuis.)

In juli 1982 legde het zogeheten *Militant Autonomen Front (MAF)* een bom voor de deur van het *PvdA*-sekretariaat in Amsterdam. Bijna iedereen schrok daar indertijd van, ook het merendeel van de kraakbeweging, waaruit het MAF voortkwam. Intussen kijkt al niemand meer op van vergelijkbare en veel grotere aanslagen. Van uitzondering zijn ze vooral in het laatste jaar routine geworden. Er is kontinuïteit en meer koördinatie in gekomen.

Nieuw is ook dat nu alle mogelijke en uiteenlopende politieke thema's aanleiding voor het leggen van een bom of het stichten van een brandje blijken te zijn. Verder wordt tegenwoordig een aktie die op een konkrete kwestie gericht lijkt te zijn nog wel eens gebruikt als kapstok om meteen even een omvattende politieke analyse ten beste te geven.

De Revolutionaire Cellen – *Commando Ins Blaue Hinein* – bepleiten in hun begeleidend schrijven bij de bommen tegen de Olympische Spelen een meer samenhangende politiek: *'Hoewel er de laatste jaren ook in Nederland meer en meer akties plaatsvinden, die je zou kunnen rangschikken onder het begrip anti-imperialisme, is de samenhang tussen de strijd op de verschillende deelgebieden nog lang niet voldoende bediskussieerd.'*

Het Commando zelf steekt alvast van wal met een verhandeling waarin alle wereldleed wordt behandeld. Tot de *'enorme belangen en strukturen die schuilgaan achter de Spelen'* worden onder meer gerekend: *'de rigide bezuinigingspolitiek van de regering Lubbers', 'chauvinisme en nationalisme, de voedingsbodem voor racisme', 'de multinationale bedrijven... vooral ook in Europees perspektief, waar de strategie bestaat op het gebied van hoogwaardige technologieën als telekommunikatie samen te werken'. 'Een verenigd Europa is in het belang van de verovering en beheersing van de wereldmarkt door de drie imperialistische machtscentra (VS, Japan, West-Europa).'* Vervolgens komt Reagans *Star-Wars*-programma nog aan bod, dat is gericht op *'een militair overwicht van de NAVO op met name het Warschaupakt, en zo op de handhaving van het kapitalistisch systeem op militair niveau'.* De frivole kreet Ins Blaue Hinein is natuurlijk een aardig herkenningspunt voor de nog wat vrolijkere aktivisten, maar de tekst eronder is overtrokken door een grauwsluier van politiek dogmatisme. Ook de verklaring die RARA ter gelegenheid van de brand bij Van Leer liet verschijnen rept niet alleen over Zuid-Afrika maar over *'de gezamenlijkheid van de anti-imperialistische strijd... de revolutionaire bevrijdingsstrijd in Zuid-Afrika en de VS en Europa..'* De auteurs zien zichzelf blijkbaar als revolutionaire bevrijdingsstrijders *'in Europa'.*

Dezelfde gezichten

Waar komen die aanslagen vandaan? Volgens de Amsterdamse politiewoordvoerder Wilting gaat de politie er in haar onderzoek van uit dat de meeste gewelddadige akties van het afgelopen jaar afkomstig zijn van één groep, misschien twee of drie die onderlinge verbindingen hebben. *'Bij demonstraties zien we ook vaak genoeg dezelfde gezichten van mensen die op geweld uit zijn, of het nu is bij het pausbezoek, bij Kedichem of bij kraakrellen. Ik wil niet de kraakbeweging kriminaliseren, maar daarbinnen bestaat wel een kleine groep waar wij onze aanwijzingen over hebben.'*

Wij leggen Wilting een citaat voor uit *Elseviers Magazine* (26 juli). Daarin staat dat het hoofd van de Veiligheidsdienst van de Tweede Kamer Damen ervan *'overtuigd'* is dat er verbindingen bestaan tussen de Duitse RAF en militante krakers in de Staatsliedenbuurt. Wilting: *'Er wordt zoveel gezegd, maar we moeten niet zo snel zulke verbindingen leggen. Zo duw je mensen in een hoek waarin ze misschien helemaal niet zitten.'*

Navraag bij Damen leert dat hij niet met Elsevier heeft gesproken. Maar hij weet wel waar ze dat vandaan hebben. Het blad heeft de bewering overgenomen uit het *Algemeen Dagblad* (23 mei). Daarheen heeft Damen al eerder een schrijven verzonden met de mededeling dat hij zoiets nooit heeft gezegd. Dat is dan de tweede blunder van Elsevier, die op last van de rechter ook al de bewering in hetzelfde artikel moest rektificeren dat *BONK* verantwoordelijk was voor de aanslag in Bergen op Zoom. Over de herkomst van de hedendaagse aanslagen suggereert Elsevier nog meer dat niet kan worden waargemaakt.

Mr. De Mulder, jurist aan de Erasmusuniversiteit te Rotterdam, werd geïnterviewd. De Mulder heeft onderzoek gedaan naar het terrorisme. Hij sprak vrijmoedig over internationale kontakten en over Nederlanders die in Palestijnse kampen zijn opgeleid. Wat blijkt? De Mulders onderzoek eindigde in 1980 en over de periode daarna zegt hij weinig te weten. Een detail dat Elsevier verzuimt te vermelden. De opleiding in Palestijnse kampen waarover hij sprak had plaats in de jaren zeventig. Het ging kortom over oude Rode-Hulpleden. Zo komen de praatjes in de wereld.

Kunst apart

Waar de daders van de talrijke aanslagen van dit jaar moeten worden gezocht is een geheim dat gewoon op straat ligt. Het zijn een aantal van de meest radikale figuren onder krakers, antimilitaristen en antikernenergieaktivisten. Sommigen in die bewegingen *weten* dat, en de rest is er wel van overtuigd. Het zijn mensen die overdag min of meer legaal aktief zijn en 's nachts op pad gaan met brandbommen en andere attributen. Ze leven niet illegaal, maar vaak wel in de luwte van de halve anonimiteit van de kraakwereld. Waar ze hun bommen vandaan halen is ook niet zo moeilijk. Iedereen die de publikaties in *Bluf!* leest van de *Vakgroep Methoden en Technieken* kan een bom maken. Neem bijvoorbeeld de aflevering van 29 mei, waarin op deskundige wijze wordt uiteengezet hoe het tijdmechanisme, de ontsteking en andere delen van een brandbom in elkaar kunnen worden geknutseld. Maar de Vakgroep beseft toch wel een beetje dat ze met vuur speelt: *'Fik kan hartstikke gevaarlijk zijn en waarschuwen is dan ook belangrijk. Het is eigenlijk een kunst apart... Vergeet nooit te waarschuwen! We zijn hier heel moralistisch over. Je bent echt verantwoordelijk voor wat er gebeurt of kan gebeuren.'* Het wachten is op het moment dat iemand de kunst niet zo goed verstaat.

Het merendeel der krakers, antimilitaristen, anti-kernenergie- en Zuid-Afrika-aktivisten is door de aanslagen voor voldongen feiten gesteld. Toch bestaat ook bij mensen die zoiets zelf nooit zouden doen een vrij grote tolerantie. Er wordt geschermd met theorieën als het recht op autonomie, ofwel het recht je eigen weg te gaan zonder boodschap aan organisaties, bewegingen kortom: anderen. In die gedachtengang heeft iedereen het recht zijn of haar *'eigen middelen te kiezen'*. De bom van het Militant Autonomen Front in 1982 maakte in de kraakbeweging een hele diskussie los. De bewoners van de *Lucky Luyk*, waar de strijd toen om draaide, verklaarden: *'We staan niet achter deze aktie die uitgaat van onbekenden, onze strijd in diskrediet brengt. De bom van het Autonomenfront doet meer kwaad dan alleen maar materiële schade.'* Het MAF reageerde daarop met de pontifikale mededeling: *'Ieder houdt toch zijn eigen mening, wat heel normaal en demokratisch is.'*

Brede diskussie

Maar *de facto* legde het MAF zijn wil aan de andere krakers op. Op vergelijkbare wijze gaat het ook met de recentere aanslagen tegen apartheid. De traditionele Zuid-Afrika-organisaties worden gekonfronteerd met de gevolgen van akties waar zij volledig buiten staan en waarop ze geen invloed kunnen uitoefenen. De *Anti-Apartheidsbeweging Nederland* meldt dat abonnees opzeggen omdat ze *'er niets meer mee te maken willen hebben als*

het die kant op gaat'. Ook het *Komitee Zuidelijke Afrika* merkt dat het meer gematigde deel van zijn aanhang sterk afwijzend reageert. Shell-pomphouders verwijten het KZA dat dit *'het klimaat heeft geschapen'.* Uit die hoek is al aangekondigd dat ook het KZA een bom tegemoet kan zien als er nog eens wat bij een Shell-pomp gebeurt. De twee komitees zien zo hun pogingen doorkruist om in de hele Nederlandse samenleving een brede diskussie over Zuid-Afrika te stimuleren. Ze kunnen er overigens wel inkomen dat jongeren ongeduldig worden.

De hedendaagse aanslagenkultuur is het resultaat van een lange voorgeschiedenis die begint op de radikale vleugel van krakers, aktivisten tegen kernenergie en antimilitaristen. In een proces van voortdurende geweldadige botsingen tussen deze bewegingen en de autoriteiten is een gezelschap van gestaalde kaders ontstaan. Trefwoorden: Groote Keyzer, Vondelstraat, Kroning, Dodewaard gaat dicht 1, Prins Hendrikkade, Grote Wetering, Piersonstraat, Dodewaard gaat dicht 2, Lucky Luyk, Blokkades van munitietreinen. Intussen zijn de bewegingen ingestort. De regering is over het verzet tegen de kruisvluchtwapens heengestapt en Tsjernobyl was nog maar net ontploft of Lubbers werd herkozen. In deze hele konstellatie is het niet echt een verrassing als een aantal aktivisten aanvallen van woedende machteloosheid krijgt en besluit dan maar wat anders te organiseren. Er worden twee argumenten aangevoerd om aanslagen te rechtvaardigen. De eerste is dat ze weliswaar geen oplossing bieden, maar dat je er iets mee kunt *'duidelijk maken'.* Wat en aan wie? De gemiddelde Nederlander zal zich niet erg serieus genomen voelen als men hem opheldering wil verschaffen door middel van bomaanslagen. In Den Haag weten ze al lang waarom het gaat, maar ze doen alleen te weinig. Blijft over: men maakt duidelijk dat men boos is. De autoriteiten komen echter pas onder de indruk als er velen boos zijn en – toegegeven – dan ook niet altijd. Maar juist om vélen te aktiveren werken bommen averechts.

Naïviteit

Waarmee we op het tweede argument komen: als je maar lang genoeg aanslagen pleegt tegen bij voorbeeld Shell, trekt die zich uit zakelijke overwegingen wel terug uit Zuid-Afrika. Dit getuigt van een zekere naïviteit. Als er al een paar pomphouders naar *Esso* overlopen is het heel wat, maar wie kan nu in ernst geloven dat hij een van de grootste multinationals in het stof kan laten bijten door wat brandjes en ontploffingen? De belangen die op het spel staan zijn enorm en alleen al uit prestigeoverwegingen kan Shell zich onmogelijk veroorloven voor zulke druk te zwichten. Of wil men de Shell *'militair'* verslaan? Dat is het gevaar van de redenering. Ze kan gemakkelijk leiden tot verdergaande akties en op een dag blijkt een grens te zijn overschreden waarna aan het risico van persoonlijk letsel ook niet meer zo zwaar wordt getild.

Fysiek letsel toebrengen willen de geweldsaktivisten beslist vermijden. Maar een ongeluk zit in een klein hoekje. Wilting: *'Hebt u het interview in De Tijd gelezen met Jack van Lieshout* (woordvoerder van de woongroep Staatsliedenbuurt)? *Die jongen leeft zich helemaal in in zijn rol, maar hij overschat zichzelf. Als hij niet oppast, kunnen zij het straks ook niet meer in de hand houden.' Jack* filosofeert wat losjes over het nut van geweld, maar is er wel erg zeker van dat de drempel naar het treffen van mensen nooit zal worden overschreden.

Zullen we in de komende tijd met zulke aanslagen blijven zitten? Wat kan eraan gedaan worden? Wilting: *'Hopelijk zal de Nederlandse nuchterheid de overhand houden. Nederland is anders als Duitsland. Maar het leggen van bommen beschouwen wij als een kriminele aktiviteit. Daarvoor is in onze demokratie geen plaats. De opsporing is bij ons dan ook in handen van de Afdeling Zware Kriminaliteit.'*

Hoe denken de kleine linkse partijen eigenlijk te kunnen voorkomen dat aanslagen tot een vast bestanddeel van de Nederlandse politiek worden? Ze blijken opmerkelijk eensgezind in hun afwijzing van geweldadige akties, te beginnen met het doorsnijden van slangen bij pompstations. Zulke strijdmethodes sluiten niet aan op de Nederlandse demokratische verhoudingen. De *PSP* is zelf vaak aktief in radikale organisaties en hoopt geweldsaktivisten door argumenten tot andere gedachten te brengen. Ook de *PPR* vindt dat de diskussie open moet worden gehouden. Probleem: *'De PPR heeft weinig aanhang onder radikale jongeren dus komen we moeilijk met ze in gesprek.'* De PPR vindt dat links de hand ook wel eens in eigen boezem mag steken: *'Als partijen en vredesorganisaties eerst een enorme mobilisatie op touw zetten en dan de zaak laten vallen als een baksteen moet je niet opkijken als er onmachtsgevoelens ontstaan.'* De CPN: *'Demokratische akties moeten versterkt worden, dat is het beste antwoord op geweld en vernielingen.'* De Anti-Apartheidsbeweging Nederland wil graag met de plegers van aanslagen in gesprek blijven: *'Je moet ze eerst akseptеren vanuit hun eigen achtergrond, anders kun je ook niet praten.'* Het Komitee Zuidelijk Afrika komt niet aan praten toe: *'We hebben geen flauw idee wie het zijn.'* Het slotwoord is aan kameraad Lucien van Hoesel: *'Op een gegeven moment dacht ik: wij moeten maar eens van dat mechanisme af – revoluties mógen mislukken. Als je mijn geval in Duitsland plaatst, was ik dood geweest, had ik levenslang gekregen of zou ik nog steeds op de vlucht zijn. In Nederland krijg je toch zoveel ruimte, dat de motivatie om te handelen wegvalt.'*

Virus aus Waffenlabor verschwunden

Die 2,352 Milliliter 'Chikungunya' könnten ausreichen, die gesamte Menschheit mit Tropenfieber anzustecken / Wissenschaftler enthüllte Verlust des Pentagon-Labors, nachdem Gentechnologie-Kritiker 100.000 Dollar für Hinweise auf Verletzung des Bio-Waffen-Vertrags boten

Von Michael Fischer

Berlin (taz) — Wie am Mittwoch in Washington bekannt wurde, sind im September 1981 größere Mengen eines gefährlichen Virus aus einem Bio-Waffenlabor des Pentagon verschwunden. Nach den Worten des damals für die Versuche verantwortlichen Wissenschaftlers des 'Medizinischen Forschungsinstituts für anstekkende Krankheiten der US-Armee' (USAMRIID), Dr. Neil Levitt, könnte die Menge des verschwundenen 'Chikungunya'-Virus ausreichen, „die ganze Menschheit mehrfach mit tropischem Fieber anzustecken."

Das Verschwinden dieser Grundsubstanz biologischer Waffenforschung wurde aufgedeckt, nachdem die 'Stiftung für wirtschaftliche Trends' des Gentechnologie-Kritikers Jeremy Rifkin zu Beginn der zur Zeit in Genf stattfindenden Überprüfungskonferenz des Bio-Waffenvertrags Wissenschaftler aufforderte, ihnen bekannte Forschungsprojekte zu nennen, die einen Vertragsbruch darstellen. Die Stiftung bot 100.000 Dollar Unterstützung bei evtl. Arbeitsplatzverlust an.

Ende letzter Woche meldete sich daraufhin Dr. Levitt. Er gab bekannt, daß der Generalinspekteur der US-Armee das Verschwinden von 2,352 Milliliter des Virus bereits in einem im Mai dieses Jahres fertiggestellten, aber unveröffentlichten Bericht bestätigt. In dem Bericht wurde außerdem festgestellt, daß das USAMRIID keine schriftlich festgehaltenen Vorschriften für derartige Vorfälle entwickelt hat. Zusammen mit Levitt klagt nun Rifkin gegen das Pentagon. Ein Gericht ist aufgefordert, der US-Armee die Durchführung weiterer Bio-Waffen-Experimente solange zu verbieten, bis die nötigen Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind. Als Begründung wurde angeführt, daß die Armee mit äußerst gefährlichen Krankheitserregern experimentiere, die Gelbfieber, Cholera, Pest und ähnliches hervorrufen, die Sicherheitsvorkehrungen der Bio-Labors seien aber unverhältnismäßig lasch. Vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung der Gentechnologie und dem enormen Ausbau der Bio-Waffenforschung müßten Maßnahmen getroffen werden, die die Öffentlichkeit vor möglichen Unfällen schützt.

Rifkens Prozeß hat gute Aussichten: das Pentagon hat schon einmal gegen den streitbaren Gen-Kritiker verloren. Im Mai 1985 verbot ein Washingtoner Gericht den Bau eines Bio-Waffenlabors in dem US-Bundesstaat Utah.



VERKLARING BIJ DE AANSLAG TEGEN DE HOLLAND BETON GROEP IN GOUDA OP 8 SEPTEMBER 1986

Vandaag 8 september hebben wij, de Revolutionaire Cellen - Commando Tupac Amaru, een bomaanslag op het kantoor van de Hollandse Beton Groep te Gouda gepleegd. Deze aanval op HBG heeft twee hoofdoorzaken: HBG werkt mee aan de bouw van de militaire basis Woensdrecht waar de NAVO-kernwapens gestationeerd zullen worden, ze werkt en investeert in de racistiese staat Zuid-Afrika. Het feit dat HBG betrokken is bij beide misdadige praktijken laat duidelijk zien dat het bedrijfsleven, het gehele pakt van westerse industriëen, de hoofdrol speelt in het internationaal repressienetwerk. Enkel door de onderworpen positie van de zwarte bevolking, die als slaven gedwongen worden om het raderwerk van apartheid draaiende te houden, sleept het westerse bedrijfsleven in Zuid-Afrika haar miljoenen winst binnen. Om haar inkomsten te verzekeren zal het bedrijfsleven alle moeite doen om de apartheid in stand te houden. Net zoals ze om dezelfde reden bewust de derde wereld onderontwikkeld houdt. De amerikaanse kruisvluchtwapens worden niet alleen in Europa geplaatst om het Warschau-pakt te intimideren, maar ook om een dreigende barrière op te werpen voor de derde wereldbevolking. De kernraketten moeten een duidelijk signaal naar de uitgebuitenen toe zijn dat ze het , niet in hun hoofd moeten halen westers bezit te onteigenenen en dat ze überhaupt nooit een opmars naar het rijke noorden mogen overwegen. Ze hebben de keuze tussen het langzaam wegteren aan honger en ziekte of een gruwelijke, radioaktieve dood.

Elke staat is een politiestaat om het systeem van winstbejag te beschermen, ook al doen materiële welvaart en schijnsituaties als parlementaire demokratie, het recht op demonstratie en de vrijheid van pers, velen anders geloven. Het grootste probleem is niet dat de heersende klasse mensen onderdrukt, maar dat die mensen zich laten onderdrukken. In Zuid-Afrika zijn reeds velen opgestaan om de tirannie te breken, maar zij schreeuwen om internationale solidariteit. Wij moeten hier, waar de wortel van het kwaad huist, meestrijden om de val van de zuid-afrikaanse staat te versnellen en het kapitalisme de nekslag toe te brengen. Ook in Nederland begint het de laatste maanden goed te rommelen, het ziet er naar uit dat het ondergronds verzet serieuze vormen aan begint te nemen. Een onvermijdelijke ontwikkeling, je mag in deze staat tenslotte enkel uiten zolang je binnen de door de overheid vastgelegde normen blijft, het negeren door de regering van protest tegen bijv. bewapening, kernenergie en apartheid laat steeds duidelijker zien hoe de verhoudingen in werkelijkheid liggen. Laat hen niet langer de regels van het spel bepalen, saboteer hun machine!

ZIJ HEBBEN DE MACHT -
WIJ HEBBEN DE NACHT

Oriach, 'litterair terrorist', weer aangehouden

De 32-jarige Fréderic Oriach werd gisteren in de Jardins du Luxembourg door de politie opgepakt en weggeleid. Oriach werd wegens pro-Palestijnse en anti-zionistische geschriften in 1983 tot zes jaar straf veroordeeld. Hij heeft steeds blinde terreur veroordeeld.

De Morgen - Vrijdag 26 september 1986

GISTERENMIDDAG heeft heel televisiekijkend Frankrijk kunnen zien hoe een vrij man, Frédéric Oriach, door politie in burger in het centrum van Parijs werd gearresteerd en weggesleurd. De man die noch opgespoord wordt door de politie, noch in de klandestiniteit leeft, had het noodzakelijk geacht een perskonferentie te geven omdat hij zich al geruime tijd achtervolgd weet en vreest voor zijn leven. Ironie van het lot, om dezelfde redenen vluchtte Georges Ibrahim Abdallah in oktober 1984 een politiekantoor van Lyon binnen. Hij achtte zichzelf achtervolgd door agenten van de Israëlische geheime dienst. Abdallah zit nog altijd vast en is de inzet van een bommencampagne die Frankrijk de jongste tijd heeft geteisterd.

Geschaduwd

Oriach had de pers gisteren uitgenodigd op een plek op een open boulevard, om te laten zien dat hij de openbaarheid niet schuwt, om ze van dit geschaduw door de politie op de hoogte te brengen. De militant wiens naam in het verleden genoemd werd in verband met Action Directe onderstreepte bij het begin van zijn perskonferentie dat hij steeds de blinde terreur heeft veroordeeld en tegelijk een verdediger is van de Palestijnse zaak.

Toen hij in de politie-auto gedwongen werd riep Oriach naar journalisten dat hij inderdaad pas in de Syrische hoofdstad Damascus is geweest maar dat hij als vrij man kon gaan en staan waar hij wilde. Ik heb met de bommencampagne geen uitstaans, zei Oriach nog.

Israël

Oriach werd op 23 juni 1983 tot 6 jaar straf veroordeeld in een proces dat op zichzelf al een voorbeeld is van de Israëlische direktieven inzake terreurbestrijding. Hij kwam dit jaar vrij. Frédéric Oriach werd op 12 oktober 1982 aangehouden toen hij een pakje in bewaring gaf in het Parijse Noordstation. Behalve enkele kledingsstukken en tandenborstel, bleek het pakje ook nog twee teksten te bevatten. Deze waren bestemd voor een internationaal kommunistisch tijdschrift, *Subversion* waarvan Oriach de hoofdredakteur was. Onder de kop ‹‹Litterair terrorist›› onderstreept de Franse pers dat deze anti-zionistische teksten plus een veertigtal fiches die inlichtingen bevatten over Israëlische belangen in Parijs, het enige is wat Oriach ten laste kan worden gelegd.

Dit verhindert de ‹‹onafhankelijke rechtspraak›› niet hem ‹‹morele verantwoordelijkheid›› toe te schrijven voor enkele aanslagen tegen Israëlische belangen in Frankrijk. Vier Israëlische vennootschappen, de Leumi-Israël-bank, de elektronische firma Ganco, Discount-bank en Nemor, hadden het voorwerp uitgemaakt van aanslagen.

Het vonnis luidt: *‹‹Zijn verantwoordelijkheid is moreel groter dan die van een simpele uitvoerder. De vrijwillige keuze deel uit te maken van een organisatie van boosdoeners zou het maximum van de straf (10 jaar) rechtvaardigen indien de rechtbank over het bewijs beschikte dat Oriach heeft bijgedragen tot de aanslag in de Avenue de la Bourdonnais die de dood tot gevolg had van twee leden van de ontmijningsdienst. Hoedanook, bij gebrek aan zekerheid, kan op bazis van de voorbedachtheid en het ophitsend karakter van de beschuldigde een forse sanktie gevorderd worden››.*

Nieuwe ketters

Oriachs advokaat stelde dat dit de terugkeer betekent naar de Inquisitie en de jacht opent op de nieuwe ketters. Daarmee worden al diegenen bedoeld die tegen het zionisme strijden en voor de Palestijnse zaak, aldus meester Isabelle Coutant-Peyre. (RG)

SDZ 27.9.1986

Anruf bei Europe I

Pandraud bleibt dabei, daß die libanesischen Terroristen bei der Vorbereitung ihrer Anschläge und ihren schnellen Bewegungen auf französischem Territorium einheimische Helfer gehabt haben müssen. Neun Verdächtige sind gegenwärtig in Haft. Durch Analysen ist auch nachgewiesen, daß mehrere Extremistengruppen sich aus den selben Quellen versorgen. Eine Sprengladung, die am 4. September in einem Zug der Schnellmetro unter der Gare de Lyon unschädlich gemacht wurde, sowie zwei andere, die im Frühling auf dem Eiffelturm und in der Metrostation Auber gelegt wurden, ohne zu zünden, gleichen nach Explosivstoff und Konstruktion solchen, mit denen 1983 die armenische Asala operierte. Die Bombe von der Gare de Lyon wurde vom Solidaritätskomitee für die politischen arabischen Gefangenen, einem Sprachrohr der FARL, beansprucht, die zweite und dritte von niemandem.

Einer der vermuteten französischen Hintermänner, Frédéric Oriach, Mitbegründer der Action directe und nach Verbüßung seiner Strafe im April in Paris, Damaskus, Athen und der Schweiz geortet, wurde am Donnerstag unter bizarren Umständen verhaftet. Oriach hatte am Mittwochabend überraschend den Sender Europe I angerufen. Er erklärte, er verstehe den Wirbel um seine Person nicht; er sei in Paris, und die Polizei wisse, wo sie ihn finden könne. Für Donnerstag bestellte er Journalisten zu einem Gespräch in den Luxembourg-Garten. Dort erwarteten ihn dann die Detektive.

TIMES 25.9

Three Iranians charged after explosives find

Paris — Three Iranians were charged yesterday with possessing explosives after the discovery on Monday of 33 lb of explosives near Châlons-sur-Marne (Diana Geddes writes).

They are named as Seyyed Kalibi, aged 50; Azita Monachipour, aged 29; and Joseph Monapchipour, 35.

Five French people were also arrested as alleged friends of Frédéric Oriach, a leader of the group Action Directe.

De Volkskrant 27.9

Negen arrestaties

De Franse politie arresteerde woensdag en donderdag in verband met de zaak-Abdallah negen personen. Vijf van hen zijn Franse extreem-linkse activisten. De vier anderen zijn Libanezen. Een van de gearresteerden is Frédéric Oriach, die er net als de andere Franse extremisten van verdacht wordt dat hij nauwe banden onderhoudt met de linkse terroristische organsisatie Action Directe. Oriach is een pro-Palestijnse activist die eerder dit jaar uit de Franse gevangenis werd ontslagen en over wie werd gezegd dat hij enige tijd in Syriё had gewoond. Hij ontkent echter iets met Action Directe te maken te hebben.

Tegen zijn vriendin, Marina da Silva, werd vrijdag een nieuwe beschuldiging ingebracht. Nadat ze al was gearresteerd in verband met de terreurgolf in Parijs werd bekend dat de vrouw ook verdacht wordt van betrokkenheid bij vroegere aanslagen van de Franse terreurorganisatie Action Directe. Een rechter-commissaris vaardigde tegen de 28-jarige Portugese een arrestatiebevel uit, nadat in haar woning een schrijfmachine aangetroffen was die gebruikt is voor brieven van Action Directe, waarin de verantwoordelijkheid voor aanslagen werd opgeëist. De vrouw zou onlangs nog met Oriach in Syriё geweest zijn.

Belgische justitie

Een woordvoerder van het Belgische ministerie van justitie heeft vrijdag laten weten dat België belangstelling heeft voor één van de negen linkse extremisten die in Parijs werden gearresteerd. De betreffende persoon zou contacten hebben onderhouden met de Belgische terreurorganisatie CCC (Strijdende Communistische Cellen). Het zou gaan om een Iraanse vrouw, die bevriend is met de enkele maanden geleden in België gearresteerde Pierre Vos.

De woordvoerder kon nog niet zeggen of België ook om uitlevering van de vrouw zal vragen. Vooralsnog ligt het meer voor de hand om een commissie van onderzoek naar Parijs te sturen, zo zei hij.

De Belgische justitie heeft eveneens belangstelling voor een Franse vrouw die in het kader van het politie-onderzoek naar de reeks aanslagen in Parijs werd ondervraagd. De zegsman bevestigde voorts dat een deel van de explosieven, die afgelopen week in Frankrijk zijn ontdekt, afkomstig zijn van een diefstal uit een steengroeve in het Henegouwse plaatsje Ecaussines. In mei 1984 verdween er uit Ecaussines 550 kilogram springstof. Dit materiaal dook vervolgens op bij terroristische aanslagen in verschillende landen in Europa, onder meer in België, de Bondsrepubliek en Frankrijk.

Affaire Abdallah

Vrouw opgepakt wegens typmachine

(Persagentschappen en eigen berichtgeving)

PARIJS/BRUSSEL.- *Nadat Frédéric Oriach, een links militant, die donderdag tijdens een perskonferentie werd aangehouden, terug is vrijgelaten, werd een medestandster aangehouden omwille van het bezit van een typmachine, die eventueel zou kunnen gebruikt zijn voor het opeisen van aanslagen, hoewel de politie zelf zegt dat de expertise, die dit zou kunnen bevestigen, nog niet is gebeurd. De gevangen Abdallah zal volgens de Franse Justitieminister Chalandon voor een assisenhof moeten verschijnen.*

De Morgen - Maandag 29 september 1986

De Franse regering doet haar uiterste best om alle geruchten over "een regeling" voor de zaak Abdallah uit de wereld te helpen. Het belang van de "bemiddeling" van de Grieks-ortodokse kerkleider Capucci, die een bezoek bracht aan Georges Abdallah, wordt gerelativeerd, en Justitieminister Chalandon kondigde vrijdagavond aan dat Abdallah een nieuw zal moeten doormaken, dit keer voor een assisenhof, en liefst al in januari of februari vorig jaar.

De Libanees Abdallah zit in Frankrijk een gevangenisstraf van 4 jaar uit wegens verboden wapenbezit. In het Assisenproces zou hij zich moeten verantwoorden voor vermeende medeplichtigheid aan het vermoorden van Amerikaanse en Israëlische diplomaten in 1982. Als de beschuldigingen bewezen worden kan dat leiden tot levenslange opsluiting.

Onder meer om te protesteren tegen de veroordeling van Abdallah, en om zijn vrijlating te verkrijgen worden in Libanon 7 Fransen gegijzeld. Zijn vrijlating is ook de inzet van de recente terreuraanslagen in Parijs.

Oriach

De "harde lijn" die de Franse politie en politiek volgen inzake terreurbestrijding krijgt haar meest kontroversiële vorm in de bestrijding van wat "literaire terreur" is gaan heten.

Donderdag werd de 32-jarige Frédéric Oriach voor de tv-camera's gearresteerd. Oriach, die in 1983 al tot 6 jaar gevangenis was veroordeeld wegens "literair terrorisme" (anti-zionistische en pro-palestijnse geschriften) wilde met de persksonferentie duidelijk maken dat hij achtervolgd wordt, vreest voor zijn leven, en dat hij zich altijd uitgesproken heeft tegen blinde terreur. De politie verdenkt hem van banden met Action Directe en betrokkenheid bij aanslagen.

Konkreet neemt men het Oriach kwalijk dat hij in juni voor de microfoon van Europe 1 verklaarde dat hij de dood van generaal René Audran niet betreurde (omgekomen bij een aanslag die door Action Directe werd opgeëist), omdat deze generaal toch een wapentrafikant was.

Oriach is in beschuldiging gesteld op grond van valse verklaringen (hij had een vals adres opgegeven voor zijn identiteitspapieren) en "het verdedigen van moorden en misdrijven", en vervolgens vrijgelaten.

Intussen was een vriendin van Oriach, de 28-jarige Marina Da Silva, gearresteerd, in staat van beschuldiging gesteld, en dan onder toezicht van Justitie weer vrijgelaten.

Da Silva, werd al eens veroordeeld tot 16 maanden gevangenis en 900.000 Franse frank schadeloosstelling wegens (door haar ontkende) medeplichtigheid aan een aanslag tegen het museum van La Légion D'Honneur.

Dit keer werd ze gearresteerd nadat de politie een "verdachte typmachine" op haar appartement had gevonden. "Ze zou kunnen gebruikt geworden zijn om opeisingsbriefjes van aanslagen te tikken", was het officiële kommentaar. De expertise moet echter nog volgen.

Frans CCC-spoor levert niets op

De Morgen 1.10.86

BRUSSEL.- Vorige week verklaarde Justitieminister Gol dat er een nieuw CCC-spoor in Frankrijk was ontdekt. Het was dat spoor dat moest aantonen dat de CCC zich in het internationale terreurnetwerk inschreef, met duidelijke referenties naar het zogenaamd "islamitisch terrorisme". Eén week na deze verklaringen blijft er (voorlopig) weinig over van dit nieuwe CCC-spoor.

OP donderdag 25 september blokletterde de krant *Le Soir* "Belg aangehouden in Parijs". Onze franstalige konfrater schreef: "Woensdag zijn er Iraniërs gearresteerd in Parijs en tevens een Belg, met name een vriendin van de zesde vermeende CCC-er, Pierre Vos, die aangehouden werd op 13 juni in België. Volgens onze informatie zou de herkomst van de recent ontdekte explosieven in Frankrijk nogmaals teruggaan op de diefstal uit de steengroeve te Ecaussinnes (eind mei '84)".

De informatie was belangrijk. De indruk ontstond hierdoor immers dat de CCC, op basis van materiële indikaties, in verband kon worden gebracht met hetgeen men "het islamitisch terrorisme" is gaan noemen. De informatie won nog aan belang door het moment en de plaats waar één en ander uitlekte: precies op het moment dat de EG-ministers naar London waren geroepen op dringende vraag van Frankrijk om zich te bezinnen over anti-terreur-maatregelen. Het was onmiskenbaar dat de TREVI-bijeenkomst getekend werd door deze zogenaamde "islamitische terreur tegen Frankrijk".

Na het voorlezen van de officiële gemeenschappelijke TREVI-tekst door Douglas Hurd gaven de ministers Gol en Nothomb vorige donderdag een perskonferentie. Bij die gelegenheid preciseerde Jean Gol de informatie die in Le Soir was verschenen: "In Frankrijk werd één persoon aangehouden, een ander werd voorgeleid. Beiden zijn te situeren in de mistige kring rond de CCC en Action Directe. Eén ervan is niet Belgisch. Eén ervan is een vrouw. Er werden in Frankrijk 15 kilogram explosieven gevonden die afkomstig zijn uit Ecaussinnes". De verklaring die Gol deed leek op dat moment helemaal niet op het korrigeren van de Le Soir-versie, het leek integendeel op een aanvulling.

Pas nu wordt duidelijk waarover het precies ging. De eerste aanhouding waarop de berichten betrekking hadden was die van de Française Christine Da Silva. Da Silva staat bij de Franse politiediensten al enige tijd bekend als "sympatisante" van Action Directe en behorend tot de entourage van Frédéric Oriach. Zij is inderdaad bevriend met Pierre Vos. Vos werd op 13 juni in België aangehouden omwille van illegaal wapenbezit. Of hij iets te maken heeft (gehad) met de CCC is alsnog onbekend, ondanks zijn sympatieën voor Action Directe.

De tweede arrestatie ging helemaal niet ongemerkt voorbij in Parijs. Het ging met name om die van Frédéric Oriach die voor de tv-camera's werd opgepakt, net op het moment dat hij een perskonferentie wilde weggeven. Oriach is ook duidelijk geen Belg, en kan bezwaarlijk tot de CCC-kring gerekend worden. Overigens heeft de Franse justitie zowel Da Silva als Oriach reeds opnieuw in vrijheid gesteld. Vraag is en blijft dan ook waarom Gol tijdens genoemde perskonferentie het nodig oordeelde om naar de CCC te verwijzen. Temeer omdat de springstof die bij de Iraniërs werd gevonden, voor zover wij konden achterhalen, helemaal niet afkomstig was van Ecaussines. Het is niet uitgesloten dat de 15 kilogram Ecaussines-springstof die nu ter sprake werd gebracht lange tijd geleden reeds opdook, ter gelegenheid van een mislukte aanslag van Action Directe op de West-Europese Unie.

Als er al een (materieel) verband bestaat tussen het "islamitisch terrorisme" en CCC-kopman Carette, dan ligt die veeleer in het verleden. Kort na de moord op de tweede sekretaris van de Israëlische ambassade te Parijs, Yacov Barsimantov, op 26 maart '84, werden pamfletten in de Franse hoofdstad verspreid die opgesteld waren in het Frans, Arabisch en Turks. In die pamfletten werd de aanslag opgeëist door de FARL. Deze pamfletten waren gedrukt bij DOCOM, de drukkerij van Pierre Carette en Christophe V. Dat Oriach en Carette in die periode samen publiceerden in het blad "Subversion" is eveneens bekend. Deze feiten dateren echter allen van vóór de eerste CCC-aanslag, op 2 oktober '84. Waarom dat verleden aktualiseren? **(PP)**

Artikel aus LIBERATION vom 6./7. Sept. 1986 über die FARL

Die FARL meldet sich aus Beirut und erklärt, dass sie das verfehlte Attentat auf die RER-Schnellbahn durchgeführt hat

Chirac wird mit neuen Drohungen konfrontiert

Die in einem Wagen der RER-Schnellbahn entdeckte Bombe war gut plaziert um zu töten: In ihrem Communiqué künden die Terroristen weitere Aktionen an.

Am Tag nach dem verfehlten Attentat in der RER-Schnellbahn am Donnerstag gegen 18.30 h in Paris hat das Unterstützungskomitee der arabischen Gefangenen und denen vom nahen Osten (CSPPA) den Explosionsversuch, welcher ein eigentliches Blutbad hätte hervorrufen können, für sich beansprucht. Diese Unterschrift überrascht die Untersuchenden, welche keine formellen Beweise haben konnten, in keiner Weise; einige Stunden nach der Entdeckung dieser Bombe, die in einem Papiersack der Buchhandlung "Gibert Jeune" versteckt war, meldetete sich die CSPPA.

"Dies ist ein Anfang... Das Feuer wird wachsen, sich verstärken und sich fortsetzen", (...). "Wir haben die französische Regierung gewarnt, dass das was letzten Februar und März passiert ist, sich wiederholen wird, wenn unsere Militanten nicht freigelassen werden", (Auszug aus dem Communiqué).

Die dreizehn Sprengkörper (ca. 2 kg), welche unter einen Sitz der sechsten Wagenreihe einer RER-Schnellbahn der Linie Boissy-Saint-Léger geschoben wurden, sind im Effekt vom gleichen Typ wie die, die bei den fünf Attentaten, für die die CSPPA bereits die Verantwortung übernommen hatte, verwendet wurden. Es handelt sich um Pentrite, ein aus Plastik abgeleitetes Material.

Zu diesem ersten Beweis kommt ein zweiter dazu: Die Entschlossenheit der Bombenleger, die als sie sahen, dass ihr Projekt wegen der Detonationsschwäche der Ladung gescheitert war, sich nicht lange Zeit liessen um ihre Drohung auszusprechen. In ihrem letzten Communiqué, welches am letzten Montag an die Agentur FRANCE PRESSE geschickt wurde, kündigte die CSPPA eine "immer stärkere" Wiederholung der Attentate an, wenn die "Regierung Abdel Kader Essadi nicht schnell und ohne Fristen frei lass". Nun, dieser Libanese, mit richtigem Namen Georges Ibrahim Apdallah, ist immer noch im Gefängnis.

Sofort nach diesem bekannten Versuch und dem Feststehen dieser zwei Uebereinstimmungen sagte der Premierminister den Kampf an.

In der Nacht vom Donnersta und bis ein Uhr am Morgen präsidierte Jacques Chirac eine improvisierte Versammlung, an welcher Charles Pasqua, Robert Pandraut, die Polizeichefen und Verantwortliche der RATP teilnahmen. Die Franzosen wurden zu "Wachsamkeit und zur Mobilmachung" aufgerufen.

In der Zeitung "Vingt heures" musste ein Verantwortlicher der Polizei einige technische Ratschläge geben, welche im Falle eines Fundes eines suspekten Paketes anzuwenden waren. Auch beschloss man, die Polizei zu verstärken. Seit gestern sind eintausend CRS (8 Kompagnien) und gegen 80 zusätzliche "Gendarmes mobiles" (ein Schwadron) zur Ueberwachung von Paris und der nahen Umgebung zugezogen worden.

Diese Massnahmen, wenn sie gegebenenfalls nützen können, haben hauptsächlich zum Ziel, die Oeffentlichkeit zu beruhigen. Aber dieser eher psychologische Effekt, welcher seine Wirkung zeigt, löst selbstverständlich das Grundproblem nicht, nicht nur von einem Blutbad abzuhalten - diesmal mit Erfolg - sondern auch kein zukünftiges zuzulassen.

Die Untersuchungsbehörden sind mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert. Die erste von polizeilicher Art. Seit dem Auftauchen der CSPPA im letzten Februar, konnten sie keine Faktoren sammeln, aus denen nützliche Indizien ersichtbar gewesen wären, nach denen sie den Untersuch orientieren könnten. Sie brauchten sogar einige Monate bis sie herausfanden, dass hinter der Abkürzung CSPPA sich in Wirklichkeit die Freunde von Georges Ibrahim Abdallah, vermutlicher Chef der libanesischen revolutionären Armeefraktion (FARL), welcher am 25. Oktober in Lion verhaftet und zu 4 Jahren Gefängnis

verurteilt wurde, stecken.

Der Versuch vom Donnerstag wird keine Klarheit schaffen, da sie bis gestern kein Signalement des oder der Bombenleger hatten. Der Reisende der RER-Schnellbahn, welcher den Alarm zog nachdem er eine kleine Explosion "wie ein platzender Ballon" hörte und den aus dem Paket kommenden Rauch entdeckte, konnte keine Hinweise liefern, ebensowenig wie die andern Reisenden.

Die zweite Schwierigkeit ist ein politisches Problem. Und da können sie wirklich nichts machen ausser die Binsenwahrheit festzustellen: "Mit der Freilassung von Abdallah werden die Attentate der CSPPA aufhören." Heute handelt es sich wirklich nur um die Einstellung, welche der Richter Boullouque gegen den vermutlichen Verantwortlichen der FARL aussprechen oder nicht aussprechen muss. Seine Aufgabe ist hart. Denn wenn das Dossier selbst komplex ist, ist dieser Magistrat, welcher beschliesst, "aus der Sicht des Dossiers sei eine Einstellung möglich", mit anderen, weniger juristischen Interessen konfrontiert: der Politik der Regierung in Sachen Terrorismus.

Dazu kategorische Entschlüsse - "Man muss die Terroristen terrorisieren" - Matignon hat keine klare Position zum Fall Ibrahim Abdallah. Die offiziellen Kontakte mit den Freunden des Libanesen dementierend, sich hinter "einem laufenden juristischen Prozess in den sie nicht intervenieren können" schützend, sind die Männer Matignon's in ihren Handlungen gehindert. Einmal ist Matignon einverstanden mit der Freilassung von Abdallah, ein anderes Mal teilt man den Amerikanern (am vergangen 27. Juli durch Robert Pandraud) mit, dass der Chef der FARL, der der Komplizenschaft bei zwei Anschlägen auf Amerikanische Diplomaten beschuldigt wird, würde nicht freigelassen.

Es scheint auch klar, dass Matignon sich stösst an der Haltung von Elysée, welches nicht in diese Angelegenheit eingreifen will. François Mitterand hat übrigens immer eine verschlossene Haltung in Sachen Terrorismus eingenommen. Eine Verschlossenheit, die sich noch verstärkte vor dem Gipfel von Tokyo,. wo dann der Präsident der Republik die amerikanischen Entscheidungen offiziell gebilligt hat.
Das Elysée wäre nicht Matignon's einziges Hindernis. Wenn er wünschte, Ibrahim Abdallah freizulassen, müsste Matignon die ganzen Wächter der Sceaux überzeugen. Alan Chalandon, welcher vorzieht, in dieser Angelegenheit eine verschlossene Haltung einzunehmen, wäre nicht für seine Freilassung. Er hat übrigens auch keine weitere Anordnung an die Staatsanwaltschaft, welche ihrerseits im Moment in Abwartestellung verbleibt, in dieser Sache gegeben.

(1) Die CSPPA fordert, proforma, die Freilassung von zwei andern Männern, Anis Nakkache und Karbijian.

<u>Angeschuldigter ohne Beweis</u>

Kann man Georges Ibrahim Abdaallah aufgrund der ihn belastenden Beweise frei lassen oder nicht? Auf jeden Fall sind die Meinungen unterschiedlich.Jacques Vergès, sein Advokat, geht davon aus dass kein einziger materieller Schuldbeweis begründet ist.Georges Ibrahim Abdallah ist wegen Komplizenschaft am Mordanschlag der Charles Ray und von Jacov Barsimantov am 18.Januar resp.3.April 1982 beschuldigt und gemäss Mc Vergès, ist nichts vorhanden aufgrund dessen man sagen könnte, dass er eine Anweisung erteilt oder material an die Mörder geliefert hätte.Die Staatsanwaltschaft war nicht weit davon entfernt ihm recht zu geben,denn im Juli war sie auf dem Punkt eine teileinstellung zu machen:"Die Schwierigkeit dieses Dosiers ist, dass die Tatsachen nicht erwiesen sind",sagt die Staatsanwaltschaft. Anders gesagt, es hat keine formelle Beweise.
Auf der seite der Ankläger ist man entrüstet.Hr. Georges Kiejman, Vertreter von Frau Ray, der amerikanischen Diplomatenwitwe, wundert sich: "Kann man die Tatsache,dass er ein Lokal gemietet und besetzt hat, in welchem die Mordwaffe gefunden wurde,wegwischen? Dass er in Lyon mit 3o kg Sorengstoff festgenommen wurde? Ich möchte sehen, ob man sich erlauben würde, mit dem gleichen Dossier zum Mord von General Audran, der witwe des Generals sagen,"man kann ihn nicht verurteilen, es gibt keine Beweise."

Für den amerikanischen Advokaten müsse der Untersuch erst noch gemacht werden. Die Beweise seien nicht hier, weil sie noch gar nicht gesammelt wurden. Zum Beispiel haben die Richter in Lyon und Paris

noch nie die zwei andern Mitglieder der FARL, welche in Italien inhaftiert und in Lyon mit Abdallah angeklagt und in Paris als Zeugen sind, angehört und befragt. Ein Beispiel folgt dem andern.

Stolz auf sein Engagement seit der ersten Stunde,
der vermutliche Führer Georges Ibrahim Abdallah

"Die Tatsache wegen Komplizenschaft wegen Mordbeihilfe angeklagt zu sein, ist für mich eine Ehre, als Kämpfer für die arabische Sache. Die Anklage fügt sich in den Krieg ein, der gegen unser Volk geführt wird, aber ich hatte die Ehre in irgend einer Weise daran teilzuhaben."

Nie hat Georges Ibrahim Abdallah so viel gesprochen. In zwei Jahren Untersuchung in Bezug auf die zwei Mordanschläge von 1982, wofür die libanesische revolutionäre Armeefraktion (FARL) die Verantwortung übernommen hatte, gegen den amerikanischen Diplomaten Charles Ray und seinen israelischen Kollegen Yacov Barsimantov, hat Georges Ibrahim Abdallah kein Wort gesagt. Er sagt gewöhnlich nichts und unterschreibt nichts. Von Zeit zu Zeit höchstens ein unklares Lächeln, "er ist schlau, er weiss genau, dass sich seine Freilassung nicht vor dem Richter entscheidet," sagt einer seiner Nächsten.
An diesem 18. Juli ist er ganz bestimmt in Fahrt. Er nimmt die Aussagen, die er vor dem Gericht in Lyon gemacht hat zurück und erklärt: "Ich werde nicht auf Detaile antworten, zu denen ihr mich bereits aufmerksam befragt habt, einerseits geht es um eine Mystifizierung, andererseits habe ich der Administration Reagan keine Angaben zu liefern. Ich hoffe, dass dieser Prozess zeigt, dass Frankreich unparteiisch ist". Und mit sehr guter Laune unterzeichnet er seine Erklärung mit einem Nachdruck, "kämpfender Araber". Die 'Detaile' zu denen man ihn um Stellungsnahme auffordert sind keinesfalls klein. Die Waffe, mit der die beiden Diplomaten umgebracht wurden, wurde in seiner Wohnung des 17ten Kreises gefunden.

Die Wohnung wurde im September 84 durch eine seiner Freundinnen, Jaquelin Esber, gemietet und deren Miete wurde durch einen Dauerauftrag über ein Schweizerkonto bezahlt, welches einige Monate vorher eröffnet wurde und auf Esber's Zweitnahmen und 'El Hilali', eine der zahlreichen Idenditäten Abdallah's , lautete. Die Miete wurde für einige Monate schon im voraus bezahlt.
Die Untersuchungsrichter hatten dann das grosse Vergnügen genaustens nachzuprüfen, dass der Name Georges Ibrahim Abdallah nie auf einem geschriebenen Dokument erschien. Weder in einem Mietvertrag der verschiedenen Wohnungen der Gruppe in Italien, Frankreich,oder in Spanien, noch auf einem Flugtiket. Er wurde schlussundendlich unter ca. 10 verschiedenen Namen, sowie als Marokaner, Maltese, Süd-Yemese oder Algerier identifiziert, dies ohne die Pseudonyme und Gelegenheitsnamen zu zählen.
Selbst als er in Asnières das Studio von seinem Bruder mietete, verwendete er einen Decknamen eines andern Militanten, von Ferial Daher. Kaufte er ein Auto? Er zahlt bar und verreist gerade damit, aber das Auto ist nicht auf seinen Namen.

Ein eiskalter Mensch. Ein Schweigsamer. Kaum gesprächiger mit seinen Nächsten, als mit den Richtern. Mit seinen Bewegungen sparend und langsam sprechend.
Mit 35 Jahren ist Georges Ibrahim Abdallah nie von seinem Engagement während seiner Jugend abgewichen. Ein gradliniges Leben, nur auf den politischen Kampf ausgerichtet, seit er als junger Gymnasiast von Kbeyat im Nordlibanon der Parti Populaire Syrien (PPS) beitrat, einer in der Region Tripoli weit verbreiteten Partei, die viele dieser christlichen Jungen umfasst, welche für 'Gross-Syrien' eintreten. Die PPS ist eine ....(parti laic aux origines fascisantes - dies war zu schwierig zu übersetzen), die heute mit dem 'camp progressiste arabe' alliert ist, ohne von einem anti-semitischen Grundsatz abzuweichen.
Georges Ibrahim Abdallah folgt einem Weg analog zu dem. Er dreht sich um die libanesische kommunistische Partei,bevor er sich 1972 bei Georges Habache in der "Front Populaire de Liberation de la Palestine" einliess. Er ist dann Lehrer. Er blieb es bis 1979.

Er ist es immernoch als er in Majaryoun, im Südlibanon eine Freundin seiner Kindheit, Josphine Abdo Sarkis wiedergetroffen hat, welche heute in Italien zu 16 Jahren Gefängnis für das Attentat vom 16. Februar in Rom gegen Léonard Hunt, Direktor der "General Force" in Italien, verurteilt ist.

Sie ist auch gebürtig von Kbeyat. Wie Abdallah ist sie Tochter eines Unteroffiziers der libanesischen Armee. Als sie sich wiederfinden, steigt Abdallah innerhalb der FPLP auf und seine Freunde nennen ihn "einen Offizier der FP". In Wirklichkeit ist er Komman-

dant. Im Jahr 1979 entfernt er sich einwenig von der Gruppe auch wenn er Georges Habache treu bleibt.
Wie kommt er dazu, seine eigene Gruppe zu bilden?

Der Marsch gegen die grosse Arabische Revolution hat seine Windungen und Anfangs dieser 80er Jahre steigen 80 der Palästinenser aus um sich Syrien zu nähern. Lybien sichert die Intendanz zu. Georges Ibrahim Abdallah arbeitet weiter noch mit Jana, Libiens offizieller Presseagentur zusammen.

1980 zog er sich in die Nähe seines Geburtsortes zurück. Er versammelte einige seiner bedingungsloser Anhänger, beginnend bei seinen Brüdern, woraus die FARL entstand. Ca. 20 Leute kreisen sich um ihn. Christliche Libanesen wie er, alle aus seinem Dorf, Kbeyat, und dem Nachbardorf, Andakat. Vor allem sind es zwei Familien, fünf von sieben Brüdern, Emile, Joseph, Maurice, Robert und Georges von der Familie Ibrahim Abdallah und fünf ihrer Cousins Al Khouri, Amal, Elias, Carlos, Joseph und Salim. Diesen schliessen sich einige ihrer nächsten an wie Josephine Abdo, auch wenn sie sich erst später der Gruppe anschloss, nachdem sie zwei Jahre bei der "renseignements" der libanesische Armee gearbeitet hatte.

Seit 1981 beschloss die Gruppe, ihre Aktionen in Europa durchzuführen. Eine junge Frau wurde zum Auskundschaften geschickt, die 22 jährige Jacquelin Esber. Sie beendet ihre Reise im Juni 1981 in Rom. Aber man sieht sie auch in Genf und in Frankreich, vorallem in Grenoble, wo sie Martine Toulotte, welche Ibrahim Abdallah einige Monate früher in Italien getroffen hatte, besuchte. Es sind also nur nette "Verlobte" und Jacqueline Esber hat sogar ein Baby. Vermutlich haben sie Kontakt mit Action Directe. Auf jeden Fall haben sie den gleichen Polizeifahnder, Georges Chahine.
Die ernsthaften Sachen beginnen am 12. November 1981. An diesem Tag entging Addison Chapman, Berater in der Ambassade der Vereinigten Staaten in Paris, knapp einem Attentat.
Zwei Monate später ist es Charle Ray, Militärattaché in der amerikanischen Botschaft, welcher auf die gleiche Art ermordet wurde. Am 18.1.82 trifft ihn, beim verlassen seines Hauses, eine 7,65 Kugel tödlich ins Genick. Es ist weder der gleiche Mann noch die gleiche Waffe und keine Schuldübernahme klärt die Untersuchungskommission auf.
Am 3. April 82 wurde Yacov Barismantov, Säkretär der Israelischen Botschaft durch die gleiche Waffe wie Charles Ray getötet wurde, aufgefunden. Diesmal schoss eine sehr junge Frau, welche als Jacqueline Esber Identifiziert wurde. Schnell und viel. Nervös aber mit der nötigen Unverfrorenheit versehen, denn sie machte sich zu Fuss aus dem Staub, verfolgt vom Sohn von Barismantov.

Der junge mann wird das grosse Vergnügen haben, sie der Polizei zu beschreiben. Sie hatte hervorstehende Zähne und breite Hüften. Die Polizisten gaben ihr auch gleich den Uebernamen "Dickarsch".

Die FARL erpresst heute mit Massakern Rückblick eines Terroristen

Im Unterschied zu früher wurde bei diesem Mord die Verantwortung sofort übernommen. Am gleichen Tag erhielt die Agentur Reuter in Beyrouth einen Telefonanruf welche für das Attantat der "Libanesischen Revolutionären Armee Fraktion unterzeichnete und präzisiert, dass es geschah als Antwort auf die amerikanisch-israelische Agression gegen das libanesische Volk."
Es ist innerhalb einigen Tagen das zweite Mal, dass die Abkürzung FARL auftauchte. Am 31 Marz '82 hatte dies die Folgen, dass die israelische Mission in Paris unter Beschuss geriet. Einige Scheibenbrüche, einige Sachschäden. In Frankreich schreibt man die symbolische Operation der Action Directe zu.
Aber am gleichen Tag wurde in Beyrouth von der bis anhier unbekannten Libanesischen Revolutionären Armee Fraktion die Verantwortung übernommen, welche jedoch von niemanden ernst genommen wurde. Die Stimme bedrohte die Vereinigten Staaten und Israel, Verantwortliche für das Massaker des libanesischen Volkes.
Endlich setzt am 7 April ein Flugblatt, welches in 3 Sprachen gedruckt wurde, die offizielle Gründung der FARL an.
Es ist ein Aufruf, offensichtlich von Franzosen verfasst: "Wir wenden uns an all diejenigen, die den Terrorund den Terrorismus verurteilen.. Wir haben Barismantov umgebracht. Die imperialistische Presse schreit von 'Terrorismus'. Wer sind die Terroristen? Diejenigen die einen Cisjordanier weil er sich gegen die Einverleibung seines Landes durch Israel wehrt, diejenigen die die südlibanesische Bevölkerung bombardieren, diejenigen die bldlings töten und sich für einen Pseudo waffenstillstand hervortun? Es ist unser Recht, uns zu verteidigen."

Nach dieser ersten politischen Erklärung beginnt sich die Nebel zu lichten. Israel hat Cisjordanien eingenommen und Ende 1981 hat die PLO einen Waffenstillstand mit Israel abgemacht. Einige arabische Revolutionäre schreien von einem "Verrat" von Arafat.

Syrien stösst am gleichen Karren. Die internen Widersprüche in der palästinänischen Bewegung legen sich. In Europa gehen mehrere heftige Attentate zu lasten von Syrien. Einige weisen direkt auf vertreter der PLO hin, andere streben nur an die palästinensische Organisation national Verruf zu bringen.
Gruppen wie die von Abu Nidal oder die von Ibrahim Abdallah teilen diese Analyse: Arafat hat "verraten" und man muss den amerikanischen Imperialismus, die zionistischen Hunde und ihre europäischen Komplizen" pausenlos angreifen.
Im Sommer 1982 hat die FARL die Verantwortung für 2 weitere Attentaten in Paris übernommen. Das eine begrüsst am 21 August in der Avenue de la Bourdonnais die Ankunft der Israelis in Beyrouth. Das andere am 17 September gegen das Auto eines Funktionärs der israelischen Abgesandten, entwickelt sich in demjenigen Moment des Massakers in Sabra und Chatila.

Eine nahöstliche Logik also. Aber wieso Frankreich? Das 'Communiqué No. 4', welches die Verantwortung für die Avenue de la Bourdonnais übernimmt gibt darauf Antwort..
Frankreich paktiert mit dem Erzfeind Amerika. Es habe eine anti-arabische Politik. Vorallem Mitterands Frankreich.
"Wer hat angekündigt, dass seine erste offizielle Reise nach Israel gehe? Wer hat das Kontigent nach Beyrouth geschickt? Wer, wennicht Mitterand? plädiert schon Hr. Jacques Vergès, Georges Ibrahim Abdallah's Advokat. Dies erklärt nicht wieso die arabischen Revolutionären nicht bei den Amerikanern in der USA pochen?
Ist es eine Frage von militärischer schwierigkeit? Oder will man sich einen zukünftigen Gegner aufsparen? Seit dem Sommer '82 hat die FARL für 1/2 Jahre nicht mehr von sich Reden gemacht. Das ist die Zeit des Kampfes von Tripoli: Syrien geht zur militarischen Attaqué gegen Arafats Partisanen über, welche sich nach Nord-Libanon zurückgezogen haben. Hat Georges Ibrahim Abdallah dort teilgenommen? Im 1983 war er auf jeden Fall zu Hause in Kbeyat (in der nähe von Tripoli also). Er kommt nur im Juli zur Beerdigung seines Bruders, der unter eigenartigen Umständen starb, nach Paris.
Man muss bis November und Dezember '83 warten bis man Georges Ibrahim abdallah bei seinen Aktivitäten wiederfindet und war zwischen Zypern und Jugoslawien (100 waffen und Sprengstoff hinübergebracht wurden) und Westeuropa. Die Wiederaufnahme der Aktivitäten kündigen sich an. Sie werden effektiv am 16 Febr. '84 in Rom und dann am 26 März in Strassburg in Form von zwei Anschlägen auf amerikanischen Diplomaten. Das Jahr 1984, ein grosse Unruhe herschte unter den FARL-Leuten. Viele Ortsveränderungen sind festzustellen.
Bei einer davon ist Abdallah El Mansouri am 6 August '84 an der italienischen Grenze bei der Einreise von Jugoslawien verhaftet worden. Er transportiert mehr als 7 kilo Sprengstoff Semtex. Seine Identität konnte nie klar festgestellt werden aber die Untersuchungsrichter vermuten dass er einer Abdallahs Brüder ist, Robert konkret. Einige Tage später wurde Joséphine Abdo in Rom festgenommen.
Inder Gruppe ist Panik. Die in Ostie gemietete Wohnung wird überstürzt zurückgegeben. Diese in Lyon auch. Die Organisation packt ihre Koffer und setzt sich nach Spanien ab. Darum verhaftet der DST, ahnend dass der Vogel entfliehen will, Georges Ibrahim Abdallah am 25 Oktober '84 in Lyon.
Seit diesem Tag beschränkt sich die ganze Aktivität dieser Gruppen darauf, ihre "Inhaftierten" wiederzuerlangen. Durch ihre vorhergehenden Drohungen im Januar und März '85:
"Die FARL sieht nicht vor in den aktuelle Konflikt mit dem französischen und italienischen Imperialismus einzugreifen, solange ihre Rolle gegen unser Volk beschränkt ist... Auf jeden Fall sind sie daran, uns zu zwingen, ihrer Instanz, welche unsere drei Genossen gefangen hält, die Stirn zu Bieten."
Die Verhandlungen für eine baldige Freilassung von Abdallah haben begonnen.

Sie müssen sich hinausziehen, denn am 23 März '85 lässt die FARL Gilles Peyrolles im Libanon verschwinden. "Nachdem unsere Versuche, klarzumachen dass wir nur die Freilassung wollen, gescheitert sind", gemäss dem Communiqué der FARL vom 26 März, "halten wir Frankreich und Italien als Verantwortliche für die Festnahme. Wir übernehmen die Verantwortung für die Festnahme des französisischen Diplomaten Gilles Peyrolles.
Wir stellen zur Bedingung für die Freilassung und die Sicherheit seines

Lebens, die sofortige Freilassung unseres in Frankreich inhaftierten Kollegen Abdal Kader Soadi (Georges Ibrahim Abdallah). Wir machen darauf aufmerksam, dass wir daran sind, die einfachsten und barmherzigsten Formen passiver Repressalien anzuwenden. Die Zukunft wird ernster sein, sie wird für die Bewohner von Paris und Rom eine Katastrophe sein. Wir betrachten jeden Franzosen oder Italiener, egal wo er sich aufhält, als unsere Zielscheibe."

Es ist mehr als ein Jahr vergangen bevor die FARL ihre Warnung in die Tat umsetzen konnte. Die dramatischen Ereignisse im Dezember '85 in den überfüllten Einkaufsläden während den Weihnachtseinkäufen, dann die Attentatserie auf stark frequentierten öffentlichen Orten, Gibert Jeune, die FNAC, die Galerie du Point Show im ersten Trimester 1986, von welchen allen die Verantwortung von einem Solidaritäts Komité er arabischen politischen Gefangenen-welche die Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah (unter anderen) fordert, zeigen genug, dass es die Gruppe geschafft hat, wieder eine Operationsbasis herzustellen. wenn das verfehlte Attentat.im Bahnhof von Lyon am Donnerstag Abend ihr Ziel erreicht hätte, wäre es das zeichen, dass die Gruppe ihr Angebot noch erhöhen und sich nach ein wenig übertreffen würde im wahnsinn welche die Freilassung eines Terroristen ermöglichen soll, auch wenn er "arabischer Kämpfer" oder "Widerstandskämpfer" genannt wird als erstes Ziel der grossen arabischen Revolution. Das Schleudern wäre perfekt.

Liberation 6/7 Sept. 1986

kommunikee

Libanesische revolutionäre Armeefraktion (FARL):
Communiqué zur Ermordung von Y. Barsimantov in Paris

Wir, die libanesische revolutionäre Armeefraktion (FARL) wenden uns an all diejenigen, welche den Terror und den Terrorismus verwerfen, an all diejeinigen, welche für die Abschaffung der Ausbeutergesellschaft und des Krieges kämpfen. Wir haben Yacov Barsimantov hingerichtet.

Die imperialistische Presse und die Regierungen, welche den Imperialismus unterstützen, wie die Französische Regierung, schreien von "Terrorismus". Wer sind die Terroristen? Diejenigen, welche einen Cisjordanier töten weil er Widerstand leistet gegen die Einverleibung seines Landes durch Israel, diejenigen die die zivile Bevölkerung des Südlibanons bombardieren, diejenigen die blindlings töten und sich erlauben, für sich einen Pseudo-"Waffenstillstand" zu beanspruchen.

Wir greifen diejenigen an, die den Völkermord des palästinensischen Volkes organisieren. Wir beschützen das Leben der Unschuldigen, sogar wenn wir unsere eigene Sicherheit gefährden.

Seit sieben Jahren muss das libanesische Volk den Krieg erleiden.

Seit sieben Jahren zerstört der Imperialismus, unter dem Deckmantel des Krieges gegen die "fanatischen Palästinenser", alles fortschrittliche im Libanon.

Es ist unser Recht, uns zu verteidigen.
Es ist auch unser Recht, den Imperialismus überall, wo er herrscht, anzugreifen und speziell da, wo er politische Unterstützung der örtlichen Regierung hat.
Wir werden unseren Krieg gegen den imperialistischen Krieg fortsetzen bis zum Sieg.
Nieder mit dem Amerikanischen Imperialismus und seinen europäischen Söldnern.
Sieg oder Sieg.

Libanesische revolutionäre Armeefraktion
Paris, 7. April 1982

THE GUARDIAN, September 28, 1986

France offers big reward in bid to catch terrorists

France took its antiterrorist struggle a step further on Monday, September 15, when the government announced it was offering a reward of F1,000,000 (about £100,000) to anyone giving information leading to the arrest of two of Georges Ibrahim Abdallah's four brothers — Robert and Maurice — who are wanted on suspicion of being responsible for the current wave of bomb attacks. The next morning some 200,000 wanted posters carrying photos of the two men were put up all over France. This is the first time that France has resorted to offering bounties for the capture of a wanted person. However, Robert Ibrahim Abdallah and Maurice Ibrahim Abdallah turned up in northern Lebanon about the same time and gave a well-publicised news conference on Wednesday in their home village of Kobayat. Protesting they had nothing to do with the terrorist blitz in France, they claimed to have left France two years ago because they could not pay for their university education. But a witness present at the cafeteria bombing the previous Sunday is positive he saw Robert Ibrahim Abdallah on the site.

The latest terrorist bombing — and the most murderous so far — took place at 5.30pm on Wednesday, September 17, outside a discount clothing store on the Rue de Rennes, in the Montparnasse district. Five people were killed and some 50 others injured, about a dozen quite seriously. The bomb appears to have been lobbed from a passing car driven by two men who the police believe were yet another Ibrahim Abdallah brother — Emile — and a member of the Abdallah clan, Salim El Khoury. This was the sixth bomb attack in 13 days of terrorist strikes which have left ten people dead.

The previous attack had taken place two days earlier at the police prefecture's motor licensing bureau. The blast killed one person — a Greek student applying for a driving permit — and injured 51 others, two of them very seriously. Responsibility for the attack was claimed by a Beirut group calling itself the Partisans du Droit et de la Liberté (PDL — Partisans of Rights and Freedom): "We are responsible for the explosion at the prefecture and all the other explosions since the (December 1985) blast at the Galeries Lafayette (a department store)." Since surfacing on September 7, the PDL has been engaged in a war of communiqués with the CSPPA (Committee for Solidarity with Arab Political Prisoners), whose claims are more specific and usually sent in writing.

Police want to question yet another member of the Aballah clan — Jacqueline Esber — in connection with the blast at the police prefecture. But Jacqueline Esber, like the three Abdallah brothers, has turned up in Lebanon. While it in no way invalidates suspicions that they were behind the attacks, their reappearance in Lebanon so soon after carrying out their coups in Paris is seen by crime investigators as a sign of the strong logistical support they must enjoy in their operations.

The CSPPA is still demanding that France release the three terrorists it is holding, in particular Georges Ibrahim Abadallah, believed to be the leader of the FARL (Lebanese Revolutionary Armed Fractions). A man claiming to speak on behalf of the CSPPA called up a Western news agency in Beirut and explained in poor French that the next operation would be against the Elysée. The authorities are not taking the threat lightly and patrols have been increased around the presidential palace.

Early in the week Italy introduced a new dimension into the case by announcing it intended to ask for Georges Ibrahim Abdallah's extradition so he could stand trial on consipiracy charges. The move was seen by some quarters as patently aimed at getting Prime Minister Chirac's government out of a quandary. But the public's mood has hardened considerably today and it is unlikely to go along with a soft option of this sort when terrorist attacks have left behind so many dead and injured in Paris streets. Warnings also came from the CSPPA in Beirut that it may have to consider extending its activities to include Italy. Which is probably one of the reasons that by the end of the week Italy appeared to think better of its proposal and withdrew its demand.

"A BRIEF, doubtless temporary, lull" commented a French police official referring to the absence of terrorist activity after the last bomb attack on Wednesday, September 17 outside a discount clothing store on the Rue de Rennes in the Montparnasse district of Paris. That observation however hid a feeling that a psychological offensive had scored a success.

Over the weekend no move was made by terrorists, who had previously punctuated every government initiative with a bomb attack as if to mock the authorities — when Prime Minister Jacques Chirac took part in a radio programme (to explain how the government planned to combat terrorism) a bomb immediately went off in a restaurant on the Champs-Elysées; when the antiterrorist plan was drawn up, a bomb blew up at the police prefecture; and when Chirac called in police prefects for coordination discussions, the Rue de Rennes blast took place.

There was no murderous riposte on Friday morning when the leaders of all political parties were briefed on the subject by the Prime Minister at his Matignon office, nor again in the evening when President François Mitterrand returned from a state visit to Indonesia and immediately conferred with the Prime Minister, Interior Minister Charles Pasqua and Minister of Public Security Robert Pandraud.

The police see this as a consequence of having targeted, with the help of posters and wanted notices, the supporters of Georges Ibrahim Abdallah, the leader of the FARL (Lebanese Revolutionary Armed Fractions) held in France since 1984 and who was transferred this week from Fleury-Mérogis to the Santé prison in Paris.

They insist that in the course of a standard criminal investigation they have obtained precise and reliable information buttressing the conviction previously held by the Unit for Coordinating the Antiterrorist Struggle (UCLAT): the conviction that the primary foundation of the terrorist network which has been carrying out attacks in public places in France since December 1985 is the FARL, which itself hides behind the

By Edwy Plenel

CSPPA (Committee for Solidarity with Arab Political Prisoners) and PDL (Partisans of Rights and Freedom) tags.

The police are not shouting victory for all that, for hard, tangible results still elude them. While Georges Ibrahim Abdallah's four brothers — Joseph, Maurice, Robert and Emile, against whom arrest warrants have been issued — publicly surfaced in Syrian-controlled northern Lebanon the day after the Rue de Rennes bomb blast, there still remain the other five "important witnesses", as the Interior Ministry's wanted notice euphemistically describes them,

who the police are currently seeking.

These witness are Salim El Khoury, one of those involved in the kidnapping of French diplomat Gilles Peyroles in March 1985 in Tripoli, who was given a four-year gaol term in absentia at the trial of Georges Ibrahim Abdallah; Jacqueline Esber, the other person involved in the same kidnapping, and a suspect in the assassination of the Israeli diplomat Yaacov Barsimentov in Paris in 1982 (she is George Ibrahim Abdallah's girl friend and the group's "brains"); Férial Daher, identified by the DST in its investigation into the FARL; Caroline Esber El Bitar and Fayrouz Fayey Daher, whose names have cropped up for the first time.

Police fear these five could, helped by the logistical network set in place by Georges Ibrahim Abdallah (which is nowhere near being dismantled as so far only a single arms and explosives cache has been uncovered), take the risk of carrying out further terrorist attacks.

The publicised presence in Kobayat, the northern Lebanese village in the Syrian zone which is the home town of the Abdallah family, of first Maurice Ibrahim Abdallah and Robert Ibrahim Abdallah (the latter is a suspect in the cafeteria bombing at La Defense and the failed RER bomb attempt in March) and, later, of Emile Ibrahim Abdallah (who is suspected of carrying out the Rue de Rennes attack with Salim El Khoury) is seen by experts as a new phase in the struggle the FARL-CSPPA is waging.

The case had in fact taken on a new complexion as a result of the Elysée's determination, the United States's decision to become associated with the public prosecutor's case against Georges Ibrahim Abdallah, and the firm stand taken by the Chirac government after much initial hesitation. The longer the attacks went on, the more the police insisted on their conviction as to their origins, the worse the situation was likely to become for the FARL's leader. It was becoming increasingly improbable that he would be freed in the face of French and world opinion.

In the police view, it accounts for the Kobayat mise-en-scène which was intended to prove that terrorist attacks were continuing to take place in France although members of the Abdallah clan were no longer there. This is how the statements made by the group's spokesman, Joseph Ibrahim Abdullah, to Agence France-Presse journalist Elham Sawaya are interpreted by French police, who still hold that Maurice, Robert and even Emile had materially the time and the means for nipping back to Lebanon (after carrying out their attacks).

While making his public denials — Georges is innocent, Maurice and Robert had never met Peyroles, Emile had just got back from work in Tripoli — Joseph did nonetheless pass on the CSPPA's message. He said, in effect, he did not know the committee, but two unnamed persons had spoken to him on the phone and confirmed on behalf of the CSPPA that the French government had indeed made a commitment to free his brother Georges in exchange for the return of Gilles Peyroles. It was just too bad that blood was shed, but the responsibility for that lay with France, the United States and Israel; the CSPPA's cause — obtaining the release of Arabs held in France — was a positive one, and so on.

Such stage management, such cold-bloodedness in carrying out the Rue de Rennes slaughter, such an operational capacity for swift withdrawal to bases obviously presupposes back-up support. The determination of a family clan is not enough.

To which experts answer quite simply: we know the FARL network was linked to Syria. Most of its members come from the Syrian People's Party, a pro-Syrian Lebanese party in favour of a Greater Syria. It is Syria which picked out some of the FARL's American and Israeli targets in Europe, so Syria owed a debt to those it has used to carry out its services.

This does not necessarily mean that the present wave of attacks is part of a broad offensive by the Syrian government aimed at destabilising the French presence in Lebanon; more prosaically perhaps it may be that some heads of Syrian secret services masterminding terrorist networks have still not let their Kobayat allies off the hook.

Intelligence services recently identified a man living in Damascus as the mastermind of the present wave of terrorist attacks. They point out that during the same period a Frenchman, Frédéric Oriach, who was released from gaol after March 16, visited Damascus. Since his return to France, the police have been staying very close to him.

The crime squad's investigations have therefore buttressed the information obtained during the summer, when the officials responsible for the antiterrorist struggle forecast a recrudescence of terrorist activity in September, quite simply because they were aware of the CSPPA's final ultimatum — made through an Algerian middleman — which was at first to expire on August 1, but was subsequently extended to September 1. The ultimatum's sole and clearly stated aim was to secure the release of Georges Ibrahim Abdallah, which in July Chirac's government was prepared to grant, but was countered by pressure from President Mitterrand, the United States and the French police.

(September 21/22)

Right accuses the left of agreeing to free Abdallah

DID FRANCE'S Socialist government do a deal to free Georges Ibrahim Abdallah in return for the release of the diplomat Gilles Peyroles who was kidnapped in Lebanon on March 23, 1985 and set free a few days later? Prime Minister Jacques Chirac, who was asked the question on a radio show, prudently ducked it by saying he could not discuss a case that was sub judice.

A few days earlier, Interior Minister Charles Pasqua was far more categorical In an interview he gave the daily Quotidien de Paris, he asserted that such a deal had been made. And he concluded that Chirac's government had inherited a problem which had been rendered insoluble by the left's thoughtless commitments.

True, Peyroles himself declared when he was released on April 1, 1985 that his captors — FARL activists — had explained to him he would be freed in exchange for the release, not only of Abdallah (who is now held in a Paris prison), but also Joséphine Abdo Sarkis and Abdullah El Mansouri, who are serving 15-year sentences in a Rome prison. Yet it would appear that such an arrangement was never made. If any promises had been made in exchange for Peyrolles's release, they were only assurances that, once freed, Abdullah would not be handed over to his "private enemies" in the Lebanese Christian Phalangist movement.

This is what Abdallah's friends fear above all. Arrested in Lyons on October 24, 1984, the man French investigators believe to be FARL's leader was convicted only on a charge of possessing forged documents. This is a "trifling" transgression which ordinarily draws a sentence of three months — at most six months — in gaol. But this was reckoning without the tortuous course taken by the law. Two years earlier, on April 3, 1982, the Israeli diplomat Yaacov Barsimentov was assassinated in Paris. FARL claimed responsibility, but the police investigation made no headway. The investigating magistrate, Jacques

Pometan, turned the case over to the gendarmerie (which is a military corps). Working patiently, the gendarmerie turned up new clues. Soon Abdallah's name popped up as a possible accessory in the assassination. That is when Pometan decided to send an investigating commission to Lebanon for additional information. But Lebanon was in the throes of a civil war and the judge's request fell into the hands of the Lebanese Phalangists, and this tipped the whole case.

The Phalangists know Abdallah. He is even one of their most inveterate enemies. Marxist, pro-Syrian and pro-Palestinian Christian Maronites from Koubeyat in northern Lebanon, Abdallah and the members of his clan of half a dozen families making up a total of 100 or so persons constitute a blot right in the middle of Phalangist territory. Disputes, in which no holds are barred, break out frequently between the two sides. Joséphine Abdo Sarkis succeeded in infiltrating the Phalangist movement for a few months on behalf of the FARL. An action which left behind several corpses.

So in March 1985 when the Phalangists discovered that the French courts were seeking information about Abdallah, they decided to carry out their own investigation. Persons close to Abdallah in Beirut were abducted and questioned. "They weren't tortured, but almost," said a witness later. It was hinted above all that Abdallah would be shortly expelled from France and handed over to the Phalangists. And to back up their claim they obligingly waved these papers before their prisoners who, once they were freed, rushed to warn their friends. On March 23, 1985, Gilles Peyroles was kidnapped in Tripoli.

At the time, Abdallah had been held for five months in France. Peyroles's kidnappers learned from his lawyer that the case against Abdallah was flimsy and that their friend's release was imminent.

By Georges Marion

They asked for only one thing in return for freeing Peyroles: once he had served out his short prison sentence, Abdallah would be allowed to leave for a country of his choice. At the French government's request, two Algerian emissaries (a suspicious Abdallah at first took them to be Israeli agents) met the Lebanese in his prison cell and offered to stand guarantee for the agreement and assured him that their country would give him political asylum. Then they left, one for Beirut, the other for Damascus to continue the negotiations. On April 1, 1985, Peyroles was freed.

The next night a new factor came to upset the whole picture. After several months of investigations in France, Italy, Belgium, Spain and Switzerland, the French police uncovered a FARL hideout on the Rue Lacroix in the 17th arrondissement of Paris. The apartment had been rented by an Abdallah aide and the rent paid through credit transfers via a Swiss account opened by Abdallah himself under an assumed name. Above all, the police discovered two pistols, one of which was found to have been used in killing Yaacov Barsimentov, commercial secretary at the Israeli embassy in Paris, and the American diplomat Charles Ray. A few days later, a leak to the press brought this major discovery to public attention.

Was it a deliberate leak to bar any deal being made? Some people closely involved in the case believed it was and pointed the finger at the Direction de la Surveillance du Territoire. The DST itself expressed indignation and protested that the leak prevented setting up a trap which might have produced results. However that may be, the discovery of the arms cache altered Abdallah's legal situation, and he was soon charged with possessing firearms and involvement in assassination. The future for Abdallah looked like many long years in gaol.

Abdallah's friends took several months to draw their conclusions from the new situation. In the autumn of 1985, they did an unusual thing: they wrote to the police prefecture in Paris claiming responsibility for blowing up a car and demanded that their leader be released. The demand, signed by the CSPPA, which was unknown up to that time, left the police puzzled. No car had been reported blown up. They assumed it was perhaps faulty coordination between the claim and the terrorist act itself. A few days later — December 7, 1985 — a bomb went off at the Galeries Lafayette injuring 35 people. No-one claimed responsibility for it.

The CSPPA link was suggested by the police, but there were many others. In the later terrorist attacks — in a shopping mall on the Champs-Elysées, on the Eiffel Tower, at the Gilbert Jeune bookshop and at the FNAC store — the police were sceptical despite claims by the CSPPA. Especially as at the same moment negotiations were in progress with Abu Nidal's representatives to obtain the release of Assad Kayed and Husni Hatem, the men who killed Ezzedine Kalak, the PLO representative in Paris who was assassinated on August 3, 1978.

Sentenced to 15 years in gaol, the two men had completed half their term and had theoretically been eligible for parole for a year. But the then Justice Minister Robert Bandinter objected to their release, and the negotiations, which consisted of tenuous promises and undefined threats, dragged on. The police wondered whether Abu Nidal's friends were not becoming impatient. On February 5 this year, after the bloody series of terrorist attacks, the two men were released and promptly sent back to the Middle East.

It took the attack on the Paris-Lyons TGV (high-speed train) on March 17 this year and above all the March 20 explosion at the Point-Show shopping mall on the Champs-Elysées (both claimed by the CSPPA) for the police to realise who they were up against. True, Nabil Dagher was blown up by the bomb at the Point-Show shopping mall. He had been arrested on April 15, 1985 in connection with the Abdallah investigation, but nothing could be pinned on him and a month later he was set free.

(September 17)

French intelligence handicapped in the war on FARL

"THE WORST may be yet to come," said a DGSE (Direction Générale de la Sécurité Extérieure — secret service) officer speaking of the various forms of terrorism currently inflicted on France. And he added: "So long as the causes of such violence persist in the world, so long as such actions are designed to achieve specific objectives — that is, create a state of permanent anxiety in democracies in order to wring concessions from them — terrorism will not disappear from the face of the earth. It will increase and expand."

It was not really necessary to drive this intelligence officer into a corner to get him to admit that, contrary to a widely held view, he thought that so far the terrorists seem to be "blending" their threats as if guided by rules they have set themselves. It is because of this that the "worst" may be still to come, for, explained the DGSE officer putting himself in the place of the terrorists, many other and even more dramatic forms of action can be imagined, without having recourse to frightful tech-

niques like chemical, biological or nuclear threats.

The expression "terrorism is an act of war", given currency by two Prime Ministers — Pierre Mauroy in 1982 and just recently Jacques Chirac — is perhaps not the most appropriate at this particular moment in view of what experts are forecasting if the terrorists should one day step up their pressures. Nonetheless, the fact remains that last year alone there were already 812 terrorist acts in the world which caused 926 casualties, 23 of them Americans.

Terrorism's toll in France last year was 37 killed and 155 injured. Even so, we need to agree on a definition of terrorism. It is a legally unsure concept in international as in French law. The term covers a variety of acts.

Europeans, the French in particular, are often familiar with its many aspects. There is the terrorism arising from the domestic affairs of a state or specific to two states, like the violence of political "extremisms" or the violence of separatist movements. There is also revolutionary terrorism — it owes much to the ideology, or at the very least to what the DGSE describes as the "syntactical frenzy", of Eastern-bloc countries — whose attacks are aimed at Nato's security measures. Finally, there is the terrorism of the Middle East and the violence of foreign minorities in search of national identities that have been spurned and trampled on in the past.

By Jacques Isnard

Secret services constantly try to separate the strands of terrorism on the basis of two diametrically opposed schools of thought — one tending to favour the theory of the existence of a hidden mastermind pulling the strings or fanning the flames every time this helps his geopolitical interests; the other speculating on fragmentation and a complicated and confused intertwining of movements helping one another out but remaining separate.

On certain points, however, the two schools share the same view. There are in fact countries that give sanctuary to terrorism, whether it is state terrorism or terrorism stemming from more or less collective leaderships. There are countries that support terrorism, such as Iran, Libya or Syria in the Middle East where terrorists train. And then there are link states such as certain Eastern-bloc countries which can provide weapons by turning a blind eye to the deals worked out by their trade organisations. And finally, there are the target countries, often the same ones, since the United States, France, Israel, Great Britain and Italy are the targets of over half the terrorist acts recorded in the non-Communist world.

But this geographical distribution does not provide a complete explanation. For, as another DGSE officer explained, violence creates a common denominator among all forms of terrorism and so becomes catching: logistical aid becomes diluted, groups penetrate one another and causes acquire that vagueness which serves as a cover for claims put forward by invented organisations.

"By invading Lebanon in 1982," he said, "Israel really knocked over the anthill of Middle East terrorism, and things haven't been helped by the continuing Iran-Iraq war. Terrorist centres have scattered, gangs have acquired a degree of independence from their sponsors and this is tending to become more pronounced today. As the networks have remained intact, because of complicity and backing from states having an interest in them, while the target countries do not always succeed in reaching a shared perception of the situation, the danger can increase."

This opinion is shared by a veteran police officer who thinks Europeans will continue to pay for the Israeli government's "short-sighted option" in Lebanon in 1982.

What can a democratic country's armies and secret services do when they are confronted by states that regard international violence as a substitute for diplomatic action? What can they do about terrorist groups which hope to obtain results not commensurate with the means utilised? Terrorists have been using the same methods or techniques ever since they appeared.

The American raid on Tripoli in April has shown the limits in this field. It did not root out the evil, any more than did the Israeli air attack on a Tunis suburb. As such operations are aimed at more or less well defined targets or innocent persons, they are only acts of retaliation or warnings. There is some justification for them if secret services have previously come up with proof that the government of the country attacked is behind the "exported" terrorist violence. This was true of the United States which succeeded in intercepting and deciphering the coded radio communications from Libya to Berlin at the time of the attack on American soldiers in a Berlin disco.

Without doubt the highest priority must be given to the gathering of such intelligence. But this is also where the real difficulty comes in, since it involves amassing reliable operational information concerning terrorists who live in total secrecy before carrying out a short, sharp strike. The difficulty arises in France from the existence of several groups with the same objectives in view, and abroad, from inadequate coordination between specialist services.

Modesty is the rule at the DGSE, where the officers have to learn to cooperate with the DST which has extended its activities beyond the country's borders.

French secret services had long been working on "documentary terrorism", that is collecting background data and sifting hypotheses so as to pinpoint the phenomenon. It was painstaking work. Now they have to move into another phase and obtain operational information and carry out operational counter-terrorism. It is a radically different attitude which presupposes a more active and offensive DGSE. What this clearly means is that it must now gather reliable information which can be put to practical and selective use in often tangled and highly compartmentalised international terrorist complexes — intelligence on arms caches, logistical depots, terrorist lifestyles, profiles of the groups themselves and the identities of those manipulating them, local helpers, movements, sources of funds and so on. All these details have to be gathered locally, authenticated and double-checked.

It is the kind of standard procedure adopted by all counter-espionage services in infiltrating the areas in question.

While it is comparatively easy to penetrate a rival intelligence service, because it is organised on much the same lines as any other service, it is much harder to infiltrate a loosely knit and ill-defined terrorist network. This is where the rub is. As the DGSE officer I spoke to pointed out: "It's in the service's interest to have an accomplice inside. Such a man is difficult to control. Because he has to demonstrate his commitment to his friends, because he cannot stand by and look on without raising suspicions, the terrorist in question is forced to join in actions with them. It is to strengthen his credibility that he works in this way against France. But then having to trust such a person sets a serious problem of conscience."

François Le Mouël, head of the Interior Ministry's UCLAT (antiterrorist coordination unit), does not say anything different about the difficulty of obtaining intelligence from terrorist sources

themselves. In a confidential report made in December 1985 on Action Directe, Le Mouël wrote: "In the past many arrests of Action Directe members were initiated by intelligence obtained from human sources. For the last year and more, sufficiently reliable and most of all well-placed human sources have not been available to the specialist services."

What is true for home-grown terrorism is obviously just as valid for international violence. "Such are the difficulties in tracking down and neutralising a terrorist group that has acquired a high degree of technical efficiency that there are no miracle solutions," concluded Le Mouël.

Nor is the answer to be found in covert one-off operations by the DGSE's "action" division. For while Prime Minister Jacques Chirac wants to make "those who are manipulating terrorists pay very dearly, with capital and interest," the fact is, as US Vice-President George Bush pointed out, terrorist acts are so varied in their duration, location and motives that it is impossible to devise a uniform response to them.

Here, the increased militarisation of the DGSE's former "action" division following the Greenpeace operation is not consistent with a policy of conducting more covert operations against terrorism which rather require genuine "spooks".

The Red Berets' fighting qualities do not necessarily make them inclined to show the versatility, initiative and resourcefulness a covert operation requires from the moment it is conceived and when it is actually carried out on the ground. For sending in the action division's specialists as they are now organised into an army regiment — the 11th Parachute Regiment of shock troops — it will be necessary to prove that a foreign power is pulling terrorist strings.

Precedents, such as the Pope's attempted assassination, show that while there may be strong presumptions of manipulation by a foreign state's secret service operatives, the target country (or victim) has practically never any tangible proof to produce before its own courts or world opinion.

(September 16)



Die Verwirrspiele des nordlibanesischen Abdallah-Clans

FAZ

Desinformation und Wahrheit im nahöstlichen Terrorismus

PARIS, 25. September. Hat die Familie Abdallah im Nordlibanon Frankreich den Krieg erklärt, um ihren Zweitältesten, Georges Ibrahim Abdallah, der sich als Terrorist in französischer Haft befindet, mit Bomben und Bombendrohungen freizubekommen? In den französischen Polizeikommissariaten und auf den Flughäfen hängt seit einigen Tagen der Fahndungsaufruf mit den Bildern von neun mutmaßlichen Mitgliedern der „Bewaffneten Revolutionären Libanesischen Fraktionen" (FARL), als deren Gründer und Anführer eben der seit zwei Jahren inhaftierte Georges Abdallah gilt. Vier der Gesuchten sind seine Brüder: Emile, 26 Jahre; Maurice, 23 Jahre; Robert, 20 Jahre, und Joseph, mit 36 Jahren ein Jahr älter als Georges. Dazu kommen fünf Freunde und Verwandte: Salim al Churi, 32 Jahre; Jacqueline Esber, 37 Jahre; Caroline Esber al Bitar; Ferial Daher, 25 Jahre, und ihre Schwester Fairuz, 20 Jahre.

Gehören sie allesamt auf einen Steckbrief? Der Jüngste, Robert, ist von einem Zeugen als der Mann bezeichnet worden, der am 12. September zur Essenszeit die Tasche mit der Sprengladung unter einer Sitzbank in der Cafeteria eines Supermarktes des Hochhausviertels „La Défense" abgestellt und sich in Richtung der Toiletten entfernt hatte; sein Bruder Maurice wird als Helfer angesehen. Einige Tage später, nach dem furchtbaren Anschlag vor einem Selbstbedienungsladen im Viertel Montparnasse vom 17. September (fünf Tote, zahlreiche Verletzte), bezeichneten zwei Frauen den Bruder Emile Abdallah als den Mann, der die Sprengladung in einer Abfalltonne deponiert hatte und hundert Meter weiter in ein langsam nebenherfahrendes Auto eingestiegen war. Als Fahrer des Wagens ist Salim al Churi verdächtig. Die Zeugen hatten die Bilder der Genannten aus über hundert Photos ihnen unbekannter Personen herausgesucht. Einige Tage später meldete sich eine Schalter-Angestellte des Flughafens Orly. Sie will in einem der Passagiere für den Abendflug nach Wien am 17. September Emile Abdallah erkannt haben.

Seither sind acht der neun Gesuchten in ihren Heimatgemeinden Kobayat und Andakt, etwa 60 Kilometer nordöstlich von Tripoli am Hang des Antilibanon gelegen, vor Journalisten erschienen und haben ihre Unschuld beteuert. Nur Jacqueline Esber, Georges Abdallahs „Verlobte", ist bisher nicht aufgetaucht. Die Brüder Robert und Maurice machten den Anfang. Sie seien fleißige Studenten an der Universität Tripoli, wo ihr Bruder Joseph Soziologie lehrt. Der Bürgermeister, der Pfarrer und ein Notar versicherten, daß die beiden jungen Männer in den letzten Tagen das Dorf nicht verlassen hätten. Emile folgte dem Beispiel der Brüder. Arbeitskollegen und ein Nachbar, Leutnant der libanesischen Armee, bestätigten, der Fernmeldetechniker habe am Vormittag des 17. September auftragsgemäß in der Kaserne von Andakt eine Telefonleitung repariert – sechs Stunden, bevor in Paris die Sprengladung explodierte. Auch die verdächtigten Frauen meldeten sich zu Wort. Als letzter empfing Salim al Churi, ein Vetter der Abdallahs, am vergangenen Montag in Andakt die Journalisten: „Ich bin seit vier Jahren nicht mehr in Paris gewesen."

Die Brüder und Freunde Georges Ibrahim Abdallahs fühlen sich ihres Lebens nicht mehr sicher, seit sie in Frankreich auf einer Fahndungsliste stehen. Im Familienheim in Kobayat, wo das Bild des verstorbenen Vaters, eines Unteroffiziers, den Ehrenplatz einnimmt, ringt die Mutter die Hände: „Mitterrand ist verrückt geworden. Er will meine Kinder umbringen, wo sie doch ruhig zu Hause sitzen." Der Soziologie-Professor Joseph fürchtet vor allem die libanesische Kataib-Partei („Phalangisten"). Denn obwohl die Familie Abdallah Maroniten sind, haben sie als Freunde Syriens die maronitischen Milizen zum Feind. Sie halten ihre Kalaschnikow-Schnellfeuergewehre in Reichweite. Sie haben Waffen „wie alle Libanesen". Mit Terrorismus habe das nichts zu tun.

Es ist möglich, daß manche der Verdächtigten die Wahrheit sagen, wenn sie eine Beteiligung an den Anschlägen im Ausland von sich weisen. Ebenso wahrscheinlich ist, daß andere lügen. Denn Lügen, auch „Desinformation" genannt, gehört zu den Methoden des Terrorismus, wie es zu den Methoden der Spionage gehört. Während die Fahnder die Terrorgruppe einkreisen, greift diese zu immer neuen Tarnungen, um die Verfolger irrezuführen. Benennungen für ein und denselben Personenkreis werden ausgewechselt wie Nummernschilder gestohlener Autos. Kommuniqués im Jargon der Weltrevolution enthalten täuschende Hinweise, aber auch Signale. Beim Verhör nach seiner Festnahme in Lyon im Oktober 1984 beteuerte Georges Ibrahim Abdallah: „Ich kenne die Familie Abdallah (mit Ausnahme von Maurice) absolut nicht. Ich weiß nicht, ob Maurice Abdallah Brüder hat und ob Mitglieder seiner Familie palästinensischen Organisationen angehören." Mit den auf die Ermordung von Amerikanern und Israelis spezialisierten „Bewaffneten Fraktionen" habe er nichts zu tun. Sein Netz nenne sich vielmehr „Revolutionäre Bewegung für die arabische Einheit" (MRUA). Jetzt versichern Maurice und Robert: „Unser Bruder und wir sind unschuldig. Wir haben mit den Anschlägen nichts zu tun. Niemand aus unserer Familie gehört zu den FARL." Das „Solidaritätskomitee für die arabischen politischen Häftlinge" (CSPPA), das sich als Urheber für die Anschläge in Paris seit Dezember 1985 bekannt hat, spottet in einem Kommuniqué über die französische Fahndung: „Wir wissen nicht, ob die Mutter des Patrioten Georges Ibrahim Abdallah noch am Leben ist. Aber falls sie es ist, wird sie sicherlich des letzten Anschlags, den wir im Viertel Montparnasse verübt haben, beschuldigt werden." Hier wird die Entlastung des Abdallah-Clans zu dick aufgetragen. Den Fahndern sind Übereinstimmungen in der Wortwahl der CSPPA-Verlautbarungen und des Soziologie-Professors Joseph Abdallah aufgefallen, zum Beispiel der im Orient nicht eben häufig verwandte Begriff „gelbe Sozialisten" für Staatspräsident Mitterrand und seine Partei. Während die Identität von Abdallah-Clan, FARL und CSPPA für die Fahnder immer deutlicher wird, tritt plötzlich eine neue Gruppe – oder richtiger: ein neuer Name – auf den Plan: die „Partisanen des Rechts und der Freiheit". In ihrem ersten Kommuniqué vom 7. September beanspruchten diese Rechtspfleger und Freiheitsfreunde ihrerseits die Urheberschaft der Pariser Anschläge und mahnten den CSPPA, sich nicht mit fremden Federn zu schmücken. Eine weitere Vermummung derselben, bluttriefenden Gestalten. Eines ist sicher: Seit sich die Mitglieder des Clans in der Heimat zeigen, werden keine Verlautbarungen mehr in Paris in den Briefkasten gesteckt. In der Mordserie ist eine Pause eingetreten.

Über diesen Verwirrspielen darf nicht übersehen werden, daß die meisten der neun Gesichter auf dem Fahndungsblatt den französischen und anderen westlichen Polizeidiensten schon seit mehreren Jahren bekannt sind. Maurice und Robert Abdallah, Salim al Churi und Jacqueline Esber gehörten zu den Entführern von Gilles Peyrolles, des französischen Kulturvertreters in Tripoli (Nordlibanon), den der Clan im März 1985 gegen den großen Bruder auszutauschen hoffte. Maurice, Robert, Salim al Churi, Jacqueline Esber und Ferial Daher waren Georges Ibrahim Abdallah bis zu seiner Festnahme in Europa zur Hand gegangen. Als Deckadresse diente ihnen die Katholische Universität in Lyon.

Jacqueline Esber, zur Zeit unauffindbar, zeichnete sich durch besondere Aktivität aus. Sie mietete Wohnungen, reservierte Hotelzimmer, kaufte das Auto, das ihr Freund Georges für seine Fahrten benutzte, richtete Bankkonten in Genf und Zürich ein und leerte sie wieder. Vor allem aber vermutet die französische Polizei in Jacqueline Esber die Frau, die am 3. April 1982 den israelischen Diplomaten Yaakov Barsimantov auf offener Straße mit Genickschuß tötete.

Ein Trip der kleinen Gruppe war den Fahndern aufgefallen. Am 19. Februar 1984 flogen Salim al Churi, Jacqueline Esber und ein weiterer Kampfgenosse, Anis Abdallah al Mansuri, von Rom nach Madrid. Am Vortag war in Rom der amerikanische Diplomat Leamon Hunt ermordet worden. Abdallah al Mansuri, 21 Jahre, wurde ein halbes Jahr später im Zug von Laibach nach Paris auf dem Bahnhof Triest von der italienischen

Polizei verhaftet, mit sieben Kilogramm Sprengstoff im Gepäck. Die Fahrkarte hatte ihm Ferial Daher besorgt, die sich vermutlich ebenfalls im Zug befand. Wenige Tage später wurde ein weiteres Mitglied der Gruppe, Josephine Abdo Sarkis aus Kobayat, in Rom verhaftet, auch sie im Besitz von Sprengstoff. Die beiden wurden von italienischen Gerichten zu 16 und 15 Jahren Haft verurteilt. Ein glimpflicherer Ausgang als für Nabil Dagher, der am 20. März dieses Jahres in einer Ladenpassage der Champs Elysées von der eigenen Bombe zerrissen wurde. Er war ein Vetter von Salim al Churi.

Die Frage, ob das Alibi der Brüder und Anhänger Georges Abdallahs für die Zeit der jüngsten Anschläge stichhaltig ist oder nicht, ist von mehr als kriminalistischem Interesse. Würde ihre Täterschaft bewiesen, dann wäre damit zugleich ein wichtiger Hinweis auf ihre Protektoren und Auftraggeber gegeben. Die „Exfiltration" von Paris nach Kobayat konnte ein terroristischer Familienbetrieb nicht ohne die Hilfe staatlicher Geheimdienste – konkret: des syrischen Geheimdienstes – bewerkstelligen. Chef des Geheimdienstes der syrischen Armee im Libanon ist General Ghazi Kanaan. Er kontrolliert nicht nur seine eigenen Leute, sondern überwacht auch die verschiedenen libanesischen Milizen und Terrorgruppen im besetzten Gebiet.

Bei Terroraktionen wie dem verhinderten Sprengstoffanschlag auf eine El-Al-Maschine in London und auf eine von amerikanischen Soldaten besuchte Diskothek in West-Berlin gilt die Urheberschaft Syriens ebenso als erwiesen wie bei der Ermordung des französischen Botschafters in Beirut. Bei den Aktionen der FARL in Paris könnte es sich mehr um ein Gewährenlassen handeln, möglicherweise um dem verbündeten Regime des Imam Chomeini zu Willen zu sein. Die staatliche Propaganda in Damaskus sucht den Vereinigten Staaten und Israel die Schuld für das Blutbad in Paris zuzuschieben. Auch das gehört zur Desinformation des Terrorismus und der Subversion. Im Zusammenspiel zwischen prosyrischen libanesischen Terroristen und den Machthabern in Damaskus bedeutet schon ein Augenzudrücken Mitschuld. Denn im Nordlibanon, das wissen die Libanesen am besten, regt sich keine Fliege ohne Wissen und Willen der Syrer.

Paris leugnet Geheimverhandlungen mit FARL

Innenminisrer Pasqua erklärt, die französische Regierung räume dem libanesischen Untergrund keinerlei Kompromisse ein / Erzbischof Capucci verhandelt mit mutmaßlichem FARL-Chef Abdallah / Abdallah-Familie hinter Pariser Anschlägen / Suche nach neun Personen

Frankrijk beloofde vrijlating Abdallah. De Morgen 25 september 1986

PARIJS/BRUSSEL.- Zowel de socialistische regering van Laurent Fabius als de huidige van gaullist Chirac hebben onderhandeld over de vrijlating van Georges Ibrahim Abdallah. Deze onderhandelingen werden getorpedeerd door revelaties van "geheime diensten" en openlijke tussenkomst van de VS.

HET satirische weekblad Le Canard Enchaîné brengt deze week een rekonstruktie van die onderhandelingen. Daaruit blijkt dat inderdaad zowel Roland Dumas, socialistische minister van Buitenlandse Zaken onder Fabius, als de huidige premier Chirac gewonnen waren voor vrijlating van Abdallah, en dit om meer gijzelingen in Libanon te voorkomen en om aanslagen in Frankrijk te verhinderen. Telkens een regeling nabij was werd deze getorpedeerd door geheime diensten.

De Franse pers maakt gewag dat dit een eerste keer zelfs op wens van de minister van Binnenlandse Zaken Joxe gebeurde. Tenslotte hebben de VS druk uitgeoefend op de regering Chirac om niet aan "chantage" toe te geven, nadat die getipt waren vanuit het Elysée, Mitterrand bijgevolg. Dit laatste schreef het socialistische blad Le Matin gisteren op zijn voorpagina.

Rekonstruktie

Een greep uit de rekonstruktie. Het blijft geruime tijd stil rond de op 25 oktober 1984 aangehouden Ibrahim Abdallah in Lyon. Deze aanhouding kwam er trouwens nadat hij zelf een politiekantoor was binnengevlucht omdat hij dacht achtervolgd te worden door Isrraëlische geheime agenten. Frankrijk gaf naderhand toe dat hij gevolgd werd, maar door "Franse geheime agenten".

Twee maanden later geeft Algerije Frankrijk een diskrete hint dat de vrienden van Abdallah zich over hem ongerust maken en vrezen dat hij door de Mossad (Israëlische geheime dienst) in Frankrijk wordt ondervraagd. Frankrijk antwoordt dat er geen enkele reden is tot opwinding.

In februari en maart 1985 krijgt de Franse ambassade in Beiroet verschillende boodschappen van een groep die dicht aanleunt bij het Volksfront voor Palestina van Georges Habache. Als Abdallah niet vrijkomt, wordt een Frans diplomaat in Libanon gekaapt, zo luidt het.

Parijs reageert pas op het derde bericht, maar besluit te wachten. Op 23 maart 1985 wordt Gilles Peyrolles, de kulturele attaché van de Franse ambassade in Libanon, ontvoerd door de FARL, Fractions Armées Révolutionnaires Libanaises. FARL maakt, in tegenstelling tot de Islamitische Jihad bij andere ontvoeringen, slechts melding van één eis : vrijlating van Georges Abdallah. Op zaterdag 30 maart zet Roland Dumas vanuit Brussel waar hij met president Mitterrand aan een Europese Top deelneemt, het licht op groen voor de vrijlating van Abdallah. Op 1 april komt Peyrolles vrij en zegt trouwens van zijn ontvoerders vernomen te hebben dat dit in ruil voor Georges Abdallah is geschied.

Appartement

Op 2 april blijkt de veiligheidsdienst DST in het bezit van "nieuwe elementen". Onderzoek naar een banknummer in Zwitserland dat Abdallah bij zijn aanhouding op zak had heeft tot de "ontdekking" geleid dat Abdallah regelmatig een appartement huurde in de Rue Lacroix, zeventiende arrondissement, Parijs. Op 2 april laat de politie van de DST weten aldaar een revolver te hebben aangetroffen waarmee de Amerikaanse militaire attaché Charles Ray op 12 januari 1982 en de Israëlische militaire attaché Yacov Barsimentov op 3 april 1982 werden vermoord.

Op 8 april onthult een lek naar de pers deze toedracht. Sommigen zien in het lek de hand van de DST om een eventuele vrijlating te beletten. Anderen, aldus de krant Libération, wijzen direkt minister van Binnenlandse Zaken Joxe aan.

Het wordt desalniettemin stil rond Abdallah, tot in december 1985 enkele bommen in Parijse grootwarenhuizen ontploffen. De campagne herbegint na de parlementsverkiezingen van 16 maart, met bommen in de TGV of opnieuw in een winkelgalerij.

Op 30 mei 1986 en 18 juni daaropvolgend stuurt Chirac een mis-

sie naar Damascus om de invloed van Syrië op de FARL na te gaan en desgevallend bemiddeling te vragen. In mei reist de DST zelfs naar Madrid af om er met FARL-leden zelf kontakten te leggen.

Wapenstilstand

Hoedanook, er komt een wapenstilstand tot stand. De vrijlating van Abdallah lijkt immers nabij. De man is in juli jl weliswaar tot vier jaar veroordeeld wegens valse papieren en wapenbezit, maar gezien zijn voorhechtenis zou hij in oktober kunnen vrijkomen. De verdenking van moord zou "wegens gebrek aan bewijzen" geklasseerd worden. Dit is vooral de wens van premier Chirac die daarbij in aanvaring komt met zijn rechtse kollega op justitie Albin Chalendon. Deze wenst inzake terreurbestrijding geen duimbreed toe te geven.

Het debat is achterhaald wanneer de VS-afgevaardigde David Epstein de Franse regering op 21 juli komt meedelen zich burgelijke partij te stellen voor de moord op de militaire attaché, tegen Abdallah. De VS achtten Abdallahs straf te licht en zouden hierin gesteund worden door het Elysée, de president. President Mitterrand aanhoort trouwens met de Joconde-glimlach waarschuwingen tegen te veel toegeeflijkheid inzake terreur van president Reagan op het feest rond het vrijheidsbeeld. Abdallah krijgt een nieuw proces, aangespannen door de VS-ambassade die zelf een advokaat betaalt, de heet Kiejman, een persoonlijke vriend van Mitterrand.

De wapenstilstand van de FARL wordt op 1 september verbroken. Chirac blijft in onderhandelingen geloven, getuige zijn bezoek aan Algerije op 14 september jl. Nu is Monseigneur Capucci in Parijs, de gewezen katolieke bisschop van Jeruzalem door Israël tot 12 jaar veroordeeld wegens wapensmokkel naar de Palestijnse Fedayien in de vluchtelingenkampen. In 1977 kwam Capucci, die steeds schuld geloochend heeft, vrij door toedoen van paus Paulus VI. Nu leeft hij in Rome. Vindt de Franse regering in hem een nieuw aanknopingspunt om de vorige tegenstanders van Abdallahs vrijlating te overwinnen?

(RG)

Verhandelte Chirac mit libanesischem Untergrund?

Paris wollte angeblich auf Anklage gegen den Libanesen Abdallah verzichten USA drängte auf Prozeß / Enthüllungen der Satirezeitung 'Canard Enchaine'

Paris (ap)— Die französische Regierung soll vor einiger Zeit mit den Libanesen verhandelt haben, denen jetzt die neue Welle von Bombenanschlägen in Paris zur Last gelegt wird. Das satirische Wochenblatt 'Le Canard Enchaine', schrieb in seiner am Mittwoch erschienenen Ausgabe, Ministerpräsident Jacques Chirac habe vom Geheimdienst DST Kontakt zu den „Libanesischen bewaffneten revolutionären Gruppen" (FARL) aufnehmen lassen, die sich bereits zu einer Serie von Anschlägen im März bekannt hatten. Dem Bericht zufolge sollen jedoch Amerikaner ein Vorhaben der Regierung blokkiert haben, weitere Anklagen gegen den in Frankreich inhaftierten mutmaßlichen FARL-Anführer Georges Ibrahim Abdallah fallenzulassen und sich damit Wohlverhalten der Terroristen zu erkaufen.

Chirac kam durch den Sieg seiner Konservativen bei der Wahl vom 17. März an die Regierung. Einen Tag nach der Wahl explodierte eine Bombe in einem Hochgeschwindigkeitszug, drei Tage später ging ein Sprengsatz in einer Pariser Ladenpassage hoch, eine weitere wurde in der Untergrundbahn entdeckt.

Laut 'Le Canard Enchaine' kam mit algerischer Hilfe ein Treffen von Agenten und den Libanesen in Madrid zustande. Kurz danach sollen zwei französische Abgesandte die syrische Regierung um Einflußnahme auf die FARL und um Hilfe bei den Bemühungen um die Freilassung der in Libanon entführten Franzosen gebeten haben.

Das Ziel, weitere Anschläge zu verhindern, sei erreicht worden, schreibt das Blatt und fährt fort, nach weiteren Geheimverhandlungen sei im Sommer von hoher Stelle verfügt worden, daß weitere Anklagen gegen Abdallah wegen Mangels an Beweisen zu unterbleiben hätten.

Abdallah, der eine vierjährige Haftstrafe wegen Waffenbesitzes und Führens falscher Personalpapiere zur Hälfte verbüßt hat, ist der Mittäterschaft bei der Ermordung eines US-Militärattaches und eines israelischen Diplomaten verdächtig.

Laut 'Le Canard Enchaine' wurde das Vorhaben Ende Juni an die USA verraten. Daraufhin, so heißt es, hätten sich die Familie des Militärattachés und die US-Botschaft als Nebenkläger eingeschaltet, um einen Prozeß gegen Abdallah zu erzwingen. Nach den jüngsten Anschlägen gibt es dem Blatt zufolge keine Neigung mehr zu einem Handel mit den Libanesen.

25.9.86 **taz**

VK 26-9-86

Gevangen Iraniër in Parijs veroordeelt reeks bomaanslagen

PARIJS (AP, Reuter, UPI) — Een van de drie gevangen Arabieren wiens vrijlating door terroristen wordt geëist, heeft zich gedistantieerd van de bomaanslagen die omwille van hem in Parijs zijn gepleegd. De Iraniër Anis Naccache, die een levenslange gevangenisstraf uitzit wegens een moordaanslag op de Iraanse ex-premier Bakhtiar, heeft zijn afkeuring uitgesproken over „de willekeurige aanvallen die tegen zijn principes zijn".

In de verklaring die door de advocaat van Naccache op de Franse televisie werd voorgelezen wordt gezegd dat de Iraniër ervan overtuigd is dat „de eis voor zijn vrijlating een voorwendsel is en dat de Franse regering dat weet". Naccache protesteert ertegen dat „zijn naam wordt gebruikt door een hem onbekend comité".

Terrorgruppe kündigt weitere Anschläge in Frankreich und gegen „französische Ziele in aller Welt" an

SDZ 29.9

Paris (AP)

Der französische Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident Chirac sind am Wochenende von Terroristen mit Mord bedroht worden. Die Drohung ist in einem Schreiben enthalten, das am Samstag einer westlichen Nachrichtenagentur in Westbeirut zugeleitet wurde. Als Absender gibt sich die Gruppe „Antiimperialistische internationale Brigaden" zu erkennen, die am 18. September den französischen Militärattaché Christian Goutierre ermordet haben will. Zu diesem Mord hatte sich zuvor allerdings auch eine Gruppe bekannt, die sich „Front für Rache und Gerechtigkeit" nennt.

In dem am Samstag übermittelten Schreiben werden weitere Bombenanschläge in Frankreich und gegen französische Ziele in aller Welt, Angriffe auf „alle französischen Diplomaten" sowie die Ermordung Mitterrands und Chiracs für den Fall angedroht, daß drei in Frankreich inhaftierte Männer – darunter der Libanese Georges Ibrahim Abdallah – nicht freigelassen werden.

Die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, hat die Haltung der französischen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus kritisiert. Im Fernsehen beanstandete sie vor allem, daß es dem früheren Patriar-

chen der griechisch-katholischen Gemeinde von Jerusalem, Hilarion Capucci, erlaubt worden sei, den mutmaßlichen Terroristen Georges Ibrahim Abdallah in einem Pariser Gefängnis zu besuchen. In französischen Presseberichten hatte es geheißen, Capucci suche zu vermitteln. Ein Regierungssprecher verneinte dies jedoch. Frau Veil wies darauf hin, daß Capucci Verbindungen zur PLO nachgesagt werden.

Botschafter arabischer Länder haben wegen der nach ihrer Auffassung wachsenden antiarabischen Ressentiments in Frankreich einen Messebesuch in Marseille abgesagt. Der Chefrepräsentant der Arabischen Liga in Paris, Hamadi Essid, erklärte, die jüngsten Anschläge in der französischen Hauptstadt und die Angriffe auf französische UNO-Soldaten im Libanon hätten ein araberfeindliches Klima geschaffen.

Zwei im Februar von Frankreich in den Irak abgeschobene Gegner des dortigen Regimes sind nach Paris zurückgekehrt, um dort ihr Studium fortzusetzen. Die Iraker Hassan Cheireddin und Fausi Hamsa dankten bei ihrer Rückkehr der französischen Regierung und dem französischen Volk. Ihre Abschiebung war durch die Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International publik gemacht worden. Staatspräsident Mitterrand hatte damals erklärt, ihre Auslieferung sei ein Irrtum der französischen Behörden gewesen. Die Untergrundorganisation „Dschihad Islami" (Islamischer Heiliger Krieg), die mindestens vier von sieben französischen Geiseln im Libanon in ihrer Gewalt hält, hatte auf unbestätigte Berichte, die Iraker seien bei der Heimkehr hingerichtet worden, bekanntgegeben, sie habe eine der Geiseln, Michel Seurat, zur Vergeltung „hingerichtet".

Die französische Regierung hatte inzwischen in Bagdad dringlich für die beiden Iraker interveniert. Der irakische Präsident Saddam Hussein begnadigte sie daraufhin und gab bekannt, sie dürften nach Frankreich zurückkehren.

Araber in London verurteilt

London (Reuter)

Ein Londoner Schwurgericht hat einen jordanischen Arzt wegen Planung von Bombenanschlägen zu 25 Jahren Haft verurteilt. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft ist der 43jährige Rasmi Awad Mitglied oder Sympathisant der radikalen Palästinenser-Gruppe Abu Nidals. Er war mit Hilfe eines libyschen Dissidenten festgenommen worden, der sich der Polizei zur Verfügung gestellt und Awad vier vermeintliche Granaten übergeben hatte. Ein mitangeklagter jordanischer Student wurde freigesprochen, wird aber nach Angaben des Innenministeriums aus Sicherheitsgründen ausgewiesen.

Nach Hinweisen auf eine Verwicklung der libyschen Fluggesellschaft LAA in terroristische Aktivitäten erwägt die britische Regierung ein Landeverbot für deren Flugzeuge auf britischen Flughäfen. Nach Angaben des Außenministeriums hat der Prozeß gegen den Jordanier „klare Hinweise auf Beziehungen der Fluglinie zu terroristischen Aktivitäten" ergeben.

Terroristen in Larnaca willen gevangen blijven

NRC

NICOSIA, 26 sept. — De drie mannen die vorig jaar drie Israeliërs op een jacht in het Cyprische Larnaca hebben doodgeschoten, zeggen in een verklaring dat zij niet in ruil voor gijzelaars vrijgelaten willen worden. De kapers van een Amerikaanse jumbo in Pakistan eisten begin deze maand de vrijlating van de drie. Bij de kaping in Karachi kwamen 21 gijzelaars om het leven.

„We hebben geruchten gehoord dat recente kapingen en gijzelingsacties waren bedoeld om ons vrij te krijgen," aldus de uit de gevangenis gesmokkelde verklaring van de drie mannen, een Brit en twee Palestijnen. „Wij willen echter geen deel uitmaken van een uitwisselingsakkoord en we zullen geen vrijlating onder deze omstandigheden accepteren," voegden zij hieraan toe.

„Volgens de wet hebben we moord gepleegd; we hebben een rechtvaardig proces gehad en we zijn tot levenslang veroordeeld," zeggen de drie verder in hun verklaring, die exact een jaar na de moord op de drie Israeliërs is gedateerd. Zij hebben steeds beweerd dat de Israeliërs geen vakantiegangers waren, maar agenten van de Israelische geheime dienst. Naar aanleiding van de moord in Larnaca bombardeerden Israelische gevechtsvliegtuigen het hoofdkwartier van de Palestijnse Bevrijdingsorganisatie (PLO) in Tunis, waarbij zestig mensen om het leven zouden zijn gekomen.

De verklaring was ondertekend door Ian Davison, Elias Naseef en Usumah Toukan. Een man die de drie regelmatig bezoekt, zei dat de twee Palestijnen voor het eerst hun ware identiteit hebben prijsgegeven. Nassef, gedurende het proces bekend onder de naam Khaled Abdel el Khatib, is volgens hem een Grieks katholiek die op eerste kerstdag 1963 te Nazareth, op de westelijke Jordaanoever, is geboren en opgegroeid in het Libanese vluchtelingenkamp Mar Elias. In het geval van Usamah Mohammed Ali Toukan, die vorig jaar nog Abdel Hakim Saado al-Khalifa heette, zou het gaan om een 25-jarige sunnitische moslim uit Nablus.

„Als we onze vrijlating accepteren als deel van een ruilhandel of gijzeling zou onze eigen actie geen betekenis voor ons volk hebben gehad," aldus de drie, die zelf tijdens de gijzelingsactie in Larnaca de vrijlating van Palestijnse gevangenen in Israel hadden geëist.

Inmiddels zijn de Pakistaanse autoriteiten nog steeds bezig na te gaan welke rol een man met de naam Salman Taraki heeft gespeeld bij de kaping in Karachi. Deze werd op 10 september gearresteerd en is in het bezit van een Libisch paspoort. (AP, Reuter)

Splitterhandgranaten gegen die türkische Diplomatie

Das Synagogenmassaker in Istanbul sollte die Aufwertung der Beziehungen zu Israel treffen

Ankara, 28. September

Drei Wochen nach dem Massaker in der Neve-Schalom-Synagoge in Istanbul, bei dem 21 jüdische Gläubige und die beiden Terroristen ums Leben kamen, haben die türkischen Ermittlungsbehörden immer noch keine eindeutigen Hinweise auf die Täter und ihre Hintermänner. Nach wie vor gilt die Feststellung, die Innenminister Yildrin Akblut wenige Tage nach dem Attentat resigniert machte: „Wir wissen nicht, wer sie waren, woher sie kamen und zu welcher Organisation sie gehörten."

Fest steht bisher lediglich, daß nur zwei Terroristen unmittelbar an dem Anschlag beteiligt waren, beide Araber, beide etwa 20 Jahre alt. Als sicher gilt, daß die „Aktion" professionell geplant und vorbereitet worden war und keine Spuren hinterlassen sollte: Die Seriennummern der verwendeten *Skorpion*-Maschinenpistolen polnischer Herkunft waren abgeschliffen, die Etiketten an der Bekleidung der Terroristen herausgetrennt, keiner der beiden trug irgend etwas an sich, das auf seine Identität hätte schließen lassen können. Offen ist auch die Frage, wie die beiden ums Leben kamen. Fest steht nur, daß ihre Leichen durch Explosionen unmittelbar an ihren

SDZ 29.9.86

Körpern grausam verstümmelt waren. Ein Betriebsunfall? Selbstmord durch das Zünden eines am Körper angebrachten Sprengsatzes? Die Version, daß die beiden Opfer ihrer Auftraggeber wurden, die sie mit „präparierten" Handgranaten ausgestattet hatten, um sie als Tatzeugen auszuschalten, wird von zuständiger Seite in Anakara als unhaltbar bezeichnet: Von der Polizei wurden in der Synagoge noch sieben intakte Splitterhandgranaten sowjetischer Herkunft gefunden.

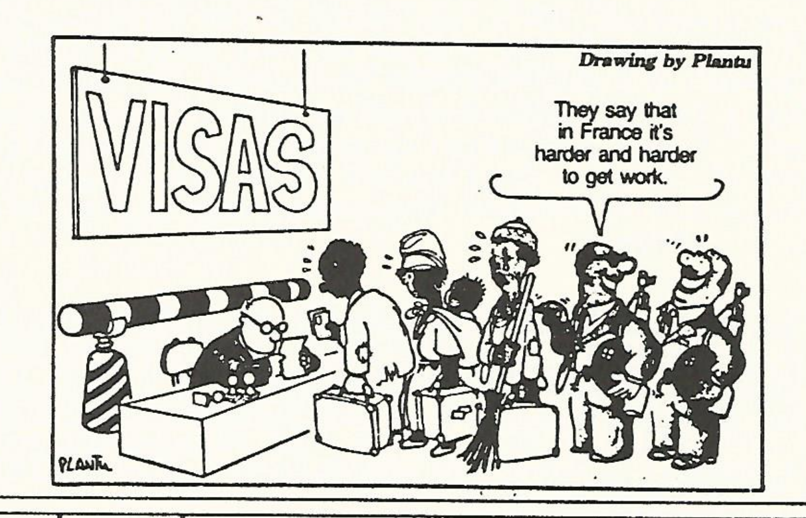
Die Experten sind sich sicher, daß die Terroristen der Abu-Nidal-Organisation zuzuordnen sind, auf deren Konto ähnliche Anschläge in Paris, Wien und Amsterdam gehen. Schwieriger wird es, die Hintermänner zu orten, die beim Einschleusen der Waffen logistische Unterstützung gewährt haben sollen. Daß Abu Nidal zwischen Damaskus und Tripolis pendelt, ist bekannt. Erwiesen ist auch, daß der ehemalige Leiter des libyschen „Volksbüros" in Ankara, Botschafter Abdul Malik, bei der Beschaffung von Sprengstoff und Handgranaten seine Finger im Spiel hatte, die am 18. April dieses Jahres bei zwei Libyern vor dem amerikanischen Offiziersklub in Ankara sichergestellt wurden, den die beiden in die Luft jagen wollten. Beide wurden festgenommen und von einem türkischen Gericht wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Botschafter Abdul Malik wurde jedoch nicht zur Persona non grata erklärt, obwohl er schon zweimal beim Waffenschmuggel unter dem Schutz diplomatischer Immunität ertappt worden war – in den USA und in der Schweiz. Er verließ die Türkei – Ankara muß Rücksicht auf seine arabischen Freunde nehmen – erst zwei Monate nach dem Zwischenfall „im Rahmen einer normalen Versetzung".

Ein Hinweis auf eine mögliche libysche Verbindung: Bei den beiden Libyern vor dem US-Klub in Ankara waren sowjetische Handgranaten des gleichen Typs sichergestellt worden, die auch von den Terroristen in der Synagoge verwendet wurden. Nur: Ein Beweis ist es nicht. Solange Beweise fehlen, hüten sich denn auch die Behörden Vermutungen anzustellen. Denn die Türkei will peinlichst alles vermeiden, was dem Synagogenmassaker eine politische Dimension geben könnte, die ihre delikate Stellung als NATO-Staat mit einer islamischen Bevölkerung an der Grenze zwischen ihren westlichen und ihren nahöstlichen Freunden erschweren würde.

Dabei gibt es zunehmend ernstzunehmende Stimmen, die hinter dem Synagogenanschlag handfeste politische Motive vermuten und ihn in Zusammenhang bringen mit der Intensivierung der türkisch-israelischen Beziehungen. Der Terroranschlag radikaler Araber gegen den „zionistischen Feind" auf türkischem Boden wäre so eine Warnung an Ankara. Tatsache ist, daß die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Türkei zu Israel in letzter Zeit vorsichtig verdichtet wurden – auf Drängen Washingtons, aber auch auf Grund der Überzeugung der Regierung Özal: Die guten Beziehungen zu den arabischen und islamischen Staaten dürfen kein Hinderungsgrund für Ankara sein, die seit Jahren vernachlässigten Beziehungen zu Israel zu verbessern. Schließlich ist in Ankara nicht nur die PLO, sondern auch Israel mit einer diplomatischen Mission – beide haben den gleichen Rang – vertreten.

Zwei Ereignisse, die vorerst mit dem Synagogenmassaker nicht in Zusammenhang gebracht wurden, haben ganz offensichtlich das Mißfallen arabischer Hardliner erregt: der zunächst geheimgehaltene dreitägige „Privatbesuch" des israelischen Industrie- und Handelsministers Ariel Sharon Ende Juli in Istanbul und die kurz darauf beschlossene Aufwertung der diplomatischen Vertretung der Türkei in Tel Aviv. Der Istanbul-Besuch des Exverteidigungsministers und Kommandeurs der israelischen Libanon-Invasion mag vor allem arabische Emotionen geweckt haben; der Beschluß der Türkei, einen gestandenen Diplomaten mit Botschafterrang nach Tel Aviv zu schicken, wo in den letzten sechs Jahren lediglich ein Jungdiplomat im Rang eines zweiten Sekretärs die Vertretung leitete, hat politische Substanz. Zwar wird auch Botschafter Ekrem Guvendiren in Tel Aviv nur den Titel eines Chargé d'Affairs führen. Aber die Tatsache, daß er Botschaftsrat in Washington war und zuletzt sein Land als Botschafter bei den Sitzungen der Europäischen Sicherheitskonferenz vertrat, unterstreicht das politische Gewicht dieser Neubesetzung.

Falls das Synagogenattentat zum Ziel hatte, die Israel-Politik Ankaras zu torpedieren, so haben seine Arrangeure die türkische Mentalität grundfalsch eingeschätzt. Zwei Tage nach dem Massaker flog Botschafter Guvendiren nach Tel Aviv, um dort seinen Posten anzutreten.



Brief Gefangene aus der RAF (Celle)

verspätet kommt mein brief, was daran liegt, daß mich - wie uns - die fragen zu sehr beschäftigt haben, die sich aus der letzten zeit ergaben, die uns unmittelbar betrafen und an denen man auch nicht einfach vorbei schreiben kann. ich hoffe, du hast nicht rumgerätselt und verstehst das. ich will heute ein paar allgemeine gedanken aufschreiben, auf einzelne inhalte und fragen deines briefes schreibe ich noch später.

einer genossin sagte ich vor ein paar wochen beim besuch, revolutionärer kampf bedeutet, mittels des materiellen angriffs mit den ausgebeuteten klassen im imperialistischen system, besonders darin natürlich der linken, über ziel, inhalt, methode und ergebnisse des kampfes, über jede konkrete phasenbestimmung, stärken, schwächen und fehler zu kommunizieren. revolutionäre sind diesen klassen gegenüber, insbesondere ihren kämpfenden teilen, verantwortlich. von anderen kann man verbindlichkeit nur abfordern, wenn sie von einem selber ausgeübt wird. nur in diesem verhältnis zu diesen klassen können sie sich selbst vergewissern und politisch entwickeln. alles andere wird sonst zur freischwebenden, unwirklichen und orientierungslosen existenz. ich kann dir nur darin zustimmen, daß es hier auch um den 'kampf um die köpfe' geht, also um die politische verankerung des revolutionären kommunismus im volk, möchte dem aber zugleich noch hinzufügen, daß dies ein kampf zuerst um unsere eigenen köpfe ist.

was eine falsche orientierung hätte, das wäre eine hauptsächlich auf wirkung auf das militärpotential des imperialismus ausgerichtete strategie. da ist für uns kein subjekt, mit dem wir gemeinsam ein gegenseitiges politisches verhältnis entwickeln wollen, entsprechend könnte die praxis, darauf reduziert, tendenziell nur ihren revolutionären gehalt verlieren bzw seine entwicklung verhindern. diese strategie läge auch dem machtschein des systems auf, dessen wirkliche stärke nicht im militärischen, sondern in der politischen akzeptanz liegt.

wir sind auf politische wirkung in den ausgebeuteten und unterdrückten klassen und schichten aus, die sich nicht automatisch durch aktionen und eskalationen produziert. die gleichung von militärischer härte und großer politischer evidenz geht nicht auf. über härte und konsequenz im kampf braucht man nicht streiten, ebensowenig darum, daß es uns nie um symbolik geht; wir sind keine bürgerinitiative. aber sie muß politisch vermittelt und eindeutig legitimiert sein, ihren revolutionären gehalt auf allen gebieten haben, so auch dem der moral. ohne notwendigkeit ist sie nicht denkbar und die ist nicht 'technisch' oder wie auch immer entwickelt, sondern an den politischen zielen des kampfes: revolutionäre gegenmacht zu konstituieren und revolutionäre haltungen virulent zu machen gegenüber dem system wie überhaupt allen fragen des lebens.

um politische wirkung dafür zu entfalten, muß unsere praxis einen für diese klassen und schichten erkennbaren politischen sinn und eine entwickelte moralität enthalten. wir stehen in einem dialektischen verhältnis zu den gesellschaftlichen bewußtseinshaltungen. da kann man nicht militaristisch die uhr vorstellen in der hoffnung, die ansonsten notwendigen vermittlungsphasen seien damit übersprungen und erledigt.

unser blick ist primär auf diese klassen und schichten gerichtet. da sind die menschen, mit denen wir kämpfen wollen, mit denen das system nur zu stürzen ist und mit denen wir grundsätzlich auch die gleichen interessen haben. ihnen sind die bestimmungen unseres verhältnisses zum system als das zu vermitteln, worin dieses nur legitimität hat: als klassenverhältnis. die revolutionäre bewegung organisiert nicht die interessen individualistischer menschen, sondern das interesse der zu rekonstruierenden proletarischen klasse, klassensubjekte. nur so kann sie von einer klasse, die 'klasse für sich' (marx) werden muß, erkannt und in ihren haltungen und bestimmungen aufgegriffen werden. das wichtigste für eine revolutionäre bewegung ist ihre wiedererkennbarkeit im volk. es reicht ja nicht, daß die bourgeoisie, der imperialismus begreift, daß es ein kriegsverhältnis ist, es reicht auch nicht, daß die ausgebeuteten klassen begreifen, daß sich da welche bekriegen, sondern unabdingbar ist, daß sie erkennen können, tendenziell, daß es ihr krieg ist, am anfang zumindest: daß das was mit ihnen zu tun hat.

wenn sich der blickwinkel dagegen auf die feinde einengt, wird der militarismus. der vielleicht gravierendste fehler im revolutionären kampf, geradezu heraufbeschworen. das setzt eine tödliche spirale in gang. wenn der imperialismus uns nicht mehr politisch bestimmt bekämpfen muß, wenn er das problem zum militärischen machen kann, können wir nicht siegen.

wir sind also nicht nur konfrontiert mit dem militärapparat des systems, sondern mit der akzeptanz der bürgerlichen gesellschaft, so ihrer ideologie, so ihrer staatlichen organisierung, im volk. die bürgerliche ideologie ist zwar da nicht unangefochten, besitzt aber in jedem fall noch die hegemonie und konnte sie bisher selbst da, wo sie ganz oder teilweise gebrochen war, also in den bewegungen der letzten jahre, in der regel immer wieder zurückerobern. als kommunisten wissen wir, daß diese akzeptanz in den unteren klassen, die die masse der gesellschaft stellen, keine freiwillige ist, genausowenig 'freiwillig' wie die des herr/knecht-verhältnisses bei sklaven war, deren vorfahren irgendwann in diese existenz gezwungen wurden und die nie eine andere lebensrealität für sich kennengelernt haben. die kapitalistische gesellschaft, so ihre ideologie, hat sich gewaltsam durchgesetzt (und wird über gutes zureden und reformistische prozesse auch nicht verschwinden) und wird von ihren materiellen bedingungen ständig reproduziert. das politische bewußtsein innerhalb der unteren klassen ist die folge der kapitalistischen produktionsweise, deren objektive wirkungsweise das gesellschaftliche leben, so auch die politischen und sozialen verhältnisse, darin den einzelnen, bestimmt, von seinen gattungsmäßigen bedürfnissen (historisch bestimmt) entfremdet und der vernichtenden ideologie des kapitals unterwirft. das wissen wir seit marx. diese allgemeine determinierung des politischen bewußtseins wird in ihrem gehalt, entsprechend den jeweils historischen erfordernissen des kapitals, gefüllt und kontrolliert vom ideologischen staatsapparat, aufgeteilt in seinen offiziellen agenturen und der ganzen kapitalistischen bewußtseinsindustrie mit ihrer aufgabe, die ideologische eingrenzung gegen alle aus den lebenserfahrungen resultierende brüche und erschütterungen zu festigen und ständig zu erneuern. damit sind wir politisch konfrontiert. dagegen ist von uns - von allen, die hier eine revolutionäre bewegung wollen - bisher zu wenig an substantieller gegenposition entwickelt worden. von einer grundsätzlichen schwächung der bürgerlichen ideologie durch den revolutionären angriff kann noch keine rede sein, was sehr positiv für die staatspolitik ist. ihre eigene schwächung aus ihrer eigenen widersprüchlichkeit, ständig selbst gebrochen von der kapitalistischen

entwicklung, darf man nicht als dramatisch sehen: die bürgerliche ideologie ist schon seit 15o jahren in der krise und wirkt trotzdem. revolutionäre bestimmungen haben bisher noch keine verankerung im volk gefunden, die ansätze dazu teilweise sogar verloren. das müssen wir als eines der wichtigsten politischen probleme des kampfes sehen. (daß das kapital eben nicht nur eine militärstrategie hat, zeigt derzeit z.b. die von nichts mehr gebremste sehnsucht der neuen mittelschichten an beteiligung - sei sie auch nur lächerlich gering, aber die liebhaber sind mitunter schon mit dem überlassenen taschentuch glücklich, das in ihrer phantasie ganz andere erwartungen naherücken läßt, so sind die triebe halt - an der staatsmacht; reform und faschismus, integration und vernichtung, grüne hier und polizei dort, gestaffelte reihen, ein differenziertes politisches barrikadensystem usw).

es wäre nicht richtig, aus der verwertungskrise des kapitals auf die seiner ideologishhen hegemonie zu schließen, also aus ihr abzuleiten, der revolutionäre kampf sei schon akzeptiert. hier gibt es leider keine unmittelbare entsprechende folgewirkung. die bürgerliche ideologie kann die krise, sogar den völligen zusammenbruch ihrer sozialökonomischen basis eine zeitlang überdauern. die geschichte des europäischen kapitalismus zeigt fälle, wie nach dem 1. weltkrieg, wo die kapitalistische gesellschaft im wesentlichen allein über ihre ungebrochene kulturelle kohäsion zusammengehalten wurde. der gesellschaftliche konsens im kapitalismus steht auch auf bestimmte bürgerliche werte, die die masse als ihre errungenschaft begreift (zurecht, denn sie wurden unter opfern erkämpft), gegen deren aus der systementwicklung resultierenden zersetzung sie alleine zur forderung nach ihrer wiederherstellung kommen kann. sie werden erst dann der vergangenheit anheim fallen, wenn die kommunistische bewegung - qualitativ höherstehende, kollektive strukturen entwickelt, in denen die ausbeutung gebrochen und die solidarität basis der gesellschaftlichen verhältnisse ist. wenn der politische antagonismus, aus dem sich die militärische konsequenz entwickelt, in der praxis nicht erkennbar ist, wird der revolutionäre kampf keine basis entwickeln bzw nur eine oberflächliche und so transitorische, also vorübergehende akzeptanz.

gebrochen werden kann die entfremdung innerhalb der kapitalistischen gesellschaft nur über den angriff, der in seiner bestimmung die fragmente einer nichtentfremdeten existenz - hier auch die einer revolutionären menschlichkeit, denn das ist das ziel - enthält und so beginnt, eine revolutionäre gegenwirklichkeit zu konstituieren, die die vom kapital unterdrückten, manipulierten, auf den kopf gestellten, kapitalisierten, also benutzten, entfremdeten usw, jedoch im volk bereits vorhandenen bedürfnisse orientiert. es gibt keinen revolutionären standpunkt, der nicht mit allen bestimmungen des kapitals, in denen der mensch zur ware, zum objekt, zum material für die profitakkumulation gemacht worden ist, gebrochen hat. selbst das verhältnis zu unseren feinden bestimmen wir aus diesem bruch und damit auf der basis der bisher erkämpften kriterien der revolutionären klasse, d.h. wir konfrontieren sie in unseren aktionen auch mit den bisher entwickelten fragmenten einer revolutionären klassenmoral. wir haben nicht nur die ablehnung ihrer politik, sondern auch die überlegenen kriterien auf unserer seite. so las ich unlängst in einem "zeit"-bericht über die guerilla auf den philippinen: bei konfrontationen mit der marcos-armee werden nach möglichkeit nur die offiziere erschossen und die soldaten entwaffnet, um sie dann mit der forderung nach hause zu schicken, aus der armee auszutreten und sich auf seiten

des volkes zu stellen.

radikalität drückt sich nicht so sehr in militärischen ergebnissen aus, sondern vor allem darin, daß es uns gegen alle schwierigkeiten gelingt, revolutionäre kriterien zu entwickeln und in der praxis erkennbar umzusetzen. das produziert die politischen ergebnisse. also in der praxis klassenbewußtsein zu materialisieren und klassenbewußtsein, d.h. auch die erfahrungen der ausgebeuteten und unterdrückten mit dem kapitalistischen system revolutionär zu transformieren, neue maßstäbe der verurteilung zu entwickeln und das gefühl der unvermeidlichkeit der alten ordnung auszuhöhlen. der ausgangspunkt sind dabei unsere eigenen erfahrungen mit dem system, die entschlüsselung seiner wirkungsweise bei uns und unsere antwort darauf. zweifelsohne ist die entwicklung revolutionärer haltungen und ihre inhaltsvermittlung schwer, insbesondere, wenn man eine minderheit ist und in der gesellschaft auf die um sich greifende und bedrohliche krise zuerst nur mit abwehrreflexen reagiert wird, so sie in einen politischen starrezustand fällt (weshalb ja auch der sog. neo-konservatismus aufleben konnte). gegen diese schwierigkeiten braucht niemand auf die fehler anderer aufzuspringen, sie sind ein problem aller, die hier nach einer revolutionären perspektive suchen. aber trotz aller schwierigkeit ist die aufhebung der eigenen entfremdung in der in-eins-setzung von politik, moral und praxis bei uns unverzichtbar. der sinn des kampfes ergibt sich nicht aus der negation der strategien unserer feinde, er liegt in der entwicklung von kollektivität, von solidarität im kampf um die befreiung und von der durchsetzung der entwicklung aller menschlichen fähigkeiten als erste gesellschaftliche orientierung. der kampf um die entwicklung der revolutionären identität ist teil der machtfrage mit dem system; die militärische ist ohne die politische nicht zu lösen. niemand kann losgelöst von seiner eigenen subjektivität revolutionär wirken, niemand ist "objektiv" revolutionär, das ist ein unding. ausgangspunkt und ziel des kampfes sind auch immer wir selbst. insoweit spiegeln sich in den politischen fehlern nicht einfach 'falsche taktiken' wieder, sondern immer auch unzulänglich entwickelte bewußtseinshaltungen, deren auflösung orientierung sein kann, weil darin nicht individuelle fehler entschlüsselt werden, sondern die falschheit der ganzen metropolensozialisation, die man nicht kaschieren kann, ohne sich nicht selber ein bein zu stellen.

die erkennbarkeit des klassenchrakters des revolutionären kampfes, die verallgemeinerbarkeit jeder einzelnen bestimmung - das verweist schon auf ihre richtigkeit und: taktik kann sich nur von grundsätzen

ableiten, die sich darin vermitteln und festigen, sonst ist es aktionismus - ist bedingung für die multiplizierung der revolutionären kräfte und ihrer politischen akzeptanz. an der frage der zerstörung der politischen hegemonie des kapitals in den von ihm unterworfenen klassen, können wir uns mit der revolutionären linken als sich entwickelnde einheit organisieren, in einem prozeß mit gegenseitiger verbindlichkeit und gegenseitigem austausch, in dem jeder subjekt des kampfes ist/wird. verbindlichkeit läßt sich im revolutionären kampf politisch nur in bezug auf klassenkriterien und bestimmungen herstellen; das erlaubt ja auch z.b. zu erkennen, was uns mit revolutionären gruppen und bewegungen in anderen ländern, ohne daß dazu eine verbindung existieren muß, verbindet und/oder trennt. sie müssen deshalb entwickelt werden. aus der konstituierung des klassensubjekts heraus läßt sich dann auch erst ein revolutionäres verhält-

nis zu anderen revolutionären und/oder befreiungsbewegungen politisch bestimmen und zum teil des kampfs hier machen.

es geht hier nicht um eine "massenlinie", der orientierung an den entfremdeten bewußtseinshaltungen im volk, das möchte ich doch extra betonen. es geht darum, daß wir mit unseren kräften revolutionäre gegenmacht werden und uns mit den politischen bestimmungen, die wir uns erkämpfen, auch zu den vom kapital unterworfenen klassen vermitteln. niemand wird hier der illusion aufsitzen, daß 'die massen' heute für den revolutionären kampf zu aktivieren wären, schon weil zuerst die revolutionäre bewegung ihre politische reife vermitteln muß, bevor sie aktives verhalten erwarten kann, ihre fähigkeit, den revolutionären prozeß als klassenprozeß führen zu können. die zeigt sich u.a. schon darin, daß sie das mißtrauen in diesen klassen ihr gegenüber als objektives problem anerkennt, das seine geschichtliche ursache hat und die politische lösung bei sich sucht. zu oft hat es hier sich radikal gebärdende gruppen und parteien gegeben, um dann mit einem 'war nicht so gemeint' wieder von der bildfläche zu verschwinden. zum kampf um vertrauen gehört z.b., daß man sich auch zu seinen fehlern kompromisslos verhält, nicht in der mea culpahaltung, also dem "sündenbekenntnis" oder der selbstbeschuldigung - das interessiert keinen; sondern in der entschlüsselung der ihnen zu grunde liegenden ursachen und ihrer auflösung in der politischen neubestimmung. das ist ja etwas, was nach 1977 nicht ausreichend gemacht worden war und so die niederlage teilweise mit sich fortschleppte. 'heute nicht zu aktivieren', d.h. aber eben nicht, daß sie für uns nicht als adressat der politik existieren, daß sie in politischen bestimmungen bei uns nichts erkennen können. das wäre eine unpolitische haltung. es liegt an uns, wenn wir nicht nachvollziehbar sind. außerdem verläuft der prozeß 'politisierung' und 'aktivierung' der menschen in den einzelnen klassen und schichten dialektisch, nicht linear, also nicht als mechanisches verhältnis von aktion und wirkung, sondern als qualitativer umschlag politischer akkumulation im gesellschaftlichen bewußtsein durch den langandauernden krieg. (dazu gehört auch das, wie du marx zitierst: "ihr habt 15, 2o, 5o jahre bürgerkrieg und völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu verändern und zur politischen herrschaft zu befähigen".) wir sind, wenn auch schon auf erweiterter ebene, immer noch im stadium des avantgarde-kampfes. dessen erstes resultat gegen die kapitalistische hegemonie in der gesellschaft ist das interesse an unseren kampfgründen (die man auch vermitteln können muß), eine tendenziell wohlwollende neutralität großer teile der unteren klasse und die entwicklung des internen verhältnisses innerhalb der revolutionären bewegung (front), die ausschaltung aller mitgeschleppten kleinbürgerlichen tendenzen - unmöglich, daß jemand davon frei ist, der zu kämpfen anfängt - wie hegemonismus, neigung zu administrativen lösungen, militarismus, vernachlässigung der politischen auseinandersetzung, dogmatismus, inkonsequenz sich selbst gegenüber usw.
und allerdings ist hier auch denen die reflektion ihrer eigenen gefühle zu empfehlen, die selber in der etappe sitzen, sich aber lauthals und moralisierend bei fehler anderer als oberkritiker definieren, ein besonderes auftreten, daß man dann, wenn es um die organisierung des kampfes geht, von ihnen nicht kennt.

natürlich, das sei nochmal gesagt, geht es nicht um die anpassung an die vorherrschenden bewußtseinshaltungen - der populismus basiert auf konsum und ist nur eine andere variante der massenverachtung -, sondern um die auseinandersetzung mit ihnen auf der basis der ent-

wicklung kommunistischer klasseninteressen in unserer praxis. das wird auch in den vom kapital unterworfenen klassen erkannt. wir müssen sie nur als subjekt sehen, zu dem wir uns als revolutionäres subjekt ins verhältnis setzen, immer wieder neu und mit den verarbeiteten erfahrungen der vorhergehenden phase.

unser kommunikationsverhältnis zu diesen klassen steht inhaltlich auf der basis des bruchs mit der entfremdung, also kollektivität, entwicklung neuer strukturen, ohne ausbeutung, ohne objektstatus, ohne machthierarchien, bestimmt von solidarität im eigenen befreiungsprozeß usw und des bruchs mit der ohnmacht, d.h. der organisierung des angriffs auf die machtstruktur der kapitalistischen gesellschaft, der eroberung von macht für die ausgebeuteten und unterdrückten klassen. das ist der revolutionäre kampf, der sich nicht aus unserer individualistischen bestimmung heute von anfang an an der machtfrage mit dem imperialismus orientiert, sondern weil das einer imperialistischen totalität entspricht, die zur organisierung eines revolutionären klassensubjekts systemimanent keinen raum mehr läßt. der revolutionäre kampf schafft sich von vorneherein sein eigenes terrain - seine ausdehnung ist eine frage der politischen akzeptanz -, von dem er aus seinen angriff und sein klassenbewußtsein entwickelt.

das ist auch vermittelbar, weil es anknüpfungspunkte an breite klassenerfahrungen in der kapitalistischen gesellschaft hat, wie z.b. die der machtlosigkeit ihrer organisationen gegen die entwickelte struktur des imperialistischen kapitals mit seinen international operierenden kapitalstrategien, mit seiner internationalen arbeitsteilung und potenzierten klassenspaltung. sie waren adäquat für die historische industriegesellschaft. für die mikro-chip-metropolen mit ihrer 1000fach gebrochenen gesellschaftsstruktur, also mit der immer größeren schwierigkeit, zu breiten, d.h. wirksamen kampfbündnissen von unten gegen das international operierende kapital zu kommen, sind sie zum anachronismus geworden. sie sind nur noch der schatten von gegenmacht, weil sie in ihren strategien und taktiken nicht mehr die machtstrategien des kapitals antizipieren können und gehen unter - siehe zuletzt das niedermachen der englischen bergarbeiter mit seinem regressiven folgereflex der spaltung. was denen da unten nach der technologischen neustrukturierung bleibt, zersplittert, vereinzelt, in einem höchstmaß fremdbestimmt und isoliert, durch 1000 verbindungen aber ans system gekettet, umstellt von den agenturen und fabriken der politischen konditionierung, verraten von den systemimanenten parteien, ist die ohnmacht, die resignation in für sie nicht mehr beinflußbare zusammenhänge, der absolut gesteigerte konkurrenzkampf oder der verzweifelte ausbruchsversuch, der von den hochentwickelten, international verknüpten repressionssystemen unter kontrolle gehalten werden kann.

diese ohnmacht aufzuheben, den ausgebeuteten klassen einen begriff von der imperialistischen totalität zu verschaffen und von ihrem eigenen klasseninteressen, damit auch von ihren notwendigen politischen und

militärischen bedingungen, ist aufgabe der revolutionären organisationen, die zugleich die strategischen linien der machteroberung und die keime eines neuen verhältnisses unter den menschen in ihrer praxis und realität schaffen müssen. daraus ziehen sie ihre historische legitimation. der internationalismus ist basis und bedingung für die entwicklung des revolutionären kampfs, nur, d.h. nicht, daß wir hier losgelöst von der metropolenrealität für den kampf in anderen teilen der welt wirken, sondern daß wir ihn aus der notwendigkeit des kampfs hier entwickeln. denn der internationalismus ist ja nicht z.b. für nikaragua nur notwendig oder süd-afrika, also den kämpfenden völkern in der 3.

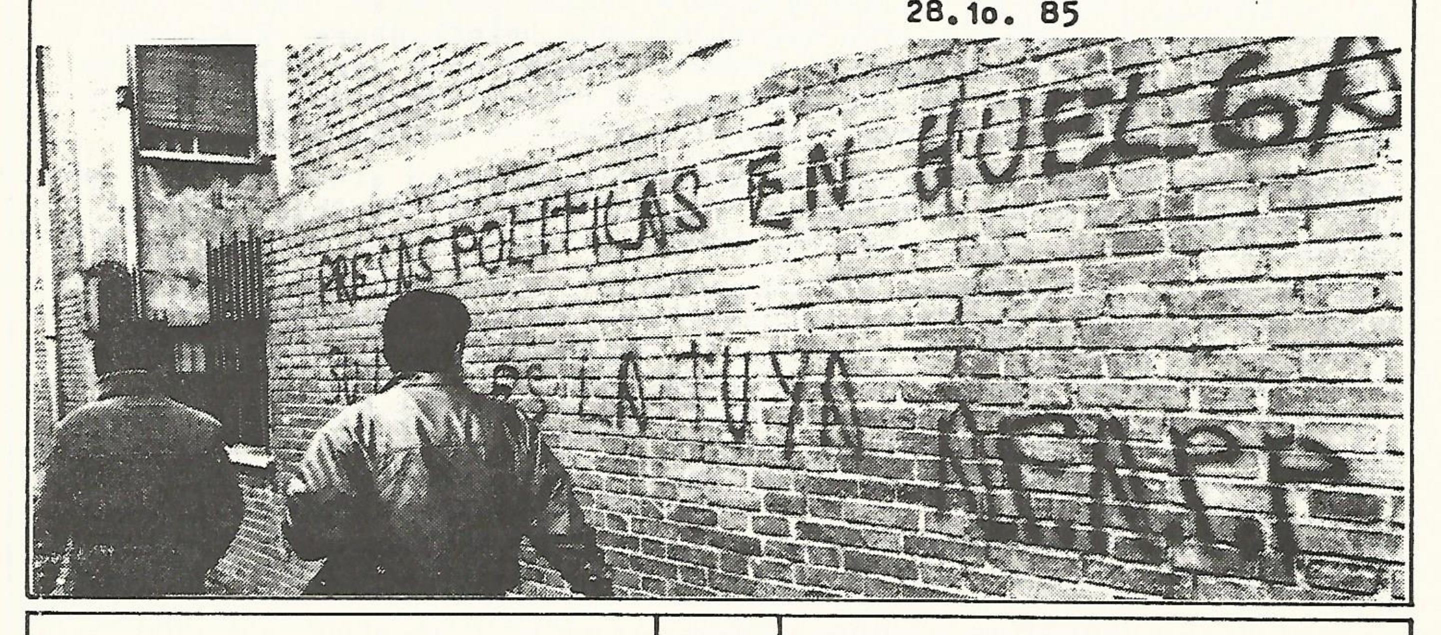
welt; er ist genauso notwendig für den kampf in den metropolen, denn eine nationale befreiung wird es da nirgendwo mehr geben.

wir werden dazu noch sehr viel politisch entwickeln müssen, wir haben da viel vernachlässigt, vielleicht auch verdrängt. wir brauchen nicht nach dem 'revolutionären subjekt' in der gesellschaft ausschau zu halten, das sage ich etwas kritisch zu einer bemerkung von dir, das wir dann 'radikalisieren' können. denn das läßt sich nicht aus der ökonomischen verelendung heraus bestimmen. das problem der entfremdung betrifft auch die, die sozial noch relativ gut gestellt sind. und die entscheidung bei uns zum kampf ist ja auch darüber gelaufen, über die sinnlosigkeit, die in den ganzen zielen der kapitalistischen gesellschaft steckt. 'wir gehen von der tatsache der entfremdung aus', haben wir früher gesagt, das subjekt ist da, was fehlt ist die strategie, in der die entfremdung gebrochen ist. also weil mich eine sache immer maßlos geärgert hat, das war die herangehensweise der "autonomie neue folge"-leute, die losgelöst von sich die ökonomische verelendung analysiert haben und dann auf so etwas kamen wie "jobber-strategie", die müßten doch eigentlich kämpfen, wo sich das ganze so auf einen insektenforscherblick reduziert, politische laboranalysen, wobei sie viel mehr hätten erkennen können, wenn sie bei sich angefangen hätten zu fragen, warum sie den bruch zum kapitalistischen system allenfalls theoretisch vollziehen können - aber sie haben nach gründen für andere gesucht und dabei außer sich als falsch herausgestellten theorien nichts gefunden. inzwischen, wie ich in ihrem letzten heft las (aber ich habe es noch nicht ganz gelesen), verdammen sie den marxismus und suchen die schuld bei marx. da wird es dann lächerlich.

nun gut, ich werde hier heute aufhören, es ist leider ein etwas trockener text, sicher auch resultat unserer reduzierten sozialen verhältnisse, aber ein paar sachen darin sind mir wichtig zumindest festzustellen. ich will zu den anderen sachen deines briefes, wie schon zu anfang gesagt, auf jeden fall noch etwas schreiben, kommt noch nach. sag du mir beim nächsten mal, was du z.b. lesen tust. das gedicht ist sicher gut, das du am ende deines briefes gesetzt hast, nur ist mir dazu mit der zeit etwas der draht verschwunden, vielleicht hängt es mit der härte der zeit zusammen. über deine fern-umarmung aber habe ich mich sehr gefreut und drücke entsprechend zurück!

sehr liebe grüße!

28.10. 85



The Philippines: A Guerrilla War at the Crossroads

Military Technology · MILTECH · 9/86

The Communist guerrillas controlled by the NPA (New People's Army, the military arms of the Communist Party of the Philippines, CPP) are, together with the economic situation, the most serious problem facing Mrs. Corazon Aquino's government.

According to recent estimates, the NPA is 16,000-20,000 strong. In October 1985, a report by the US Senate Intelligence Committee put total strength at 30,000 including "regulars" and "irregulars": "regulars" being full-time members of mobile guerrilla units, while the "irregulars" dwell in their own villages as long as they can.

In April 1985, the US Deputy Defense Secretary declared that "the NPA could well force government forces into a situation of strategic equilibrium within three to four years".

In 1984, it was assumed that the guerrillas had at least a certain degree of control over 17% on the country's 41,000 villages ("barangay"); in 1985, their grip had reached 20%. For the time being this is a political, rather than a military, form of "control", and there are no areas where government forces cannot enter; however, the rebels' continued presence tends to establish an effective counter-establishment.

Penetration in rural areas

For obvious political reasons, the Marcos regime consistently underevaluated the magnitude of the guerrilla problem. Official sources used to maintain that only 5% of the villages had indeed been infiltrated and politicised, and stressed that no less than 112 CPPs top figures (including ten members of the Central Committee and the party's historical leader, Mr Joseph Maria Sison), had been killed or captured since 1982.

But in reality, and notwithstanding the enforcement of martial law from 1972, the CPP had managed to establish cells in most provinces.

In the villages which are under its influence, the NPA acts mainly through the Political Organiser Teams (POTs), whose main task is to ensure continued contacts between the "regular" units and the populace with constant agitprop. POT members are armed only with pistols and old rifles, often "do-it-yourself" products.

The "irregulars" (also called "the mass", or "the militia") collect taxes and "contributions", gather information and provide an early warning service when the government's troops approach the area.

The "regulars" usually operate in platoons of some 45-50 men. Such small groups can easily move around the countryside and conceal themselves without being discovered, unless goverment forces can count on a network of informants and moles in the villages of the area (1).

However, the NPA opens up a new "guerrilla front", inserting regular units, only after the successful conclusion of an accurate preparatory phase, carried out by the POTs and by the "sparrow units" (very small assassination groups, armed only with pistols and knifes and tasked with the liquidation of selected individuals), which guarantees physical elimination or at least intimidation of real or potential informants.

In order to start operations within a given area, the guerrilla groups only need active support from a small minority of the local population; as regards the majority, it is quite enough to persuade it that it is much safer to remain neutral, and not to support the Government.

The first infiltration phase, called "contact area" in the NPA's jargon, aims at the establishment of a network of sympathisers and at the preparation of an analysis of the local situation. The second phase ("expansion area") calls for insertion of compact guerrilla units. Finally, when the NPA has firmly established its grip on the populace and its control can start to assume organic forms, they speak of a "consolidated area".

The critical phase is the "expansion area", when the majority of the local population is still uncertain about what attitude it should take. If the guerrillas manage to establish themselves and to show their force, coercing or scaring an important percentage of the villages, their eradication becomes quite difficult.

Within the "consolidated areas", the guerrillas immediately set up the village-level BRCs (Barangay Revolutionary Committees). These are embryos of a nation-wide insurrectional structure, tasked with large-scale political work and through which the NPA gathers and filters its recruits. The rule is that the guerrilla-to-be should spend at least six months with the mass political organisations; during this phase, he will often be "tested", for instance by ordering him to take part in some "sparrow unit" action and to personally murder a suspected informant.

CPP/NPA's political-military structure

At a territorial level, military activities fall under the control of the "operational fronts" (there were 29 fronts in 1982, 43 in 1985 and 62 today), whilst at a political level actions are co-ordinated by the "District Committees". Sixteen Regional Committees establish the strategies to be followed in their respective areas, by adapting national-level general guidelines to the local situation.

Above the Regional Committees there are five "Area Structures" (Northern, Central and Southern Luzon, Vidayas and Mindanao), the Central Committee and a five-member Politburo. The Central Committee has four commissions: military, mass movements, propaganda and unitary fronts.

Propaganda work is (or at least was until very recently) quite widespread, because in the last few years the CPP could count on direct or indirect support from an increasing number of perfectly legal organisations and structures which were able to operate openly even under Marcos' regime. Actually, until Mrs Aquino came to power in February the rebels' influence was constantly on the increase.

The CPP/NPAs presence is particularly strong in rural areas, while in the larger towns their followers are concentrated in some highly-politicised groups (particularly amongst the students). However, in some specific urban centres the situation is already much more serious: at Davao (Mindanao island) the rebels' military presence is virtually permanent, while in the barangay of Agdao (appropriately nicknamed "Nicaragdao") the NPA has established a clandestine militia, the SDC (Self-Defence Committee) which acts in co-ordination with the "sparrow units" to enforce collection of taxes, murder government supporters and attack governments patrols. During 1985, there were 836 murders in Davao — an average of 2.5 killings per day, double that of 1984; 77 victims were military.

The official balance of rebels' activities in 1984 reported 3,516 "incidents", with the death of 499 soldiers, 246 members of the anti-communist paramilitary forces and 862 civilians (2). In 80 per cent of the cases, the fighting was started by the guerrillas — which indicates how the government forces are more often forced in to the defensive, leaving the advantages of initiative and surprise to the NPA.

When a new "front" is created, the NPA usually establishes units made up in part of local recruits and in part of seasoned veterans shifted from other areas (including as a rule the military commander). This approach ensures a geometrical progression of the guerrillas' structure, and eliminates the risks likely

---

1) Information gathering is a key parameter of counter-insurgency operations, not only to personally identify the guerrillas active in a given area but also to be warned about the likelihood of attacks. The AFPs have organised an experimental network of 200 villages with resident informants, but they willingly admit that this structure is both highly vulnerable (informants being regularly murdered) and difficult to operate. In general, as soon as the guerrillas establish their presence the peasants refuse to co-operate, simply because when the troops leave the guerrillas return.

to occur from the insertion of platoons whose members are totally without previous combat experience.

The guerrillas have no fixed bases whatsoever, and usually they avoid keeping their forces concentrated for long periods. As a standard rule, they live and act in small groups (platoon level at the maximum) which are continuously on the move. Several platoons can join forces for larger scale operations ("Tactical Offensives" in NPAs jargon), but part company immediately when the operation is completed.

In areas where their grip is safer, the rebels — while still avoiding permanent concentrations — have also established more complex military structures: the RMF (Regular Mobile Force) is a 60-90-strong unit conceived as a sort of strategic reserve, to be engaged on any front within an island or a region. There also are a few companies (90-120 men), and at least in Mindanao two or three companies were occasionally put together to create a battalion.

Despite their rapid growth, even before the fall of Marcos NPA's top cadres were extremely cautious in forecasting their time schedules for attaining strategic equilibrium with the goverment's forces. They were looking at the guerrilla as being in a phase of "advanced strategic defence", and this analysis of the situation was shared by government military authorities. In fact, the guerrillas are not in a position to directly face the AFPs (Armed Forces of the Philippines) in true full-scale battles or in prolonged fights: their actions are mostly of the "hit and run" style, with ambushes, raids against isolated posts and rapid attacks followed by an even more rapid disengagement (3).

NPA commanders have been duly trained to strictly follow Maoist guerrilla principles and avoid any imprudence. One of them — Ka Nilo, platoon commander in the Negros del Norte province — confirmed the point to this correspondent: "We engage in combat only and exclusively on our own initiative, and only when we are sure to enjoy the advantages of both numerical superiority and surprise".

Guerrilla tactics are however relatively unsophisticated, and training too leaves much to be desired. On the other hand, the guerrillas usually face troops as badly trained and far less motivated: and this situation, coupled with strict adherence to the basic rules of guerrilla warfare, had so far been enough to ensure their success.

General Fidel V. Ramos, presently Chief of Staff of the AFPs, commented on January 24 that "the NPA continues to carry out successful raids against AFP installations and police stations, exploiting surprise and rapidity. The attacked troops are not able to react effectively". He also stressed that "most incidents indicate insufficiencies and lack of preparation in security measures, inadequate training, absence of the intelligence and counter-intelligence network needed to prevent an attack, and lack of practical systems to distinguish between friendly and hostile forces" (4). Consequently, Gen. Ramos recalled regional commanders (5) to strict obedience to the order issued in Luzon on July 9, 1985 which recommended the use of coloured scarfs, small flags or other similar identification means.

By simply wandering through the countryside it is possible to fully understand the reasons for such an order: very often, government troops do not wear a true uniform, but rather a sort of "mixed" clothing which makes them indistinguishable from the guerrillas. Road blocks are manned by soldiers wearing T-shirts, jeans or shorts and jogging shoes; even berets or other regular-issue military hats are usually not used.

The problem is made even worse by the fact that the guerrillas like to wear the uniforms taken from the bodies of killed soldiers, and very often they do not even bother to remove the name tag. In particular, the black or camouflaged uniforms of the Scout Rangers are a highly-coveted "status symbol" amongst the guerrillas, the Scout Rangers being regarded as a well-trained elite unit.

Weaponry

NPA platoons are usually well equipped in individual arms: the rifles are mainly M16A1s and Garand M1s, but there are also many M14s as well as M79 and M203 40 mm grenade launchers, Colt .45 cal. pistols and hand grenades. The irregulars and the "sparrow units" are much worse off, with old weapons (such as Springfield rifles) often in very bad condition.

The weapons are almost all war booty. In theory, US-manufactured arms could be "recycled" through Communist countries (Vietnam, for instance, has an enormous stock of M16s available), but in practice external supplies are extremely unlikely, and only a single sporadic episode is known.

A guerrilla unit visited by this correspondent in the Negros island was completely equipped with captured weapons: many M16s bore the markings of Elisco Tool, the Philippines licence manufacturer. As a matter of fact, on March 25 the NPA had just carried out one of its most successful arms thefts: the guerrillas had broken into the Visayan Maritime Academy (located at the Negros' provincial capital of Bacolod) neutralising the sentries and carrying away no less than 429 rifles and large quantities of ammunition.

Even the list of re-captured equipment taken or collected on the battlefields by government forces indicates that there is no external supply source: in addition to the above-mentioned weapons, the list includes Japanese WW2 rifles, M2 carbines, S&W .38 cal. civilian-issue revolvers, and even .22 cal. revolvers. The NPA suffers a chronic shortage of ammunition, and this (coupled with safety problems) usually prevents fire training. The guerrillas do not have mortars, and — curiously enough — they do not make large use of either mines or booby traps.

There could be future developments linked to the centuries-old problem of Muslim separatism, currently active with several armed bands at Mindanao and in some other Southern islands. It is known that one of the factions within the MNLF (Moro National Liberation Front) secessionist movement is actively backed by Libya, and hence it is possible that some of the arms supplied by the Libyans will eventually end up in the hands of the NPA.

As regards government forces, the most serious shortcomings are in helicopters and transport vehicles. The government's troops normally use jeeps, trucks and other similar unprotected vehicles, and hence are extremely vulnerable to ambushes. The AFP's General Staff calculates that a total of 614 AFVs would be needed, while current levels are 15 percent (159 vehicles) short of this mark. In 1983 the situation was even worse (42 percent under the mark), but it has somehow improved with the acquisition of 55 Cadillac Gage V150 COMMANDO 4x4 armoured cars in 1984 and of a further batch of 55 in 1985; however, in concrete terms the operational deployment of these vehicles is not sufficient to cover even a part of the requirements. Even as regards trucks the situation is far from satisfactory: a total of 3,944 trucks would be needed to ensure full mobility of all infantry battallions, but availability is 60 per cent short of the mark.

Helicopters and counter-insurgency

Having had the very rare opportunity to follow military operations on both sides, this correspondent can confirm again that helicopters are by far the most effective tool in counter-guerrilla warfare.

The rebels are not really disturbed by routine patrols on foot or on vehicles: their local irregulars and sympathisers warn them early enough to avoid being surprised, disengage and, if need be, evacuate the area. The "early warning" system works even better

---

2) Source: "The Constable & INP Journal", July 1985. According to official sources, the number of violent incidents in 1984 had been 21 percent higher in comparison with 1983. At that time, it was estimated that the CPP had around 16,000 regular members, with a mass basis of around a million people.

3) In 1985, the NPA started to carry out more spectacular and bold raids: on January 5 at Tabina (Southern Zamboanga), with the capture of 102 rifles and huge reserves of ammunition; on February 9 at Sadanga (Northern Luzon), with the theft of 43 firearms; on March 8 an ambush at Cayagan (Negros) killed 34 soldiers; on March 25 at Dalayap (Mindanao), the largest attack ever agaist an urban area caused 20 death amongst the civil population; on May 28 at Isabela (Negros) a full-scale attack (at least 70 men) against an outpost of the Scout Rangers' 3rd Company, with at least 14 soldiers killed; on June 25 an ambush at Lisbon (Albay), with 30 soldiers dead; an as many as 53 "tactical offensives" in Central Luzon between July and October, including five raids against outposts and with a total balance of 70 soldiers killed against five guerrillas.

Military activities were further stepped up in early 1986, during the electoral campaign, and continued at an unabated pace during the period of tension which followed the presidential elections. On February 22, while the military coup against Marcos was taking shape in Manila, the PA killed 15 soldiers in two separate ambushes in Western Negros province, and a CHDF commander was murdered in Pagadian City.

4) Source: "Bulletin Today", Manila, January 25, 1986.

5) Since 1982, all counter-insurgency forces are organised in twelve RUCs (Regional Unified Commands). The provincial commanders (usually officers of the Philippine Constabulary) are answerable to the RUCs. In some particular situations Task Forces have been created to control more than one province, however always under control by the RUCs.

in the case of large-scale operations, and the rebels regularly manage to slip away to safer areas — other villages if the area is already "consolidated", and otherwise their sanctuaries on the mountains, which government troops very seldom dare or bother to enter.

The tactic chiefly used by the Scout Rangers is much more efficient: small patrols covertly infiltrate, for periods up to several days, areas where guerrilla presence has been identified, to counter-ambush guerrilla forces, capture their couriers (6) or at least gather information. The highest percentage of engagements started by government forces occur during this type of operation. However, because of the lack of true support by the local population (no matter whether this is due to adherence to the NPA's political aims or simply to fear of reprisals), even in this case the concrete results are not particularly impressive. Also, these tactics involve a high risk: a seven-man patrol will have a very bad time indeed if it runs directly into a 45-50 strong guerrilla platoon.

This correspondent participated in several operations launched by government forces in the immediate aftermath of raids or ambushes by NPA guerrillas: in all cases, the rebels managed to disengage themselves and slip away. Actually, in all cases the government units were numerically too weak to effectively seal off a sufficiently large area so as to provide a fair chance of trapping the guerrillas.

As already commented, the military usually move around on foot or on trucks; there are too few helicopters to allow for large-scale airborne operations. A local commander can call himself lucky when he manages to obtain a couple of HUEYs for an operation at province level. Obviously, insertion of troops is thus too slow, and the rebels have plently of time available to break contact and disappear. Even so, helicopter-borne troops are those the guerrillas fear most, because their movements are unforeseeable.

Currently, the AFPs have a total of 86 helicopters available for counter-insurgency operations: 54 UH-1Hs, 17 S-76s and 15 B-205s. Creation of a rapid intervention capability to intercept NPA platoons after their attacks would require any RUC (Regional Unified Command) to possess the ability to airlift a company; hence, each RUC would need 16 helicopters. As 42 helicopters are permanently assigned to other duties, a grand total of 256 helicopters would be needed — 170 more than the current force.

In Negros — one of the areas where the guerrillas are stronger and more active — there are only two helicopters available for counter-insurgency, with which government forces should in theory cover three provinces.

The Armed Forces of the Philippines

The infantry battalions

The AFPs face the rebels with independent infantry battalions, distributed amongst the RUCs. The General Staff believes that "infantry batallions are the best type of unit to act efficiently not only against the military aspect of the rebellion, but also against its political infrastucture". On paper, each battalion should have a strength of about 900 men, but in practice they have on average 600 soldiers in five companies. Each company (Alpha, Bravo, Charlie, Delta and Echo) is responsible for a given area, and within this area it is supposed to also take care of the "hearts and minds" action to counter CPP/NPAs influence. In practice, however, the companies are often hardly more than a weak and demoralised presidium force, the military and their families living in total isolation.

This correspondent witnessed a text-book example of this situation at Payao (Negros island): far from "recovering" support by the local peasants, the military (Delta company, 11th InfBt) were bogged down in a totally passive attitude, while the NPA moved at will across the area. On February 2, a group on its way from the local market to the "hacienda" where the company was headquartered was ambushed in full daylight less than 2 km away from the company's base: the guerrillas killed eleven soldiers and two of their wives, and ran away with the arms and the uniforms of the dead. Neither the remaining troops of the company, nor the reinforcements (which arrived on the spot about half a hour later), were able to establish contact with the guerrillas (these latter were about 30 according to local peasants, but more than 100 according to the batallion's commander Col. Illuminado Aragon). Large-scale search operations launched in the following days also failed to produce results.

As a consequence, on February 25 the detachment was withdrawn from Payao, leaving the area completely under control by the NPA underground government (7).

There is currently a total of 72 infantry batallions engaged in counter-insurgency operations: 60 of these are deployed in NPA-infiltrated areas, while the remaining 12 are engaged against the Moro National Liberation Front. These forces barely allow for a continued presence in the most critical areas. As the basic tenet of NPA's strategy is to prevent its forces from being pinned down by large-scale government operations by shifting them from one front to another, according to the General Staff's estimates a minimum of 123 batallions would be needed to carry out simultaneous, long-duration operations over large areas and to keep the rebels constantly under pressure. Eight new battalions — out of the total of 51 "missing" battalions — should be formed during 1986.

However, the most serious problems are linked not to numerical force levels, but rather to training shortcomings. The General Staff had planned the establishment of seven, brigade-level strategic bases in the most sensitive areas, but because of lack of funds only one of these has been partially built.

There are currently no reserve batallions to ensure rotation of the units, and hence training refreshment courses must be performed on the spot; the concept of the strategic bases encompassed the establishment of adequate training structures, to be used without having to recall the troops from their operational areas.

Another serious shortcoming is quite evident in tactical communication equipment. The AFPs have a total of 14,545 radio sets, whereas 28,860 sets would be needed to fully equip the battalions (which are on average 27 percent below the paper level) as well as other units (which are 60 percent under level). Acquisition of 520 HF/AM Single Side Band sets, manufactured by Vetronix Inc., is planned, while 765 VHF/FM sets should be distributed during 1986.

The Philippine Constabulary

The best and most effective counter-insurgency troops are, without doubt, the Scout Rangers and the Marines. These latter are organised in nine battalions, five of which are currently engaged in counter-insurgency duties. The Marines are also highly popular in the country, and hence they perform better not only in military operations as such but also in the struggle for conquest of the support of local population — by far the most important aspect of every situation of guerrilla warfare.

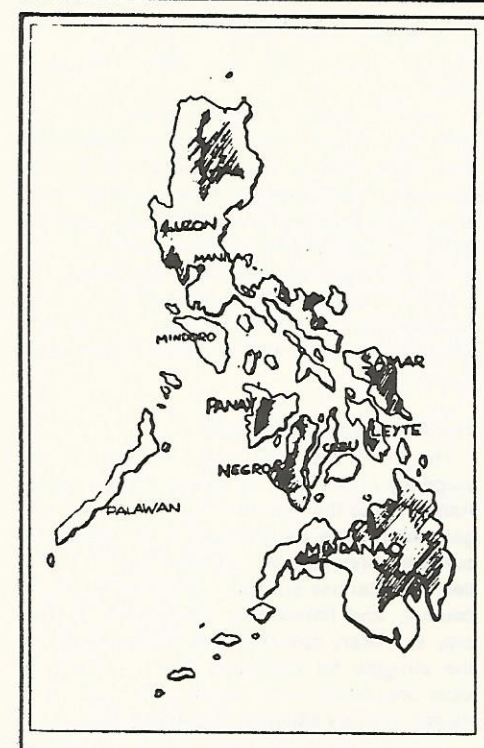
Permanently in the front line all across the country is the Philippine Constabulary (PC), a 43,500-strong counter-insurgency force organised into 13 battalions and 130 provincial companies. The PC acts in close co-ordination with the para-military Integrated National Police (INP). Before the fall of the Marcos regime, both the PC and the INP were under the direct command of Gen. Ramos.

The men of the PC are those most often seen during anti-guerrilla operations in the countryside. They had been for years the backbone of counter-insurgency, and out of their ranks came the bulk of the "reformist" officers of the RAM (Reform AFP Movement) who engineered the bloodless coup against Marcos. PC officers are usually fully aware that, as Capt. Joel Goltiao (Commander, 331st PC company) told this correspondent, "It is through psychological, rather than military, activity that guerrilla warfare can be beaten".

The attempt to gather together all the different sectors of the society to face the CPP/NPA threat led to the establishment of the Peace and Order Councils and the Church-Military Liaison Committees, both tasked with improving relations between military and civil authorities and the populations. Before the fall of the Marcos regime these local organisations only had a very vague true

---

6) The NPA has a relatively sophisticated courier system, and contacts between the different units, as well as between the guerrillas and their families, are regular and frequent. The couriers carries small messages, written with microscopic characters on light paper; if they perceive a danger, they can easily conceal, discard or swallow the messages. Even the communications between the different regions, as well as between the central commands and the peripheral units, are more efficient than it would be assumed given the country's geography: in these cases, the communication channels are provided by the "legal fronts". Notwithstanding this, the local commands enjoy a large degree of autonomy in applying guidelines issued by the central structures.



The areas where NPA guerrillas are more active.

representativity, but with the new government in Manila their importance has increased considerably and they have won support and participation from highly-respected individuals who previously would never co-operate with semi-official structures.

The Civilian Home Defence Forces (CHDF), a 65,000-strong militia-type force, was yet another attempt to militarily face the NPA in the countryside. The attitude and the discipline of CHDF's nuclei, which are completely equipped and paid by local wealthy individuals, vary quite considerably from area to area.

Totally independent anti-communist militia forces have also proliferated in the past few years in many provinces. In some cases these are fully-equipped units, while in other cases the "militia" is simply a group of peasants given some old rifles and told to defend the "hacienda" where they work.

A singular phenomenon, still existing at least until a very recent past, were the so-called "lost commands", made up by military who were both in rebellion against the central authorities and at the same time determined to fight the communists on their own and with their own means. The best-known example was Col. Charlie Lademora, who cut out a kingdom of his own in the central forest area of Mindanao — an island which "enjoys" a long tradition as regards warlords.

An unforeseen situation

The rise to the power of Mrs Corazon Aquino, and even more the way she unseated Marcos and took power, have completely upset CPP/NPA's long-term planning. They were forecasting a slow but continuous worsening of the general social situation in the Philippines, with a "hardening" of the political climate and a progressive, irreversible decay of the legal opposition to the regime; in particular, they were counting on Cory Aquino's "civil disobedience" strategy to fail, so showing that it was not possible to curb the Marcos regime with legal and democratic means. At that point, the CPP would have emerged as the only real opposition, and increasingly large sectors of the society would have joined the armed struggle or at least supported the communist "unitary fronts".

But on the contrary, the regime was reversed with an absolute minimum of victims within four days. Even worse, this arrived only thanks to the contribution of two staunch anti-communists, Gen. Ramos and the Defence Minister Mr Juan Ponce Enrile. And in the following weeks, the release of 500 political prisoners (including the CCP's leader Sison) and the government's offer to start talks and to

For counter-insurgency purposes, the Philippines' territory has been subdivided into 12 Regional Unified Commands (RUCs). The map also shows the planned strategic bases at brigade level.

grant ammnesty to all guerrillas who lay down their weapons have faced the NPA with an acute dilemma: never in history has a communist guerrilla movement found itself at such a difficult crossroads.

If Mrs Aquino manages to maintain the extremely strong popular support she currently enjoys, and which is quite evident even in the area where NPA's influence and control are stronger, the CPP/NPA will have to take into account a substantial loss in their grip. Many who were prepared to support the armed struggle against the Marcos regime will no longer be prepared to do the same against Mrs Aquino — unless they are physically forced to do so. But a situation in which a guerrilla force is compelled to behave like an occupation army, and to extract support or at least acquiescence at gunpoint, is far removed from the Maoist tenet of the guerrilla "moving within the population like a fish in water", and would lead nowhere. In the following months, the attitude in the countryside will be "wait and see": and only if Mrs Aquino fails to fulfill the expectations for concrete reforms and improvements, or is perceived as having failed, could the NPA start anew its "Long March".

Additionally, on the military plan the NPA top cadres must consider that the AFPs are now much more popular; additionally, they are going to be much better equipped and trained than in the past, thanks to the likelihood of a programme of US military aid.

In a first phase, the NPA's reactions to the pacification offer were totally negative. "Ka Larry", CPP responsible for the Western Visayas, told this correspondent: "Even admitting that an armistice or a truce could be negotiated, we will never lay down our arms, and we will never leave the mountains to surrender. All the results obtained so far have been gained through the armed struggle. For the time being, we keep a close watch on the government policy, while underlying our demands: dismantlement of the US bases at Clark and Subic Bay, and a true agrarian reform". Accordingly, the NPA — far from considering pacification — actually stepped up its activities, exploiting both the temporary lull in central power and the perceived disagreement between Mrs Aquino on the one side, and Gen. Marcos and Defence Minister Ponce Enrile on the other, about how to handle the insurgency problem. More than 1,000 people — military, police, true or alleged informants, and above all individuals likely to play a key role in the reconciliation effort between the central government and the peasants — were murdered in the first four months of Mrs Aquino's tenure.

Subsequently, however, this attitude softened up quite a lot — or, at least, it was decided that it was better to take, or simulate, a soft approach. Although there is still no indication whatsoever of an NPA's willingness to consider a nation-wide surrender, top CPP/NPA structures have been reshuffled (allegedly with the jubilation of hard-liners) and direct talks are now to start. Whether the CPP/NPA are actually in good faith (as Mrs Aquino seems to believe, while her military commanders are much more cautious), or whether they are simply trying to gain time to re-adapt to the new situation, is a moot point; and by the same token, it is very difficult to foresee where the talks would eventually lead to.

The key role played by Defence Minister Enrile in curbing the ill-conceived attempted pro-

7) The Payao area is one of those where the NPA's grip is stronger. The villages' streets are plastered with revolutionary slogans, and the parish priest, Jerson Belakor, claims that "in rural areas, people's power must be conquered through armed struggle".

Marcos coup by Mr Tolentino (and, even more, the fact that Mr Tolentino apparently believed or was led to believe that Mr Enrile would have supported the coup) seem to confirm that the military are not happy with Mrs Aquino's approach to the pacification effort, and that they would most probably resist concessions and agreements they regard as excessive. To an extent, a widening of this underground rift between Mrs Aquino and her military commanders would play into the hands of CPP/NPA — by showing that Mrs Aquino is not really in a position to start a true "New Deal" and to get rid of some attitudes inherited from the Marcos regime. Up to now, however, the military have remained totally loyal to Mrs Aquino, strictly adhering to her orders to suspend offensive counter-insurgency operations even though the guerrillas have not accepted a true truce.

The overall situation in the Philippines, and the dilemma facing the CPP/NPA, are extremely interesting from a general point of view, because of the lessons which could be learned. Until now, Western countries and/or Western-style governments have faced communist insurgency with a wide range of variously combined military and political means, sometimes succeeding (most notably in Malaysia) and sometimes failing (most notably in Vietnam). However, this is the first instance in which a serious effort is made to somehow hollow a communist insurgency from within, simply by acceeding to the logical and acceptable part of their demands.

It is evident that no communist insurgency ever managed to establish itself as such, i.e. as an armed struggle waged by communists against a government whose only fault it not to be communist and with the only purpose of the establishment of a communist government. A communist-inspired guerrilla situation can develop only by riding the wave of widepread popular discontent because of a colonial situation, the presence of an oppressive government, a catastrophic economy, and so on. Be it by wise calculation or by chance, Mrs Aquino is acting in a direction which will deprive the guerrilla of discontentement-fuelled participation, reducing it to the hard core of entrenched communists (for these latter there is of course no difference whatsoever between Mrs Aquino and Mr Marcos: both are non-communist, and hence enemies).

Can a communist insurgency maintain itself when waged only by communists? Or in other terms, is the goal of a communist state attractive enough in its support for a guerrilla insurgency? If not, there is a very important lesson to be learned there.

Brief history of the NPA

The current guerrilla situation is the second communist-inspired rebellion to shake the Philippines after WW2. The first case were the "Huks" (Hukbo ng Bayan sa Hapon, or Hukbalahap): the Huks, controlled by the strictly pro-Soviet Philippines Communist Party (PKP), had fought against the Japanese occupation during WW2, and after the war tried to trigger a marxist revolution. The entire PKP Central Committee was however captured in 1950, and by 1954 the Huks had been annihilated.

In 1964 a new communist movement started to take shape around the charismatic figure of Joseph Maria Sison. Sison was very critical of the pro-Moscow line of the PKP, and in 1967 he was consequently expelled from the party; this led to the founding on 26 December 1968, by Sison and his followers, of the Chinese-oriented CPP (Communist Party of the Philippines), who adopted the strategy of the "prolonged people struggle".

The military arm of the party, the NPA, was established on 29 March 1969: at that time it only had 35 firearms, and at first it looked as just another of the countless, insignificant small groups which were proliferating in the world under the influence of the "cultural revolution".

Following the Maoist example, the party aimed at establishing itself at first in the countryside, where 85 percent of the population lives: the "encirclement of the towns" would have arrived in a later phase. Sison maintained that the main reason for the Huks' defeat was the strategic mistake by the PKP in concentrating all its forces in the main island of Luzon, hoping to eventually capture Manila: this concentration made the counter-insurgency task much simpler. On the contrary, Sison's strategy was to spread guerrilla activities over as many areas as possible, and to create strongpoints all across the nation: "The fact that the Philippines are an archipelago will be an important advantage for us in the long run, because the enemy will be forced to scatter its forces not only across the countryside but also in the many islands".

In parallel to the armed struggle, the party was also to pursue a second main strategy, namely the establishment of Popular Fronts to incorporate other anti-government forces and movements. On the basis of Lenin's teaching, the CPP's founder foresaw that the revolution would have passed through two distinct phases: "an early national-democratic phase will be followed by the true socialist revolution".

In their effort to gain outside support for their unitary fronts, the communists actually managed to recruit allies or sympathisers in many sectors of the society, and even amongst the urban bourgeoise. Several perfectly legal structures were hence established to pursue propaganda and mass indoctrination along the party's guidelines (altough these were not officially linked to the CPP): most notable examples are the National Democratic Front (NDF), founded in April 1973 and subsequently outlawed, and the Bayan, established in May 1985 as a wide alliance of leftist forces.

But the really important support was provided by the religious establishment. As a CPP top cadre told this correspondent, "The Church has played an extremely important and useful role. The BCCs (Basic Christian Communities), established by priests, have been highly instrumental in making the population realise their situation of exploitation".

The Philippinos are overwelmingly Roman Catholic, and the parish structure is present and highly active even in the smallest villages. At Negros, as many as 56 of the 76 parishes controlled by the Bacolod bishop operate BCCs. The CNL (Christians for the National Liberation) alliance, grouping radical religious, was officially established in February 1972: today it numbers about 1,200 priests and nuns.

The importance of the support by religious organisations makes even more acute the dilemma currently facing the CPP/NPA. The moderate faction within the Church hierarchy has played a key role in the unseating of Marcos and the rise to the power of Mrs Aquino, and it is fully behind her; moreover, the Church is waging a massive and effective propaganda campaign for a general ceasefire and the end of the armed struggle. Although the minority of radical priests still holds onto its position, the CPP appears to have lost any real possibility of further infiltrating the religious structures; and should the armed struggle against Mrs Aquino's government continue, the CPP/NPA will most likely find the Church amongst its enemies — rather than amongst its benevolent sympathisers, as was often the case when the struggle was directed against Marcos.

But back to history. Dispite this support, in 1976 the CPP still had very little credibility, and no more than 3,000 members; losses had been severe (perhaps nearly two thirds of those who had joined the party from 1968 onwards), and from a military standpoint, the NPA had made no significant inroads. A phase of re-organisation followed, with the guerrillas slowly taking roots in the most remote areas of the countryside and eventually managing to set up a first redoutable structure at Mindanao, where Romulo Kintanar (one of the NPA's best field commanders, and presently head of the Central General Staff and of the National Operation Command) for the first time succeeded in establishing a continued communist presence by ruthless and merciless elimination of opponents and suspected informants.

Some of the party's top cadres were cap-

tured (including Sison himself on 10 November 1977), but this did not stop the CPP's growth. In 1980, it had around 8,000 members, plus several thousand guerrillas in the NPA. The new leader, Rodolfo Salas, decided to fully exploit the economic crisis which was severely affecting the poorer classes, opening up for the NPA unprecedented recruiting possibilities. More than three million jobless people had left the towns for the countryside, further inflating the rural workforce; at the same time, revenues from exports of sugar cane and coconuts (the country's main resources) had dropped from US$1.4 billion in 1980 to less than US$1 billion in 1984. GNP fell by 5 percent in 1984, and again by 5 percent in 1985. It was only too easy for the CPP/NPA to play on the extreme misery of large sectors of the population, and on the growing disaffection towards the Marcos regime.

The highly unstable situation following the assassination of the opposition leader Begigno Aquino (21 August 1983) also played, although indirectly, in favour of the CPP/NPA. The party as such is of course still outlawed, but the nearly complete tolerance the Marcos regime was forced to adopt towards street demonstrations and other opposition activities opened up for the CPP quite a considerable political space for interventions and propaganda work through a wide network of unions, religious and social assistance organisations.

Under the leadership of Salas, the CPP has also slowly modified its original Maoist dogmatic attitude towards a more pragmatic approach. The propaganda now mainly emphasises economic, rather than political, themes, and its anti-US stance has taken a marked nationalistic tone. Some commentators maintain that the CPP is looking for rapprochement with the Soviet Union; there are however very few concrete indications of that, and it appears that the great majority of the party's cadres still regard the USSR as a "social-imperialistic" country. An official CPP document, formulated in 1979 to criticise harshly the Vietnamese invasion of Kampuchea and to voice support for the Khmer Rouges, has never been modified by different statements.

Contacts with the Soviets and their satellites are however reportedly carried out by the European representation office of the NDF (based in the Netherlands) and, according to some sources, by the PLM (People's Liberation Movement): this latter, headed by Prof. Nemesio Prudente, is an NDF organisation specialising in individual killings in urban areas.

Direct or even indirect Soviet support for the guerrillas in the Philippines appears also unlikely for political reasons. The Soviets have focussed attention on Indochina, exploiting the Cam Ranh base in Vietnam and backing Hanoi expansionism in Kampuchea and Laos; moreover, any Soviet move likely to be perceived by the US as an attempt to bring the Philippines out of their area of influence could have very serious consequences. Also, the Soviet move in being the first and only foreign government to officially recognise Mr Marcos as the elected President of the Philippines (only a few days before his fall) has not made the USSR more popular in the country. Notwithstanding this, "Should the Soviets offer us weapons", a guerrilla leader told this correspondent, "I do believe we should accept them, because we need them".

But as for today, the CPP/NPA guerrilla struggle — born and developed totally within the country — has remained free from outside control or conditioning. Geography also played a role: unlike most guerrilla movements, the NPA has no "sanctuaries" in neighbouring countries willing to provide help or at least a benevolent neutrality. The total adherence to the Maoist tenet — "count only on your own forces" — has been a necessity as well as an ideological choice.

FPMR-Kommando „4. September zum Attentat auf Pinochet

Botschaft an das chilenische Volk

Santiago/Westberlin (DW). Wie „Die Wahrheit“ mehrfach berichtet hat, ist das Attentat auf den chilenischen Diktator und Massenmörder General Auguste Pinochet von der antifaschistischen Widerstandsorganisation Patriotische Front „Manuel Rodriguez“ (FPMR) ausgeführt worden. Nachstehend der Wortlaut einer Botschaft des Kommandos „4. September“ der FPMR:

An das chilenische Volk:

Das Kommando „4. September“ der Patriotischen Front „Manuel Rodriguez“, zusammengesetzt aus aktiven und ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte Chiles, wendet sich an das Land, um zu informieren:

1. Am Sonntag, dem 7., um 18.40 Uhr legten drei Einheiten unserer Organisation, insgesamt 25 Männer, dem Gefolge des Diktators Pinochet einen Hinterhalt. Unsere Einheiten, die gleichzeitig und plötzlich agierten, überraschten völlig die Sicherheitskräfte des Tyrannen, die in Panik gerieten und hastig flüchteten. Nachdem zehn Minuten vergangenen waren und der Tyrann Pinochet entsetzt in Richtung El Melocotón geflohen war, begannen unsere Einheiten ihren Rückzug Richtung Vizcachas in Autos, die vorgaben, zur Begleitung des Tyrannen zu gehören. Auf ihrem Rückzug fuhren sie mehrfach an Fahrzeugen des Militärs, der Polizei und der Sicherheitskräfte vorbei. Unseren Männern gelang es, alle Polizei- und Armeesperren zu passieren, wobei ihnen noch salutiert wurde. Alle Beteiligten an der Operation kehrten gesund und unverletzt zurück.

2. Unsere Aktion war darauf gerichtet, den Tyrannen zu beseitigen. Diese Aktin ist völlig gerechtfertigt vor den Augen der Chilenen, ob Zivilisten oder Soldaten, die wie wir in Pinochet das Haupthindernis für eine Rückkehr zur Demokratie sehen. Chile und die Welt wissen, daß Pinochet die Macht an sich riß, indem er den Präsidentenpalast bombardierte und den verfassungsmäßigen Präsidenten und mehrere Mitarbeiter ermordete. Während der 13 Jahre Tyrannei wurden Tausende Chilenen ermordet, verschleppt und hingerichtet, durch Sprengladungen umgebracht und verbrannt. Die verbrecherische Hand des Tyrannen ging sogar soweit, Morde sogar außerhalb unserer Grenzen zu begehen, wie im Falle des Generals Prats oder Orlando Leteliers. Wir glauben, daß im Chile von heute die größte moralische Rechtfertigung für die Tötung des Tyrannen besteht.

3. Solange die Tyrannei Pinochets noch nicht zu Ende ist, werden seine Schergen weiterhin Verbrechen begehen, die die Welt mit Entsetzen erfüllen. In den Morgenstunden des vergangenen Montags wurden bereits drei Chilenen umgebracht, die die lange Liste der Verbrechen der Diktatur weiter anwachsen lassen. Es handelt sich um den Journalisten José Carrasco, den Lehrer Fernando Vidaurrazaga und den Elektriker Felipe Rivera. Den Familien aller dieser neuen Märtyrer gilt unsere Solidarität.

4. Möge unsere Aktion den Kriminellen des Regimes als Beweis dafür dienen, daß der gerechte Arm des Volkes sie überall erreicht, egal wo sie sich aufhalten. Wir rufen die Angehörigen der Streitkräfte auf, sich von dem Tyrannen zu trennen und sich nicht an seinen Verbrechen zu beteiligen, wenn sie nicht durch das Volk bestraft werden wollen.

5. Wir rufen das Volk auf, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern auf den Belagerungszustand und auf die Unterdrückung mit größerem Einsatz und Kampf zu reagieren. Wir sind bereit, im gemeinsamen Kampf mit dem Volk für die ersehnte Freiheit unser Leben zu geben.

Es lebe Chile.

Kommando „4. September“ der Patriotischen Front „Manuel Rodriguez“.
Santiago, 10. September 1986.

Polizei in den EG-Staaten fahndet nach 200 Terroristen

SDZ 29.9

Die Polizeikräfte der EG-Mitgliedsstaaten müssen sich nach einem Bericht der *Times* mit mehr als vierzig in ihren Ländern operierenden Terroristengruppen auseinandersetzen, deren harter Kern insgesamt rund 200 Leute zählt. Die Zeitung bezog sich auf ein Treffen der Innenminister der zwölf EG-Staaten, das in London stattgefunden hatte. Auf dem Treffen, das die *Times* als Vorbereitung zur „größten nachrichtendienstlichen Kooperation in Europa" bezeichnete, war beschlossen worden, ein gemeinsames Informationszentrum für die Sammlung von Daten über die Terroristengruppen einzurichten.

Die USA, die Sowjetunion und Israel zählen zu den Staaten, die gegenwärtig bei internationalen Beratungen härtere Maßnahmen gegen den internationalen Luftfahrtterror vorschlagen. Die USA unterstützen eine kanadische Initiative, wonach Anschläge auf Flughäfen zum „internationalen Verbrechen" erklärt weden sollen. Israel will eine Mindeststrafe von 20 Jahren für Terrorakte gegen die Luftfahrt; die Sowjetunion plädiert für die automatische Auslieferung der Täter. Die Vorschläge wurden der Vollversammlung der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) in Montreal unterbreitet, die noch bis zum 10. Oktober dauert.

Neues Polizeisekretariat gegen internationale Kriminalität

SDZ 20.8.86 Bonn (Reuter)

Die europäischen Mitglieder der internationalen Kriminalpolizei (Interpol/IKPO) wollen ein Europäisches Regionalsekretariat einrichten, um die zunehmende internationale Kriminalität in Europa wirksamer bekämpfen zu können. Das Bundeskriminalamt (BKA) teilte in Wiesbaden mit, das Sekretariat solle im Herbst mit zunächst drei Mitarbeitern seine Tätigkeit aufnehmen. Es werde von einem BKA-Beamten geleitet und diene vor allem einer intensiveren Zusammenarbeit der europäischen Polizeibehörden. Die neue Einrichtung kann nach Worten von BKA-Präsident Heinrich Boge als Vorstufe zu einem Europäischen Regionalbüro angesehen werden, das die Bundesrepublik bereits 1982 vorgeschlagen habe.

EG will Liste der gefährlichsten Terroristen erstellen

SDZ 27.9 London (Reuter)

Die Innenminister der EG-Staaten haben eine Offensive im Kampf gegen den Terrorismus beschlossen. Der britische Innenminister Douglas Hurd sagte nach der Sondersitzung in London, die zwölf Staaten würden eine Liste der gefährlichsten mutmaßlichen Terroristen erstellen. Zudem werde ein neues Kommunikationssystem eingerichtet, das den Informationsfluß zwischen den Polizeibehörden beschleunige. Die Sondersitzung war von Frankreich beantragt worden.

Unterdessen teilte der britische Außenminister Howe am Rande der UNO-Vollversammlung in New York mit, daß London mit Moskau in Verhandlungen über das Problem des Terrorismus eintreten werde. Die UdSSR habe die Notwendigkeit nach einer Übereinkunft über effektive Schritte zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Ausdruck gebracht, sagte Howe.

TAZ 27.9

„Eine große Anzahl von Verdächtigen"

Die Innenminister der Europäischen Gemeinschaft beschließen neue Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung

Aus London Rolf Paasch

Für eine „Intensivierung der Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus" haben sich am Mittwoch in London die Innenminister der 12 EG-Länder ausgesprochen. Die recht allgemein gehaltene Absichtserklärung der Ministerrunde umfaßt

— das Zusammenwerfen sämtlicher sicherheitsdienstlicher Information über terroristische Aktivitäten in den verschiedenen Ländern;

— eine regelmäßige Einschätzung der terroristischen Bedrohung im Rahmen der Kooperationsrunde TREVI

— und den Aufbau eines neuen schnellen und sicheren Kommunikationssystems zwischen den Polizeikräften Europas.

Außerdem beschlossen die Hüter der Inneren Ordnung eine Untersuchung gegenwärtiger Visa-Bestimmungen und Auslieferungsregelungen. Terroristen seien durch die Wahl ihrer Mittel keine „Kämpfer für eine Sache", sondern „Kriminelle" und müßten als solche behandelt werden, faßte der die Sonderkonferenz leitende britische Innenminister Douglas Hurd die kämpferische Stimmung seiner Kollegen zusammen. Obwohl über das neue Kommunikationssystem keine Einzelheiten zu erfahren waren, deutete Douglas Hurd an, was den Ministern hier vorschwebt. Der schnelle Rückgriff auf eine gemeinsame Datenbank soll den Sicherheitsdiensten vor allem ein präventives Vorgehen gegen Terrorismus-Verdächtige erleichtern. „Aus dieser Gruppe müssen wir eine geringere Anzahl herausfiltern, die wir dann als gefährlich einstufen." „Das sind die Leute — und entschuldigen Sie meine im legalen Sinne etwas schludrige Formulierung —, auf die wir ein Auge werfen müssen." Bleibt nur zu hoffen, daß die Anti-Terrorismus-Aktionen der Polizei weniger schludrig durchgeführt werden, sonst steht den arabischen Immigranten in Europas Innenstädten noch einiges bevor.

Times 25.9.86

Baggage scan device is developed for airports

Airport officials will next week be shown a new system for screening passengers' luggage which could revolutionize security procedures in Britain (Harvey Elliott writes).

The device, invented by a team of British scientists after the crash of an Air India jumbo jet in the Irish Sea, automatically screens luggage as passengers get boarding cards at check-in desks.

A security guard, who could be sitting in a separate room, will monitor the contents of luggage on a console, but the bags, which will be weighed at the same time, will not be loaded on to aircraft until the guard is satisfied it is safe.

Although hand baggage is subject to X-ray and often hand search, luggage which is checked in to go into the hold of an aircraft is not usually screened in the same way.

Airlines flying to sensitive destinations, such as the Middle East or Northern Ireland, ask passengers to identify their bags before loading. But many security experts say this can often lead to worrying security gaps

Tough tactics to halt attacks at airports

Times From John Best, Ottawa 25.9.86

Israel and Canada have put forward blueprints for combatting terrorism at airports around the world in response to the recent wave of hijackings, bombings and other terrorist outrages.

Israel's package of measures, unveiled at the opening session of the International Civil Aviation Organization's (ICAO) 26th general assembly in Montreal, is especially tough and wide-ranging.

Among other things, it calls for a 20-year minimum prison term for any terrorist act even where there is no loss of life. Where a life is taken, a mandatory life sentence is to be imposed.

"Sometimes offenders are not punished at all," a spokesman for the Israeli delegation, Mr Jitzchak Alster, told reporters.

The Israeli 15-point programme would give states "universal jurisdiction" to prosecute any terrorist they catch, even if the crime in question was committed outside their territories.

It also includes a provision making it mandatory for states to extradite suspected terrorists, whether or not an extradition treaty exists.

Other proposals in the Israeli package include one calling for X-raying the luggage of suspicious passengers and another calling for close scrutiny of passports, as well as hand searches of all luggage "including a search for double bottoms in suitcases".

The Israelis want existing international conventions amended to add terrorist attacks on airports, airline offices, passenger terminals and other aviation facilities to the list of international crimes.

The Canadian proposal would make it an international crime to commit an act of violence at an international airport that interferes with the safety of air travel.

More particularly the proposal would make it a crime to place bombs or other explosives in airports; damage or destroy security facilities; or penetrate airports' security areas with the intention of endangering civil aviation.

"As recent incidents have grimly demonstrated, airports have become the newest focus of terrorist activity," the Canadian Minister of Transport, Mr John Crosbie, told delegates.

International conventions already in existence cover security threats against aircraft in flight, but they do not cover adequately terrorist activities at airports.

The Canadian plan is supported by Austria, The Netherlands, Australia, Belgium and other countries. Israel's still needs co-sponsors.

Whichever resolution is adopted by the assembly will go to the 33-member council of the ICAO for approval.

„USA ohne Konzept gegen Terrorismus"

Pentagon-Studie: Politiker verstehen nichts von unkonventioneller Kriegsführung

SDZ 30-9

Ein Team aus Angehörigen der Land- und Luftstreitkräfte der USA wirft amerikanischen Politikern und Dienststellen in einer Studie vor, sie verstünden die von Terroristen und Guerilleros angewandten vielfältigen Strategien nicht, seien sich über ihre eigenen Absichten im unklaren und nicht darauf vorbereitet, Bedrohungen unkonventioneller Art einig und entschlossen zu begegnen. Widersprüchliche Meinungen und Interessen, so heißt es in der im Auftrag des Verteidigungsministeriums erarbeiteten Studie, hätten eine Situation zur Folge, in der im günstigsten Fall nur Verwirrung und Tatenlosigkeit herrschten, schlimmstenfalls aber Fehler gemacht würden. Ein Exemplar der Studie, die nicht veröffentlicht werden soll, ist der AP zugänglich gemacht worden.

Darin heißt es, viele Regierungsstellen versagten, wenn es darum gehe, ungewöhnliche Arten der Kriegsführung zu begreifen. Die Autoren sprechen von „Konflikten geringer Intensität", worunter man Angriffe von Terroristen und von Guerilleros geführte Kleinkriege versteht. Sie schreiben, die mächtige Militärmaschinerie der USA sei dazu ausgelegt, einen Atomkrieg oder einen konventionellen Krieg großen Ausmaßes zu führen, aber nicht so beschaffen, daß sie mit der gegenwärtigen Lage zurechtkomme, in der es „weder Krieg noch Frieden" gebe.

Diese Lage, so heißt es, begriffen die USA als Nation nicht. Es gebe weder eine Strategie noch einen umfassenden Plan, wie der Herausforderung durch politische Gewalttäter zu begegnen sei. Die USA antworteten auf diese Herausforderung in Uneinigkeit und führten Unternehmungen auf armselige Weise durch. Zudem seien sie nicht in der Lage, solche Aktionen voll durchzustehen.

Seit dem Amtsantritt Präsident Reagans sind die für Spezialeinheiten vorgesehenen Mittel auf 1,6 Milliarden Dollar vervierfacht worden, doch führen Kritiker an, diese Einheiten seien über alle möglichen Dienstzweige verstreut und würden zudem von konventionell geschulten Offizieren mit Argwohn betrachtet. Die Autoren fordern in ihrer Studie die Entwicklung einer umfassenden politisch-militärischen Strategie für den Kampf gegen Terroristen und Guerilleros, die den Einsatz aller vorhandenen Abwehrmittel vorsehe.

Für Europäisierung der Terrorbekämpfung

FAZ 25.9.86

ban. BONN, 25. September. Auf Bitten der französischen Regierung sind am Donnerstag die Innen- und Justizminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zusammengetroffen, um über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zu beraten. Die Sondersitzung unter Vorsitz des britischen Innenministers Hurd reiht sich ein in eine Serie zweiseitiger Gespräche innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Er kündigte im Rahmen der britischen Ratspräsidentschaft bis zum Jahresende mehrere multilaterale und zweiseitige Treffen der EG-Innenminister an. Am Vorabend der Londoner Sondersitzung hatte sich Hurd in Bonn aufgehalten, wo er mit Innenminister Zimmermann sowie Kanzleramtsminister Schäuble konferierte.

Zimmermann erläuterte dem britischen Innenminister die deutschen Initiativen zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Dazu gehört nach Angaben des Innenministeriums vor allem ein intensivierter Informationsaustausch in Fragen des Terrorismus und des Rauschgifthandels. Außerdem solle über die Kontrolle von Diplomatengepäck in Verdachtsfällen nachgedacht werden. Die Minister vereinbarten, daß Beamte der Sicherheitsbehörden für sechs Wochen ausgetauscht werden sollten. Überdies solle bei einem Treffen der EG-Innenminister am 20. Oktober über die Grenzkontrollen und die Vereinheitlichung der Einreisebestimmungen gesprochen werden. Zimmermanns Parlamentarischer Staatssekretär Spranger gab nach einem Besuch in Washington den Eindruck wider, die Vereinigten Staaten hielten die „defensive Strategie" der Europäer gegenüber dem Terrorismus für unzureichend. Washington hoffe in Abstimmung mit den Europäern auf eine „offensivere Strategie". In Washington sei Klage geführt worden, daß eine engere Kooperation an dem Verhalten Frankreichs gescheitert sei. Die Bundesregierung erwartet, daß sich nach den jüngsten Anschlägen in Paris die Haltung der französischen Regierung ändere.

In einem Vortrag vor der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte Hurd für eine engere europäische Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung plädiert, zugleich aber die Grenzen dieser Zusammenarbeit erkennen lassen. Hurd sprach von der Internationalisierung der klassischen Innenpolitik. Die durch die Grenzkontrollen verursachten Behinderungen sollten so gering wie möglich gehalten werden. Der Abbau der Grenzformalitä-

ten sei wichtig für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes. Dieses Ziel dürfe aber nicht isoliert gesehen werden. Der Abbau der Grenzkontrollen müsse mit der inneren Sicherheit vereinbar sein und dürfe nicht zu politischer Instabilität führen, sagte Hurd im Blick auf den Terrorismus und das organisierte Verbrechen. Hurd sprach von einem erfreulichen Grad der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung. Er deutete an, daß Großbritannien demnächst dem europäischen Auslieferungsübereinkommen beitreten werde. Doch sagte er auch: „Unser Denken über gegenseitige Unterstützung in Fragen der Kriminalität ist nicht sehr hoch entwickelt." Die Kooperationsanstrengungen müßten verdoppelt werden. Hurd wandte sich gegen Vorschläge, eine internationale Sondergruppe nach dem Muster der GSG 9 einzurichten. Besser sei es, daß die entsprechenden nationalen Einheiten kooperierten. Auch eine Frage des Staatssekretärs im Innenministerium, Neusel, nach einer zentralen europäischen Behörde zur Bekämpfung des Terrorismus beantwortete er eher skeptisch. Er wolle eine solche Stelle für die Zukunft nicht völlig ausschließen. Nötig seien schnellere Zusammenarbeit und bessere Hilfeleistungen.

Bei der Flüchtlings- und Asylpolitik verwies Hurd auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Länder. Nach Großbritannien, welches unlängst den Visumzwang für die Staaten des indischen Subkontinents eingeführt habe, wanderten vor allem Bürger aus dem Commomwealth ein, in die Bundesrepublik vor allem Menschen aus dem Mittelmeerraum.

„Delta Force" im Ländle

Nach der blutigen Geiselnahme eines PanAm-Jumbos in Karatschi wollen die Amerikaner ihre Anti-Terror-Einheit „Delta Force" neu organisieren. Die in Fort Bragg im US-Bundesstaat North Carolina stationierte, mehrere hundert Mann starke Sondertruppe war in Alarmbereitschaft versetzt worden und, ausgerüstet mit Blendgranaten, Reizgasen, Funkgeräten und Äxten, in Richtung Pakistan aufgebrochen. Doch die Retter kamen – wieder einmal – zu spät. Kompetenzstreitigkeiten und Schlamperei beim Beladen der vier Transportmaschinen hatten den Aufbruch der Eingreiftruppe verzögert. Um die Einsätze künftig besser vorzubereiten, will das US-Verteidigungsministerium nun in Europa Ableger der „Delta Force" bilden. Bei der Auswahl der Standorte – in der Bundesrepublik sind Frankfurt und Bad Tölz im Gespräch – sollen die Verbündeten, so die offizielle Version der US-Regierung, konsultiert werden. In Wirklichkeit aber haben die Amerikaner längst Tatsachen geschaffen. So besteht beim US-Hauptquartier Eucom in Stuttgart-Vaihingen bereits seit der Entführung des italienischen Passagierschiffes „Achille Lauro" ein Aufklärungsteam der Anti-Terror-Einheit.

Der Spiegel 29.9.86

Spaniens Volks-Fahndung nach der ETA erfolglos

TAZ 1.10.86

Eine neue Großoffensive gegeen das „Kommando Espana" der baskischen Eta militar hat der spanische Innenminister am vergangenen Wochenende gestartet. Insgesamt 30.000 Mann sollen endlich die sieben Männer und drei Frauen aufspüren, denen die zahlreichen Anschläge gegen Guardia Civil und Armee in Madrid zugeschrieben werden. Angeblich plant die Gruppe für Anfang Oktober neue Attentate, denen man mit dem Großaufgebot zuvorkommen möchte.

Darüber hinaus hat die Aktion aber nach Aussagen der Verantwortlichen auch den Zweck, „die Bevölkerung besser in den Kampf gegen den Terror einzubeziehen und für dieses Problem zu sensibilisieren". Nach Auffassung von Julian San Cristobal, dem zuständigen Direktor für Staatssicherheit im Innenministerium, kann man des ETA-Kommandos im von vier Millionen Menschen bewohnten Großraum Madrid nur unter Mithilfe der Bevölkerung habhaft werden. Diese habe sich aber bisher dem Phänomen Terror gegenüber weitgehend gleichgültig verhalten. Die nun mit einer riesigen Anzeigenserie in allen Medien der Hauptstadt angelaufene Aufklärungskampagne erklärt die Terrorbekämpfung deshalb zur Aufgabe jedes einzelnen Bürgers und führt auch gleich zwei Telefonnummern an, unter denen man den Sicherheitskräften „alle Beobachtungen melden sollte, die für uns irgendwie nützlich sein könnten". Als konkrete Beispiele genannt werden „merkwürdige Geräusche oder Vorkommnisse in benachbarten Wohnungen oder auf Grundstücken der Umgebung, plötzliches Auftauchen fremder Personen oder tagelang abgestellte fremde Autos etc.

In den ersten 48 Stunden meldeten sich mehr als zweihundert Anrufer, von denen bisher aber offenbar kein einziger wirklich brauchbare Hinweise liefern konnte, obwohl man im Innenministerium vorläufig noch stolz auf „die unerwartet aktive Mitarbeit der Bürger und die überraschend positiven Reaktionen der Öffentlichkeit" verweist. In Wirklichkeit wird das „Antiterrortelefon" vorläufig hauptsächlich von rach- oder eifersüchtigen Hausfrauen mißbraucht, die die Leitungen stundenlang mit unsinnigen Geschichten und falschen Denunziationen [Hoch die Hausfrauen, die den staatlichen Hetzterror sabotieren, d.s.] lahmlegen. Die entsprechenden Zeitungsanzeigen laden geradezu ein zu solch unkontrollierbarer Nutzung, indem den Anrufern „eine absolut diskrete Behandlung ihrer Mitteilungen" zugesichert wird. Da der Persönlichkeitsschutz in Spanien noch weit unterentwickelter ist als anderswo, haben die fälschlich Angezeigten kaum eine Möglichkeit, sich zu wehren.

Die Öffentlichkeit scheint den skurrilen Fahndungsmethoden etwa ebenso gleichgültig gegenüber zu stehen wie dem Terror. Beides — Anschläge wie polizeiliche Übergriffe — scheinen in ihrem Bewußtsein längst zum Alltag zu gehören. Und man gibt sich so gut wie sicher, daß auch diese Operation sich als Schuß in den Ofen erweisen wird, wie so viele andere vor ihr.

Kenner der Szene zweifeln außerdem daran, daß die ETA gerade dann und dort zuschlagen werde, wo die in ihrer Kompetenz vielfach angezweifelten Polizeistrategen es erwarten. Zwar sei die Organisation nach den jüngsten spanisch-französischen Absprachen und den darauf folgenden Auslieferungen prominenter Etarras wohl versucht, ihre ungebrochene Schlagkraft unter Beweis zu stellen. Andererseits aber werde sie gerade angesichts der momentan gesteigerten Fahndungsaktivität und im Hinblick auf die für Ende November angesetzten baskischen Regionalwahlen wohl keine unkontrollierbaren Risiken eingehen. Als gefährdet gelten denn auch gegenwärtig eher französische als spanische Interessen und Einrichtungen: Die Supermarktketten Mammout und Pryca sowie die Vertretungen der Automobilkonzerne Renault, Peugeot und Citroen sind in den von der Polizei abgefangenen letzten Instruktionen der ETA-Führung als vordringliche Bombenziele genannt worden.

Standpunkte über die terroristische Herausforderung.

Während der Sonntagsendung 'Den Punkt setzen',das sich mit dem Problem des Terrorismus befasste,war der Vize-Premier Minister und Justizminister Jean Gol der Ansicht,dass eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene unentbehrlich sei.Der Justizminister sei überzeugt davon dass das 'Uebel Terrorismus' uns nicht verschonen werde.
Er hat zu diesem Punkt in Erinnerrung gebracht,dass Belgien schon einmal,während den Jahren 1984-85,von einem Terrorismus getroffen wurde,der sich vielleicht von dem unterscheidet der momentan Frankreich trifft.Aber es handle sich nach seiner Meinung,um jeden Fall um einen Terrorismus gleicher Art wie den der Roten Armee Fraktion und Action Directe.
Für Herrn Gol,seien es Illusionen zu glauben,man könne indem man mit terroristischen Organisationen handelt,Terroristen freilässt oder irgendwie für seine Ruhe bezahlt,würde das Problem sich lösen.
Wie kann man,als demokratischer staat,Terrorismus vorbeugen und bekämpfen?
Für den sozialistischen Senator,Roger Lallemand,der ebenfalls an der Debatte teilnahm,genauso wie für den französischen journalisten Pierre Péan und unseren Kollegen Rêné Haquin,sei es schwer,ja fast unmöglich Terrorismus an sich vorzubeugen.Für ihn sei der Terrorismus in den europäischen ländern durch den Fakt charakterisierbar,dass die meisten dieser Verbrechen für die Medien und die Destabilisierung der Demokratie ausgeführt werden.
Jean Gol,hat seinerseits mitgeteilt,dass in den letzten Jahre wahre Fortschritte in der Bildung einer einheitlischen europäischen Union zur Bekämpfung des Terrorismus,entstanden sind.
Er hat daran erinnert,dass sich seit 1977 die Ministerien des Innern und der justiz,von den zwölf ländern der Europäischen Gemeinschaft, sich im Zusammenhang einer Gruppe,der Gruppe " TREVI "treffen.
Und dass es ebenfalls ein Zusammenkommen aus Arbeitsgruppen von Beamten,die dem polizeilischen Bereich angehören,gäbe um einen Vereinheitlichungsversuch zur Bekämpfung des Terrorismus und Banditentums zu gründen.
Es wurde auch noch entschlossen,teilte Herr Gol mit,dass es zu einem Informationsaustausch zwischen befreundeten Dritt-Ländern wie zum Beispiel die USA und europäischen ländern die der Europäischen Gemeinschaft kommen solle,was die Einundzwanzig Ländern die dem Europarat angehören,treffen soll.
Bei dem Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten,hat Herr Gol erklärt,die Länder der Gemeinschaft hätten den Vereinigten Staaten, die den Wunsch Geäussert hatten der Gruppe 'TREVI' anzugehören,oder zumindest den Arbeitsgruppen,dass sie ihre europäische Gemeinschaft und Identität behalten wollen.
Aber für Herrn Gol,bedeutet dies nicht,man solle auf die zahlreichen Informationen die die befreundeten Geheimdienste besitzen könnten, verzichten.Es muss also eine Verständigung geben und einen offizielen Informationsaustausch mit den Amerikanern und den anderen europäischen Ländern die der Europäischen Gemeinschaft nicht angehören.
Roger Lallemand -der mit der Unterdrückung des Terrorismus in Belgien zufrieden ist -hat davor gewarnt dass die Unterdrückung verschiedene Seiten der Demokratie gefährden könnte.
Als Beispiel dient der Gesetzesentwurf über die Sicherheit,die es erlaubt,unter verschiedenen Bedingungen und im Verbrechensfall das Telephon abzuhören.Er erklärt dass das Risiko besteht für eine übertriebene Verbreitung des Telephonsabhörens,was gegen das Recht auf Kommunikationsgeheimniss und privates Leben verstossen würde.
Seinerseits befürwortet er das abhören nur im Ausnahmefall um das Leben einer Person zu schützen,um zu verhindern dass eine Person schwerverletzt wird oder wenn die gefahr besteht dass Eigentum wirklich zerstört wird.

Der Justizminister hat erklärt,er habe nichts gegen ein Gesetz einzuwenden wie zum Beispiel das Gesetz Chalandon -ein Gesetz das den Leuten eine relative Straffreiheit gewährt die sich weigern an Terrorakten teilzunehmen oder Aktionen widerrufen die am laufen sind.
- Vor allem dann,wenn sich in Belgien eine Situation wie in Italien entwickeln würde,wie zu den Zeiten der Ermordung Aldo Moros.

Er hat abgeschlossen mit dem Gedanken dass die Sicherheit eine nationale Sache sei und bleiben solle,ehe sie europäische Dimensionen entwickeln soll.Er sei überzeugt davon,dass einer der wichtigsten Instrumente, im Kampf gegen den Terrorismus und des grossen Banditentums,die Koordinierung und die maximale Integratiom der Polizeikräfte für die schlimmste fälle sei.
Er hat über diesen Punkt seine Idee mitgeteilt über die Schaffung einer 23. Brigade der nationalen Justizpolizei,die,so glaubt er eine entsprechende Antwort darstellen wird.

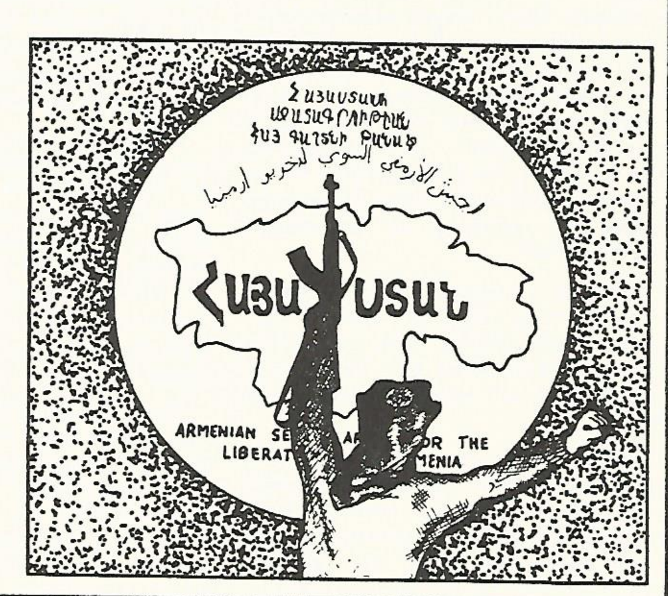
'LE SOIR' 22.09.1986

Europagemeinschaft.

Ein roter Telephon gegen den Terrorismus.

Die Innenministerien der EG haben gestern die Schaffung eines "schnellen und verlässlichen" Kommunikationssystems,wie das "rote Telephon" bekanntgegeben,vorallem zwischen den Kräften die für den anti-terroristischen Kampf in Europa verantwortlich sind.
Am Ende einer aussenordentlichen Sitzung in London,die auf Anfrage von Frankreich Stattfand,haben die zwölf Minister die Notwendigkeit eines maximalen Informationsaustausch über Terroristen bekannt gegeben. Ausserdem müsse man die Terrorbosse identifizieren und die netzartigen Verbindungen dieser Organisationen aufdecken.
Die Waffenbeschaffungen seien aufzudecken und diese Bewegungen besser zu bewachen um sie so schnell wie möglich aus Europa raus zu werfen. "Man muss wissen wer sie sind,wo sie sind und was sie vorhaben",sagte Douglas Hurd,der britische Innenminister der über die Sitzung tagte. Seinerseits hat der für Sicherheit verantwortliche französische Minister Robert Pandraud erklärt,dass Frankreich auf keinen Fall mit Terroristen verhandeln und keiner Erpressung nachgeben werde.
Neben der Entscheidung einer unverzüglichen Herstellung der Datenvermittlungsleitung,haben die Minister den Willen geäussert,die Visaausgabe sowie die Bewachung an den Grenzen(auch in den Flughäfen) zu verschärfen.
Sie haben ausserdem erklärt,den Missbrauch der diplomatischen Identität stärker zu bekämpfen und die Auslieferungsformeln zu verbessern.
Es handelt sich darum die "Löcher" in der Gesetzgebung zu beseitigen, um ein Erscheinen der Terroristen vor der Justiz zu vereinfachen.Es soll auch verhindert werden,dass ein ausgelieferter Terrorist in einem anderen Land Zuflucht nehmen kann.Einige der Minister ,die in London präsent waren,haben jedoch zugegeben,dass die noch bestehende Rivalität zwischen den verschiedenen Dienste eine Harmonisierung im anti-terroristischen Kampf verhindern würde.

"REPUBLICAIN LORRAIN" 26.09.1986



AFFÄREN Spiegel 29.9

Spitzel aus der Tarantel

Der Fememord Schmücker, Prozeßstoff seit zehn Jahren, nimmt eine neue Wendung: Der Geheimdienst hat die Tatwaffe verschwinden lassen.

Im Jagen 144, nahe der Krummen Lanke im Berliner Grunewald, hören vier amerikanische Soldaten während einer Nachtübung plötzlich merkwürdige Laute. Am Wegesrand liegt, in einer Blutlache, ein röchelnder Mann. Seine Schläfe klafft. Kurze Zeit später, am 5. Juni 1974 gegen null Uhr dreißig, stirbt der Schwerverletzte.

Deutsche Polizisten, von den Amerikanern alarmiert, identifizieren die Leiche. Es ist der Student Ulrich Schmükker, 22, per Haftbefehl gesuchtes Ex-Mitglied der Anarcho-„Bewegung 2. Juni".

Durch Kopfschuß, aus einer Faustfeuerwaffe mit großem Kaliber, ist Schmükker hingerichtet worden. Zur „Exekution", zum Fememord an einem Genossen, bekennt sich gleich nach der Tat ein „Kommando ‚Schwarzer Juni'": „Ein Verräter hat in den Reihen der Revolution nichts zu suchen, außer seinen sicheren Tod."

Die Verdächtigen werden allesamt gefaßt, die Mordwaffe bleibt verschwunden.

Seit nunmehr zwölf Jahren ranken sich um diesen Mordfall Prozesse und Legenden. In drei langwierigen Strafverfahren über zehn Jahre mit insgesamt 538 Verhandlungstagen versuchen Berliner Gerichte, das nächtliche Geschehen aufzuklären. Die Prozesse kosten gut zwölf Millionen Mark. Wegen gemeinschaftlichen Mordes verurteilt werden im Laufe der Jahre sechs Mitglieder einer ehemaligen „Wolfsburger Kommune": Sönke Löffler und Annette von Wedel zu je vier, Jürgen Bodeux und Wolfgang Strüken zu je fünf, Wolfgang Weßlau zu acht Jahren Jugendstrafe, die Hauptangeklagte Ilse Schwipper zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

Die Täter scheinen mithin überführt, doch lückenlos aufgeklärt ist die Gewalttat im Grunewald bis heute nicht. Offen bleibt, welche Rolle der Verfassungsschutz in diesem Mordkomplex gespielt hat.

Während der gesamten Prozeß-Serie hat sich der Geheimdienst abgeschottet. Verfassungsschutzakten werden Richtern und Verteidigern vorenthalten, Beamte dürfen gar nicht oder lediglich bruchstückhaft als Zeugen aussagen.

Mehrere Berliner Innensenatoren decken das konspirative Verhalten mit der Begründung, operative geheime Mitarbeiter könnten enttarnt und an Leib und Leben gefährdet werden; das Wohl des Landes, gar des Bundes stehe auf dem Spiel.

Doch alle großen Worte erweisen sich im nachhinein als pure Heuchelei: Fehlverhalten des Berliner Verfassungsschutzes wurde jahrelang verbrämt, von Amts wegen verschleiert. Ein paar Geheimdienstler und eingeweihte Sicherheitsexperten haben im engsten Kreis einen beispiellosen Skandal vertuscht, den der SPIEGEL nun enthüllt:

- ▷ Der Berliner Verfassungsschutz hat unmittelbar nach der Mordtat an seinem Informanten Ulrich Schmücker das wichtigste Beweisstück, die eben abgekühlte Tatwaffe, von einem Zuträger übernommen, beiseite geschafft und bis jetzt den Gerichten unterschlagen;
- ▷ der Verfassungsschutz hat eine eingeleitete Observation abgebrochen, durch die der Mord womöglich hätte verhindert werden können;
- ▷ der Verfassungsschutz hat gleich nach der Tat den Schützen und seine Bande gekannt, diese Kenntnis verschwiegen und selber die Mord-Ermittlungen aus dem Hintergrund gesteuert.

Die teils strafwürdigen Machenschaften haben nacheinander fünf Berliner Innensenatoren politisch zu verantworten: Kurt Neubauer, Peter Ulrich und Frank Dahrendorf (alle SPD), Heinrich Lummer und Wilhelm Kewenig (beide CDU). Ein weiterer, umfassender Prozeß scheint unvermeidbar.

Wer Beweismittel unterdrückt, wird, wenn es herauskommt, wegen Strafvereitelung mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. Unentdeckt aber kann die Manipulation dazu führen, daß Gerichte falsche Tatsachen feststellen und darauf ihre dann selbstverständlich fragwürdigen Entscheidungen gründen.

Genau das geschah im Fall Schmükker. Sowohl im ersten als auch im zweiten Strafurteil heißt es – und im dritten, noch nicht abgesetzten, wird das gleiche stehen –, der Todesschütze Wolfgang Weßlau habe die Mordwaffe in einem VW-Bus zurückgelassen, den er nach der Tat am Bahnhof Zoo abgestellt habe. Von da ab verliert sich nach offizieller Lesart diese Spur.

Der Verfassungsschutz hingegen weiß und verschweigt noch immer: Weßlau gab den Wagen am Abend des 4. Juni 1974, unmittelbar nach dem Mord, einem Volker von Weingraber zurück, von dem er sich das Fahrzeug geliehen hatte – zwecks Spritztour an die Krumme Lanke, zum Tatort.

Gleichzeitig überreichte Weßlau seinem Konfidenten eine Plastiktüte. Und in der steckte, das fiel dem Waffen-Experten Weingraber sogleich auf, eine „Parabellum 08" samt zwei Magazinen und etlichen Schuß Munition.

Kaum hatten sich die beiden Kumpane per Umarmung am Bahnhof Zoo verabschiedet, klingelte bei einem daheim abrufbereit wartenden Berliner Verfassungsschutzbeamten namens Michael Grünhagen das Telephon. Am anderen Ende der Leitung: Weingraber. Denn der war, was ebenfalls verschleiert wurde, V-Mann des Verfassungsschutzes.

Bei einem eilig verabredeten Treff reichte der V-Mann etwa 20 Minuten nach Mitternacht die Waffen-Tüte an seinen Führungsbeamten weiter. Makabre Szene: Ein Verfassungsschützer übernahm die Mordwaffe, als das Opfer im Grunewald noch atmete.

Eine Patronenhülse wurde zwar auf dem sandigen Boden nahe der Krummen Lanke nicht gefunden. Doch die Obduzenten holten aus dem Schußkanal im Schädel der Leiche „vier Teile eines Geschoßkerns und einen gelblichen Teil eines Geschoßmantels". Wäre auch die Tatwaffe greifbar gewesen, hätten die Mörder vermutlich zügig überführt und verurteilt werden können.

Genau diesen Ermittlungsgang hat der Geheimdienst gezielt verhindert, weil er selber in Verdacht geraten wäre. Denn nicht nur der Schütze Weßlau hatte die Pistole angefaßt, sondern auch der Spitzel Weingraber und der V-Mann-Führer Grünhagen. Auch deren Fingerabdrücke prangten auf der Waffe.

So ließ der Verfassungsschutz die „Parabellum" kurzerhand verschwinden, sie landete im Panzerschrank.

Die eigene Verstrickung und das Wissen um die Hintergründe des Falles haben Grünhagen offenkundig veranlaßt, gegenüber dem Strafgericht nicht die volle Wahrheit zu sagen. Am 28. Oktober 1982 gab der Beamte trotz anwaltlichen Beistands unter Eid als Zeuge zu Protokoll: „Ich habe . . . keine Gegenstände oder Beweismittel irgendwelcher Art, *die die Sonderkommission im Rahmen ihrer Ermittlungen im Todesfall Schmücker sichergestellt hat*, an mich genommen."

Das hört sich nach Meineid an. Denn ein Zeuge hat vollständig auszusagen. Und eine Aussage kann auch dann falsch sein, wenn sie rein wörtlich nichts Unrichtiges enthält.

Der Verfassungsschutz mußte bei der rechtlichen Aufarbeitung des Falles zwangsläufig in Erklärungsnot kommen, denn die Beamten hatten sich vor und nach dem Mord ziemlich verfänglich in der terroristischen Szene umgetan. Vor

Gericht hätten die Indizien weniger gegen den zuvor unbescholtenen Weßlau, erdrückend aber gegen den V-Mann Weingraber und auch gegen den umtriebigen Beamten Grünhagen gesprochen.

Grünhagen war es gewesen, der 1972 unter dem Decknamen Peter Rühl das spätere Opfer Ulrich Schmücker 16mal im Knast besucht und dabei alles über die „Bewegung 2. Juni" von dem Häftling erfahren hatte. Dieser „Verrat", in Vernehmungsprotokollen dokumentiert, hatte den Studenten bei seinen Genossen in Verruf gebracht. Schmücker, nach seinen Erzählungen prompt aus der Haft entlassen, kam auf die Abschußliste der Terroristen.

Schmückers Absicht, seine verräterischen Bekenntnisse zu widerrufen, weil er bei seinen Gesinnungsfreunden wieder sauber dastehen wollte, machte den Verfassungsschützern Sorgen. Denn nach dem Mord, das war die Befürchtung der Geheimdienstler, hätten womöglich die Terroristen oder deren Anwälte daraus ein Motiv für eine staatliche Gewalttat herleiten können – nach dem Motto: Zunächst versucht der Verfassungsschutz, seinen abtrünnigen Informanten zu halten, notfalls aber, wenn das nicht klappt, wird der Abweichler umgelegt. Und ein Mann wie Weingraber hätte, so betrachtet, schon das Kaliber gehabt, einen Renegaten zu liquidieren. Der Waffenspezialist, früher im kriminellen Berliner Milieu als Draufgänger bekannt, war vom Verfassungsschutz mit Hilfe der Polizei aus Zuhälterkreisen rekrutiert und in die terroristische Szene eingeschleust worden.

Dort arbeitete der Spitzel, offiziell Geschäftsführer im vormaligen Szene-Lokal „Tarantel", alsbald ebenso erfolgreich wie skrupellos. Er schmiß sich an Ilse Schwipper und ihre Genossen ran. Er besorgte den Terroristen gar eine Kleinkaliber-Maschinenpistole der Marke „Landmann-Preetz".

Nach dem Mord an Schmücker allerdings merkten die Verfassungsschützer, wie verhängnisvoll es sein kann, einen Vigilanten einzusetzen, der sich um Gesetze nicht viel schert. Sie konnten nicht ausschließen, daß er eigenmächtig ein richtig dickes Ding gedreht hatte, denn davon hatte er häufig geschwärmt. Und Weingraber besaß für die Tatzeit kein Alibi, angeblich war er allein im Kino.

Einigermaßen erleichtert fühlten sich die Geheimdienstler erst, nachdem es ihnen gelungen war, ein Telephongespräch zwischen Weingraber und Ilse Schwipper auf Tonband festzuhalten. Aus dieser Unterhaltung ging hervor, daß der Schlepper über das mörderische Vorhaben denn doch wohl nichts wußte.

Doch der V-Mann blieb weiterhin belastet:

- ▷ Auf seiner Schreibmaschine waren Fragen an Schmücker zu dessen „Verrat" getippt worden, die nach der Tat samt Antworten zusammen mit dem Bekennerbrief von den Killern veröffentlicht wurden;
- ▷ bei Weingraber hatten Verdächtige gewohnt, während sie den Mordplan ausheckten;
- ▷ mit seinem Auto waren Ilse Schwipper und Bodeux am Tattag unterwegs gewesen;
- ▷ der Todesschütze hatte Weingrabers Auto zur Hin- und Rückfahrt benutzt;
- ▷ und Weingrabers Fingerabdrücke befanden sich eben auch auf der Tatwaffe.

Schon deshalb mußte Weingraber aus den Ermittlungen herausgehalten werden. Und nur als V-Mann hatte er die Chance, die Täter zu überführen und damit sich selber zu entlasten.

Und so kam es. Weßlau offenbarte dem scheinbar verläßlichen Kumpel alsbald den gesamten Tathergang. Auch diese entscheidende Erkenntnis behielt der Geheimdienst für sich. Wäre der Mordfall von diesem Ansatz her verfolgt und aufgerollt worden, hätte sich eine Schlamperei des Verfassungsschutzes nicht verbergen lassen.

Der Verfassungsschutz hat den Täter und sein Opfer am Mordabend nicht beobachtet, obwohl sich diese Maßnahme geradezu aufdrängte. Schon geraume Zeit vor dem Mordgeschehen kannten die Geheimdienstler dank Weingraber den Täterkreis, der auffallend häufig zwischen Wolfsburg und Berlin hin- und herpendelte.

Etwa drei Monate vor der Mordtat erfuhren die Geheimdienstler, daß sich Terroristen-Anwälte das Gedächtnisprotokoll beschafft hatten, in dem der Student seine Kontakte zu Verfassungsschützer Grünhagen alias Rühl beschrieb. Ende April besaßen sie selber das Schriftstück.

Ab Mitte Mai war der Verfassungsschutz darüber unterrichtet, daß Ilse Schwipper und ein „Harry", später als Bodeux identifiziert, mit einer „08" in Berlin rumliefen. Und vier Tage vor seinem Tod, bei einem konspirativen Treff mit Grünhagen, verlangte der inzwischen wieder per Haftbefehl gesuchte Schmücker eine Schußwaffe, weil er sich von linken Genossen kontrolliert und bedroht fühle.

Am dritten Juni schließlich, Pfingstmontag, dem Tag vor dem Mord, observierte der Verfassungsschutz Ilse Schwipper und Jürgen Bodeux. Beide waren in der Nacht zuvor nach Berlin gereist und wollten sich angeblich, so hatte der Verfassungsschutz erfahren, mit den im Untergrund lebenden Terroristen Inge Viett und Ralf Reinders treffen.

Das Terroristen-Pärchen fuhr nachmittags mit der U-Bahn zur Krummen Lanke und spazierte um den See – wie ein Liebespaar, bis auf zwei merkwürdige Unterbrechungen, denen die observierenden Verfassungsschützer aber keine Bedeutung beimaßen.

Die beiden rasteten zu Beginn und am Ende ihres Rundgangs genau an derselben Stelle. Und während der zweiten Pause ging Bodeux noch ein paar Schritte zu einem etwas höher verlaufenden Waldweg. Genau dort fiel in der übernächsten Nacht der Kopfschuß. Der Verfassungsschutz hatte, ohne es zu ahnen, im voraus den Tatort besichtigt.

Am Morgen vor der Tat berichtete der tüchtige V-Mann Weingraber dreierlei: Erstens wolle sich vormittags Ilse Schwipper sein Auto leihen. Zweitens brauche Weßlau den Wagen abends noch einmal. Und drittens werde der ihm, wenn er das Fahrzeug nach 23 Uhr zurückbringe, ein „Paket" übergeben.

Dennoch brachen die Verfassungsschützer, denen letztlich Schmückers prekäre Lage zuzuschreiben war, die am Vortag begonnene, scheinbar ergebnislos verlaufene Beobachtung ab und unternahmen nichts. Der Wagen des V-Mannes wurde nicht präpariert, nicht observiert, die Polizei nicht eingeschaltet. Ebenso leichtfertig wurde die Chance vertan, auf der anderen Seite, über Schmücker, am brisanten Ablauf dran zu bleiben.

Es war amtsbekannt, daß Schmücker wieder mit Terroristen Umgang hatte. Die Verfassungsschutzbeamten wußten auch, daß Ilse Schwipper dem Gesinnungsfreund versprochen hatte, ihn zwecks Rehabilitierung an Anhänger der irischen Untergrundorganisation IRA heranzuführen. Zwar sollte dieser Kontakt, so erzählte Schmücker noch am 31. Mai dem Verfassungsschützer Grünhagen, ursprünglich in Westdeutschland geknüpft werden. Doch es war derselbe Vorwand, unter dem er am Abend des 4. Juni an die Krumme Lanke gelockt wurde.

Womöglich wollte Schmücker über diese veränderte Lage berichten, als er, wie verabredet, wenige Stunden vor dem dann tödlichen Treffen beim Verfassungsschutz anrief. Aber er wurde von einem Beamten auf drei Tage später

vertröstet. Grünhagen saß derweil zu Hause und wartete ab – bis es zu spät war und er nur noch in die Mordwaffen-Tüte gucken konnte.

Der Mörder aber war derweil abgetaucht und allenfalls noch unter Bedingungen zu überführen, die dem Verfassungsschutz ganz und gar nicht paßten: V-Mann Weingraber hätte geopfert werden und als Zeuge auftreten müssen. Und damit wäre zwangsläufig das Ungeheuerliche bekannt geworden: daß der Verfassungsschutz die Mordwaffe beseitigt hatte.

Dieses Problem löste der Geheimdienst, der die Täter denn doch nicht einfach laufenlassen wollte, auf eine wiederum krumme Art: Der Verfassungsschutz, dem laut Gesetz aus guten Gründen keine Exekutivbefugnis zusteht, machte sich insgeheim zum eigentlichen Herrn des Ermittlungsverfahrens, beging mithin Amtsanmaßung.

Zunächst setzte er die Kripo durch ein paar Hinweise auf Schmücker alias Bernd Laurisch auf eine vage Spur. Dann, als die Täter auch von der Polizei halbwegs eingekreist waren, sprach der Verfassungsschutz mit Kripo und Staatsanwaltschaft die weitere Taktik ab: Die Verdächtigen sollten zunächst nur als Zeugen vernommen werden, in der Erwartung, daß sich Widersprüche und damit Ansätze zum Nachfassen ergäben.

Zu den Vernehmungen wiederum steckten die Geheimdienstler den Ermittlungsbeamten nach Belieben nur solche Hintergrundinformationen, die sie als zweckdienlich erachteten. Am Ende orderten sie sogar, ob, wann und gegen wen die Staatsanwaltschaft Haftbefehl zu beantragen habe oder nicht.

Als Joker in diesem rechtswidrigen Spiel diente nach wie vor V-Mann Weingraber. Er genoß, und genießt vermutlich bis heute, ungebrochenes Vertrauen in der Szene. Er hatte sich so manches Mal verdient gemacht, etwa wenn er echte oder gefälschte Ausweise lieferte, die vom Verfassungsschutz stammten.

Dennoch: Gerichtsverwertbare Hinweise auf die Täter brachte der V-Mann, der weisungsgemäß mit den Wolfsburger Komplizen Kontakt hielt, über Wochen nicht an. Im Gegenteil, er selber geriet in Verlegenheit.

Anfang Juli 1974, einen Monat nach dem Mord, übergab ihm Bodeux in Wolfsburg zwei Taschen, die er aufbewahren sollte. Inhalt: die von Weingraber einst gelieferte Kleinkaliber-MP „Landmann-Preetz“, eine Pistole, ein Führerschein, ein Sparbuch, diverse Ausweis- und andere Papiere sowie ein Plan für einen Raubüberfall in Hamburg. All diese Utensilien versteckte der V-Mann zunächst mit Wissen des Verfassungsschutzes im Hause seiner Eltern in Westdeutschland.

Mitte August aber zeichnete sich ab, wozu die gebunkerten Waffen dienen sollten und wozu Weingraber sie wieder rausrücken sollte: für einen Banküberfall in Darmstadt. Und diesmal wurde dem Verfassungsschutz die Sache zu mulmig – er hätte sich ja auch schlecht ein ganzes Arsenal von unterschlagenen Terror-Waffen zulegen können, falls wieder etwas schiefgegangen wäre.

Weil sie den Terroristen die Waffen nicht zukommen lassen wollten, andererseits aber der V-Mann in seinem terroristischen Umfeld glaubwürdig bleiben sollte, verfielen die Geheimdienstler abermals auf einen schrägen Ausweg: Sie inszenierten einfach einen Unfall mit dem Terroristen-Auto auf dem Weg zum Tatort.

Durch diesen Coup konnten Ilse Schwipper und Bodeux zwar noch nicht wegen Mordes, doch wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung festgenommen werden. Gegen Strüken und Weßlau wurden wegen anderer Delikte Haftbefehle erwirkt.

Im Mordfall Schmücker half das zwar zunächst nicht weiter. Doch die Kalkulation von Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft ging auf. Einer der Festgenommenen, Bodeux, wurde weich. Und die Geheimdienstler halfen nach.

Sie nahmen Kontakt mit Vater Bodeux auf und setzten dann, in Absprache mit der Staatsanwaltschaft, den Berliner Rechtsanwalt Gerd Joachim Roos in Marsch, der sich in ähnlicher Konstellation bereits bewährt hatte. Bodeux entzog seinem linksgewirkten Hamburger Verteidiger Wolf Dieter Reinhard das Mandat, sagte Stück für Stück und schließlich umfassend aus, wurde Angeklagter und Kronzeuge der Anklage zugleich.

Der Rest war Routine. Der vor Prozeßbeginn verstorbene Götz Tilgener, der wie Bodeux über die Vorbereitung des Verbrechens geplaudert hatte, war bereits festgenommen. Annette von Wedel und Sönke Löffler wurden verhaftet.

Auch gegen V-Mann Weingraber erging Haftbefehl, doch nur, um dessen bösen Leumund zu wahren. Der Haftbefehl konnte, versteht sich, nicht vollzogen werden. Der Verfassungsschutz betraute Weingraber mit neuen Aufgaben und schickte ihn endgültig in den Untergrund.

Der Fall selber schien mithin für Insider bereits Ende 1974 geklärt. Doch nun erst, da offenbar wird, was der Verfassungsschutz vertuscht hat, wird aus dem Mordfall Schmücker eine politische Affäre.

Ohne Duldung des jeweiligen Innensenators, ohne Unterstützung des polizeilichen Staatsschutzes und der politischen Staatsanwaltschaft hätte das amtliche Verwirrspiel so nicht laufen können.

Leiter des Berliner Staatsschutzes war bis Ende 1974 Kriminaldirektor Alfred Eitner, danach Manfred Kittlaus, demnächst Landespolizeidirektor. Als Staatsanwalt ermittelte Hans-Jürgen Przytarski, heute Vize-Chef beim Berliner Verfassungsschutz. Die Anklage im ersten Rechtsgang vertrat mit ihm zusammen Wolfgang Müllenbrock, heute Staatssekretär beim Innensenator.

Den Mitwissern beim Verfassungsschutz schadete die Geheimnistuerei nicht. Der verantwortliche Mann im Hintergrund, Franz Natusch, wurde Chef des Berliner Verfassungsschutzes. V-Mann Weingraber, der immer noch mehr weiß, als dem Verfassungsschutz lieb sein kann, lebt im Ausland.

Auch die Schlüsselfigur im Mordfall Schmücker, der Verfassungsschützer Grünhagen, blieb unbehelligt und geborgen. Der Beamte wurde, bestens getarnt, im Herbst 1980 unter falschem Namen in einem für knapp eine halbe Million Mark Steuergeld eigens restaurierten Berliner Landhaus untergebracht. ◆

TAZ 2.10.86

Falsche Fährte gelegt?

In einer Presseerklärung begründen die Anwälte aus dem Schmücker-Prozeß, warum sie Zweifel an dem jüngsten „Spiegel"-Bericht über die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker haben (die taz berichtete).

(...) Wir können gegenwärtig weder die Echtheit der SPIEGEL-Informationen noch deren Quelle zuverlässig überprüfen. Wir gehen davon aus, daß der SPIEGEL zumindest glaubt, seine Behauptungen auch belegen zu können. Wir fordern ihn auf, seine Belege zu veröffentlichen.

Würde zutreffen, was der SPIEGEL behauptet, (...) dann müßte auch der Berliner Verfassungsschutz leicht in der Lage sein, die Richtigkeit dieser Behauptungen zu beweisen (...).

Wir sind dabei durchaus davon überzeugt, daß der Verfassungsschutz in dieser Sache seit über 12 Jahren wichtige Informationen verschweigt, und wir haben deshalb von Anfang an versucht, die Akte dieser Behörde — wie auch diejenigen zahlreicher anderer in die Sache verwickelter Ämter — einsehen zu dürfen.

Vor kurzer Zeit hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, daß die Begründungen, mit denen uns diese Akten bisher vorenthalten worden sind, rechtswidrig waren. Gerade jetzt aber werden plötzlich Behauptungen über den Inhalt dieser Akten veröffentlicht, deren Kern allerdings wieder einmal ist, was der Verfassungsschutz schon immer behauptet hat: Unsere Mandanten seien die Täter, oder — wie es ein Berliner Innensenator gegenüber dem Gericht erklärt hat: die Verweigerung der Akten benachteilige keine Unschuldigen. Dies legt aus einer ganzen Reihe von Gründen die Annahme nahe, daß die Veröffentlichung des schon nicht unbeträchtlichen Skandals, in dem im SPIEGEL jetzt die These von der Schuld unserer Mandanten verpackt ist, lediglich der Vermeidung des Offenbarwerdens viel größerer Skandale dienen soll — und der Beeinflussung der Richter am Bundesgerichtshof, die im nächsten Jahr über die Revision zu entscheiden haben werden. (...)

Wir können von hier aus (...) nicht alle Gründe benennen, die gegen die Wahrheit der im SPIEGEL verbreiteten Version sprechen. Wir beschränken uns daher hier vorerst auf die zwei auf der Hand liegenden Fragenkomplexe:

— Warum stellt der SPIEGEL nicht die Frage (und beantwortet sie natürlich auch nicht), *weshalb* der Verfassungsschutz angeblich die Observation Schmückers gerade am Morgen seines Todestages abgebrochen hat. Warum geht der SPIEGEL-Artikel nicht ein auf die seit 1979 vorliegenden Informationen, wonach Ulrich Schmückers Tod zwar nicht vom Berliner Landesamt, wohl aber vom Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt observiert worden sein soll (eine Information, deren Richtigkeit sich aus den Akten anderer Behörden ergeben soll, die uns bislang ebenfalls verweigert werden)?

— Warum erwähnt der SPIEGEL-Artikel mit keinem Wort die zahlreichen Indizien und Beweise, die er schon selbst mehrfach veröffentlicht hat, und die sogar der Prozeß selbst bereits dafür erbracht hat, daß der angebliche Mittäter Jürgen Bodeux bereits vor der Tat Kontaktmann des Verfassungsschutzes war? Warum stellt der SPIEGEL nicht die Frage, ob es denn dann denkbar ist, daß ein Verfassungsschutzmitarbeiter — eben Bodeux — selbst maßgeblich an der Tat beteiligt gewesen wäre — wie es Bodeux ja, dem Artikel zufolge gewesen sein soll?

Dies nämlich *wäre* der größere Skandal, zu dessen Verschleierung es sich für den Verfassungsschutz lohnen könnte, eine kleine Skandalgeschichte zu lancieren. Diese ist ihm zwar unangenehm, aber insofern dienlich, als sie nun vollkommen das Interesse daran in den Hintergrund treten läßt, was wirklich geschehen ist: Es war einzig und allein der Verfassungsschutzmitarbeiter Bodeux, der bislang behauptet hat, er selbst und unsere Mandanten seien die Täter gewesen. Bodeux ist als Mittäter verurteilt — soll also der Verfassungsschutz mitgeschossen haben? Wenn nicht, dann waren auch unsere Mandanten nicht die Täter.

Entgegen dem Eindruck, den der SPIEGEL heute erweckt, würde selbst eine Bestätigung seiner Behauptungen durch Vorlage der Waffe und Aussage des Volker von Weingraber eine Aufklärung dieser Beziehungen zwischen Bodeux und den Sicherheitsbehörden nicht etwa erübrigen, sondern erst recht notwendig machen, bevor unsere Mandanten öffentlich als schuldig hingestellt werden dürfen. Von dieser Notwendigkeit werden auch Geschichten wie die jetzt dem SPIEGEL womöglich untergeschobene nicht ablenken können.

Im Legen von falschen Spuren ist der Verfassungsschutz Meister. Das immerhin berichtet der SPIEGEL dankenswerterweise.



Peter Bormans: "Achter de CCC gaan flikken schuil, en ik ken ze" HUMO 25.9.86

ZIE ADVERTENTIE!!!
SEHE ANZEIGE!!!

Wie het zegt is het zelf, antwoordden ze vroeger als je iemand voor zot versleet.

Iets dergelijks is aan de gang tussen Peter Bormans en de politiediensten.

Op 4 juli van dit jaar werd Bormans gearresteerd in het kader van het onderzoek naar de CCC. Hij werd ervan beschuldigd dat hij tijdens zijn kantooruren op het Rekenhof fotocopies had genomen voor de CCC en *Ligne Rouge*. Hoe belandt een bedaard formulerende, zevenendertigjarige Limburgse ambtenaar in de cel wegens terroristische activiteiten ? Bormans heeft er maar één antwoord op, en dat is te gek om los te lopen : *de politie nam wraak omdat hij hun infiltranten had ontmaskerd.*

Peter Bormans : « Ik kan niet ontkennen dat ik simpatie gehad heb voor bepaalde akties van de CCC, zoals die tegen Sibelgaz. Wanneer je weet wat zich de winter voordien in Schaarbeek heeft afgespeeld... Maar toen ik Ligne Rouge leerde kennen en de konkrete resultaten van hun akties zag, en vooral toen ik hun teksten grondig ging lezen, was mijn simpatie vlug verdwenen.

» Ik kan me voorstellen dat je in bepaalde omstandigheden bommen plaatst, tijdens een bezetting of in een regime als dat van Pinochet in Chili, en waarbij essentiële onderdelen van het apparaat worden geviseerd, zoals de spoorlijnen tijdens de Tweede Wereldoorlog. Maar hier wordt gemikt op zuiver symbolische doelwitten, en het enige dat bereikt wordt, is dat de minister van Justitie er zijn afluisterwet mee kan goedpraten, en de rijkswacht versterkt wordt. »

HUMO : U was wel de man die de journalisten in het Nederlands te woord stond op die emotionele, bitsige persconferentie van de Vereniging van Vrienden en Familieleden van de Communistische Gevangenen APAPC.

Bormans : « U moet een onderscheid maken tussen de CCC en *Ligne Rouge* aan de ene kant, en de Vereniging aan de andere.

» De mensen van de CCC ken ik van haar noch pluim; ik heb ze nooit ontmoet. Met het collectief *Ligne Rouge*, een handvol mensen die de CCC-pamfletten drukten in hun gelijknamige blad, heb ik wel contacten gehad, maar daarmee heb ik gekapt sinds mijn arrestatie.

» In de Vereniging tenslotte, waarin ik wel degelijk actief was, zitten voor het merendeel sympathieke, apolitieke mensen, familieleden en vrienden van de arrestanten, die bezield zijn met de beste bedoelingen. »

HUMO : Wat was uw "beste bedoeling" ?

Bormans : « Ik vond dat de maatregelen die men nam tegen de vier aangehouden CCC'ers en tegen **Pierre Vos, Chantal Paternostre en Luc Van Acker**, onafhankelijk van het feit wat ze gedaan zouden hebben, niet door de beugel kunnen. Mensen volledig afsnijden van elk contact kun je moeilijk anders noemen dan isolatiefoltering.

» Daarenboven bestaat het risico dat men hoe langer hoe meer naar dergelijke praktijken zal grijpen als er niet wordt gereageerd, zoals gebleken is toen twee Boelarbeiders zonder enige beschuldiging bij een actie werden opgepakt en drie dagen op secreet werden gesteld. Dat alleen al vind ik een voldoende reden om je aan te sluiten bij een Vereniging die die democratische eisen verdedigt.

» Maar bovendien heb ik van bij de aanvang van de bommencampagne gedacht, dat het misschien wel om manipulatie zou kunnen gaan. Dus dacht ik : waarom geen contact zoeken, en proberen er achter te komen welk vlees je in de kuip hebt, vooral bij degenen die rond die kliek hangen, omdat het mij waarschijnlijk lijkt dat de manipulatoren uit de cel worden gehouden als de anderen worden gearresteerd. »

HUMO : Infiltratie noemen ze dat bij de politie.

Bormans : « Ik zou het geen infiltratie noemen. Infiltratie veronderstelt dat je op een geplande en doelmatige manier een groep binnendringt in opdracht van een andere groep, en dat was hier zeker niet het geval. Maar als je de waarheid wil kennen over zulke gemanipuleerde groepen moèt je de handen wel uit de mouwen steken. Je documenteren, omgaan met die mensen, kijken wie de spilfiguren zijn in zo'n groep want dat zijn de mensen die de meeste informatie hebben en de groep naar hun hand kunnen zetten, die dus het interessantst zijn als agenten. Dan kun je nagaan hoe ze hun brood verdienen, welke standpunten ze verdedigen en wie ze ontmoeten. »

HUMO : Wat heeft dat opgeleverd in het geval van de CCC ?

Bormans : « Ik ben ervan overtuigd, dat extreem-rechts achter de CCC zit, dat de CCC en Ligne Rouge één en hetzelfde zijn, en dat Ligne Rouge een flikkennest is. Ik ken twee mensen van de organisatie waarvan ik omzeggens zeker ben dat ze voor de Rijkswacht werken, en één voor de Militaire Veiligheid. »

HUMO : Kunt u dat alstublieft herhalen ?

Bormans : « Ik wil natuurlijk niet zeggen dat iedereen bij Ligne Rouge ook bommen legt, voor de politie werkt, en een nazi is; maar net zo als WNP *(Westland New Post)* is het een zeer klein groepje, waarvan de kern uit smerissen bestaat. Overigens heeft het me verwonderd dat blijkbaar niemand van de pers gestruikeld is over de bizarre artikels die al in het eerste nummer van Ligne Rouge stonden, in 1983 dus. Onder de kop van "Auschwitz ou le grand alibi" werd daar bladzijden aan een stuk getracht op een subtiele manier de nazimisdaden goed te praten.

» Die tekst heeft mij van bij het begin geïntrigeerd. Maar hoewel hij tot de catechismus van Ligne Rouge behoorde, kon of wou niemand me vertellen wie hem geschreven had. Volgens de titel was hij overgenomen uit het zogenaamde *"Programme Communiste n° 11, 1960"*, maar ik heb niet kunnen achterhalen waar dat op slaat. Wie mij kan inlichten is welkom.

» In hetzelfde nummer van het blad stond ook een totaal vervalste tekst van Lenin over de partizanenoorlog, waaruit ze juist diè fragmenten hadden weggelaten waaruit blijkt dat acties als die van de CCC in het België van nu volgens Lenin niet gewettigd zijn.

» Op het ogenblik dat deze dingen gedrukt werden, bestond Ligne Rouge maar uit de twee mensen die het hebben opgericht : **Pierre Carette**, die in december werd opgepakt, en **Christophe Vercauteren**. Vercauteren is nog altijd actief bij het Collectief, maar bij hem werd (bij mijn weten) nooit een huiszoeking verricht. »

HUMO : Hoe bent u bij het Collectief terechtgekomen ?

Bormans : « Rond de tijd van de arrestatie van Carette en Co had ik in een brief aan hun postbus een aantal nummers besteld. Ik kreeg die, samen met de goede raad, mijn stad vol te schilderen met slogans. Die bestreken het hele gamma van halfgaar tot serieus, en één ervan trok mijn aandacht : *"CCC, élémentaire, mon cher Marx"*, een parafrase van wat Sherlock Holmes altijd zegt tegen Watson. Zou dat iemand zijn die zich met Sherlock Holmes vereenzelvigt, vroeg ik me af. Ik vond het een zeer provocerende brief. Als ik slogans zou schilderen zou ik dat doen in groep, in het kader van een actie, en niet omdat me dat in een anonieme brief wordt ingefluisterd.

» Dat soort provocaties hoorde je vaak op vergaderingen van Ligne Rouge, en toevallig waren het altijd dezelfden die ze formuleerden. Bijvoorbeeld waren de Collectiefleden woedend omdat ze niet konden corresponderen met de kameraden in de cel. "Laten we dynamiet zoeken en een bom plaatsen bij de gevangenis", stelde iemand voor. »

HUMO : Dat bewijst nog niet veel.

Bormans : « Ik had ook andere elementen. De politie bleek op de hoogte van een aantal vrij intieme dingen, die ze alleen uit de groep zelf kon weten. Zo is volgens mij de arrestatie van Pierre Vos heel anders gelopen dan aan de pers werd doorgegeven. Hij werd zogenaamd aangehouden bij een routinecontrole, maar in werkelijkheid was zijn aanhouding een teaterstuk, opgezet door de gerechtelijke politie die er de gemeentepolitie voor had ingehuurd. Vos werd opgepakt toe hij uit zijn onderduikadres kwam. Wie port zo'n jongen aan om zich met een revolver en valse papieren op straat te begeven ? Volgens mij was hij gewoonweg verlinkt, en toen ik ernaar polste wilde niemand bij Ligne Rouge me zeggen wie het schuiloord van die jongen kende. Ik kreeg wel racistische opmerkingen te horen over zijn joodse afkomst. »

HUMO : Hoe verliep uw eigen aanhouding ?

Bormans : « Op 1 juli 's avonds kwam de spilfiguur van Ligne Rouge bij mij thuis op mijn kamer in Schaarbeek, op mijn eigen verzoek trouwens. Ik heb die persoon verteld dat ik om diè en diè reden aannam dat zij voor de politie werkte, met de elementen die ik had. Zo bijvoorbeeld had die persoon een goeie baan laten staan om bij Ligne Rouge te komen, wat uiteraard ieders recht is, maar zij had over haar ontslag gelogen bij de groep; ik had dat nagetrokken bij haar vroegere werkgever.

» Misschien bestond daarvoor een redelijke uitleg, maar ik kreeg er die avond in elk geval geen.

» Drie dagen nadien werd ik gearresteerd. Vrijdagochtend om 6.30 uur belde de gerechtelijke politie bij me aan. Alles verliep heel correct. Ze namen mijn dagboek mee, waarin ik weinig of niets noteer over politiek, wat documentatie en een adressenboek. Dat was in Antwerpen. Ik werd naar Brussel overgebracht en de rest van de dag ondervraagd.

» Een andere ploeg is toen naar mijn kamer in de hoofdstad gegaan. Het adres hadden ze van mijn betaalstrookjes voor de huur.

» Ik was dus niet aanwezig bij die tweede huiszoeking, maar voor zover ik me herinner hebben ze daar dat beruchte pak papier gevonden dat je in heel de hoofdstad kunt kopen, en ook een boek dat ik in fotocopie had, het "Handboek tegen de Smeris", en dat ik je kan aanbevelen als je bijvoorbeeld ach-

tervolgers wil afschudden.

» Wat ook is verdwenen, en dat heeft de hoofdredacteur van De Standaard Lode Bostoen weggecensureerd uit het recht op antwoord dat ik had opgestuurd naar aanleiding van de krantenartikels, is een boek over de Franse terreurgroep *Action Directe* en een kapotte elektrische wekker. Als het eerste ooit wordt teruggevonden op een zogenaamd conspiratief appartement temidden van geweren en granaten, en het tweede in stukken met mijn vingerafdrukken erop bij een bomaanslag, moet het nu al duidelijk zijn dat ik daar niets mee te maken heb.

» Bostoen vond het niet geestig. »

HUMO : Waarvan werd u precies beschuldigd ?

Bormans : « Van bendevorming en diefstal ten nadele van de Staat. Maar ik heb op mijn werk nooit fotocopies gemaakt voor Ligne Rouge of de CCC of wat dan ook.

» Ik heb uitsluitend vertaald — niet op kantoor, dat weze duidelijk — voor de Vereniging van Familieleden en ook een tekst van Frédérique Oriach voor Ligne Rouge. Dat laatste deed ik eigenlijk voor mezelf, omdat je makkelijker een inzicht krijgt in dit soort warhoofdige parels als je ze vertaalt, dan als je ze zomaar leest. De Fransman Oriach, één van de goeroes van de CCC, noemt zichzelf marxist-leninist, maar als je hem met aandacht leest is elke revolutionaire aanslag voor hem een goede zaak want dat destabiliseert de democratie. Als je dan weet dat ook neo-nazi's zich revolutionairen noemen en aanslagen plegen... »

HUMO : Wat wilde de politie eigenlijk van u weten ?

Bormans : « Meer in het algemeen wat mijn politieke contacten en activiteiten waren. Die heb ik dus niet. Hoewel ik de communistische beweging in België van op een afstand volg via hun blaadjes, ben ik nergens bij aangesloten.

» Maar de ondervraging werd eigenlijk vooral toegespitst op de drukwerken van de CCC, Ligne Rouge, en de Vereniging. Daar wist ik niks van af; van drukken ken ik niets. Ik vond het allemaal nogal bizar dat de gerechtelijke politie daarnaar vroeg want de Rijkswacht en de Staatsveiligheid weten perfect waar alles gedrukt wordt.

» De week dat ik vastzat en de week nadien hebben ze heel het Rekenhof afgelopen en alle fotocopieermachines gesondeerd, dus nagekeken of er fouten in zaten die ook op het papier zouden terug te vinden zijn. »

HUMO : Hoe heeft het Rekenhof, waar u werkte, gereageerd ?

Bormans : « Ik werd geschorst, wat betekent dat ik moet leven van de helft van mijn salaris.

» Het Rekenhof kon in de gegeven omstandigheden eigenlijk moeilijk anders reageren. Maar het rotte is, dat ik na één week weer werd vrijgelaten. Als ze me een maand hadden vastgehouden, had mijn zaak een tweede keer voor de Raadkamer moeten verschijnen, en had mijn advokaat tenminste het recht gehad, mijn dossier in te kijken.

» Nu kan men het onderzoek rekken zo lang men wil, en dat onderzoek is geheim. De zaak moet pas naar de raadkamer als het dossier wordt afgesloten, en pas op basis daarvan zal het Rekenhof nieuwe elementen hebben om te besluiten me een sanctie te geven, of de dienst te laten hervatten. »

HUMO : Hoe verliep uw week in de gevangenis ?

Bormans : « Ik heb drie dagen op secreet gezeten. Dat was duidelijk niet bedoeld om me te verhoren voordat ik contact kon hebben met mijn "handlangers" want ik wèrd helemaal niet ondervraagd. Het was gewoon een sanctie.

» Ik had het gevangenisreglement wel ingestudeerd, en er veel over gelezen. Ik wist dus wat me te wachten stond en dat kwam allemaal nogal uit. Je zit in een totaal lege cel, op een bed na, en je kunt dus niets anders doen dan daarop gaan liggen. De tweede dag begint het plafond te draaien, en de derde dag als je naar de deur stapt om je eten op te halen zwijmel je.

» De vierde nacht werd er opeens een verklikker bij mij neergeplant, iemand die me begon uit te horen waarom ik daar zat.

» De ochtend daarop werd ik overgebracht naar Sint-Gillis. Daar kreeg ik contact met mijn familie en mijn advocaat. »

HUMO : Wat ging er door u heen, die dagen ?

Bormans : « Niet veel *(denkt na)*. Eigenlijk was ik niet ontevreden *(lacht)*. Ik kreeg in feite het mooiste bewijs van mijn gelijk : dat Ligne Rouge en de CCC niets anders zijn dan een flikkenorganisatie en de vier gevangenen het slachtoffer van manipulatie. En nog belangrijker : *dat de rijkswacht zeker sinds januari 1985 op de hoogte geweest moet zijn van alle doen en laten van de CCC.* Een kamercommissie rond de rol van de rijkswacht in de CCC-affaire zou dan ook zeer nuttig zijn. »

Hilde Geens.

(Foto H. Selleslags.) ■

Ueber die Liquidierung eines Instruments des Klassenfeindes

Solange die Zusammenarbeit mit der bewaffneten Macht des Kapitals immernoch eher toleriert wird als eine politische Meinungsverschiedenheit, privat geduldet wird, was man politisch längst verurteilt hat - solange wird es Verräterei geben. Ohne den Liberalismus innerhalb der Linken zu kritisieren können wir die Verräterei nicht abschaffen. Verräter müssen aus den Reihen der Revolution ausgeschlossen werden. Toleranz gegenüber Verrätern produziert neuen Verrat. Jede revolutionäre Bewegung muss sich mit der Problematik der Bespitzelung und des verrats befassen, will sie nicht schon in den Ansätzen ihrer Arbeit erstickt und liquidiert werden. Auseinandersetzung kann und darf hier nicht heissen, wie die Katzen um den heissen Brei schleichen. Zu lange hat die gesamte linke Bewegung dem Verrat ohnmächtig gegenübergestanden!